Mittwoch, 13. Juni 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 136 - 24. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 ÖS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Rüstung: Der sowjetische Staats- und Parteichef Tschernenko hat den USA abermals Gespräche über ein Verbot von Anti-Satelliten-Waffen angeboten. Die Bonner Regierung teilte gestern mit, sie hoffe, daß ein Dialog bald zustande komme.

Berlinguer: Zu den heutigen Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Kommunistenchef werden in Rom eine Million Menschen erwartet. In Italien herrscht Ungewißheit über den künftigen Kurs der KPI, die sich unter Berlinguer von Moskau weitgehend gelöst hatte. (S. 5)

Eingewiesen: Der sowjetische Musiker Waleri Barinow (37), Verfasser einer christlichen Rockoper, wird seit drei Wochen in einer psychiatrischen Klinik in Leningrad festgehalten, berichtete das britische Ostinstitut Keston College. Er sei unter dem Vorwurf festgenommen worden, versucht zu haben, die UdSSR ohne Genehmigung zu verlassen.

Dreier-Treffen: Die Vorsitzenden der Koalitionsparteien, Bundeskanzler Kohl, Ministerpräsident Strauß und Außenminister Genscher beraten am Donnerstag in Bonn über aktuelle Fragen wie die Steuerreform. Dabei soll auch die künftige Arbeit der Koalition angesichts der Entwicklung in der FDP zur Sprache kommen.

Fortschritte: Die Verteidigungsminister der USA und Chinas haben bei ihren Verhandlungen über militärische Zusammenarbeit Einigung in „wichtigen Angelegenheiten" erzielt.

Agrarreform: Chinesische Landwirte können künftig für 15 statt bisher fünf Jahre Anbauflächen vom Staat erhalten. Außerdem dürfen sie Arbeiter einstellen.

Heute: Prozeß um die Kündigung des ehemaligen Neue-Heimat-Chefs Vietor in Hamburg. – Fachminister beraten in Bonn über steuerliche Begünstigung umweltfreundlicher Autos.

ZITAT DES TAGES



»Nicht die USA sind zu stark im Bündnis, sondern die Europäer waren bisher zu schwach. Das soll jetzt ausgeglichen werden«

Bundesaußenminister Genscher nach einer Tagung der Westeuropäischen Union in Paris über Kooperation im Verteidigungsbereich (S. 4)

FOTO: WERNER SCHÜRING

WIRTSCHAFT

Glasfaser: Das Bundeskartellamt hat das von den Kabelproduzenten Philips, Siemens, AEG, Kabelmetal und SEL geplante Glasfasergemeinschaftsprojekt in Berlin untersagt. Nun wollen die Unternehmen eine Ministererlaubnis beantragen.

Reuters: Das Scheichtum Abu Dhabi hat sich mit 12,5 Prozent am Aktienkapital der internationalen Nachrichtenagentur beteiligt. (S. 11)

Autoindustrie: Durch den Streik der deutschen Metallarbeiter geraten auch ausländische Automobilfirmen wie Saab, Volvo und Scania in Schweden sowie Vauxhall und Leyland in Großbritannien in Schwierigkeiten. (S. 8)

Börse: Die Aktienmärkte blieben nach Pfingsten bei lustlosem Geschäft fast behauptet. Am Rentenmarkt hielten sich die Käufer weitgehend zurück. WELT-Aktienindex 147,9 (148,3). Dollarmittelkurs 2,7187 (2,6942) Mark. Goldpreis pro Feinunze 375,25 (386,00) Dollar.

KULTUR

Theaterwochen: Das Schiller-Theater Berlin eröffnet heute mit *Heiner Müllers „Leben Gundlings Friedrich von Preußen"* in der Inszenierung von Klaus Emmerich das diesjährige Internationale Festival „Theater der Nationen" in Nancy. Vom 13. bis 27. Juni präsentieren sich 28 Theatertruppen aus 25 Ländern.

„Narrenschiff": Es gibt kaum etwas Lustigeres als 70 Poeten auf einem Haufen. Das *muß* sich auch die rheinland-pfälzische Kulturstiftung Bahnhof Rolandseck gedacht haben, als sie die Literaten zu einer Rheinfahrt auf dem „Narrenschiff" *von Basel nach Rotterdam* einlud. Sie sollten über Europa nachdenken. (S. 17)

Vor der Europa-Wahl '84

Wie sieht der Alltag für die knapp 200 Millionen Europäer aus, die sich anschicken, morgen und am Sonntag ein neues Parlament für Straßburg zu wählen? Wie leben sie, wofür begeistern sie sich? WELT-Korrespondenten halten einen Tag im Leben der Europäer fest, von London bis Athen und Paris bis Kopenhagen. (S. 6)

SPORT

Schwimmen: Nach Abschluß der Meisterschaften hat der Deutsche Schwimmverband (DSV) dem Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland (NOK) 27 Aktive für das Olympia-Team in Los Angeles vorgeschlagen.

Fußball: Im Eröffnungsspiel der Europameisterschaft besiegte Gastgeber Frankreich mit einem Tor Platinis die dänische Nationalelf 1:0 (0:0). Der Franzose Amoros sah die rote Karte, Simonsen wurde schwer verletzt.

AUS ALLER WELT

Justizversagen? Der Mord an zwei deutschen Touristen in Chatellerault in Westfrankreich hat die Diskussion über das angeblich zu nachsichtige Verhalten der Justiz neu entfacht. Der Täter war als ungefährlich eingestuft worden, obwohl er schon zweimal in Heilanstalten war und mehrere Frauen vergewaltigt hatte. (S. 18)

Heimatlos: Die Biber an der Elbe werden vertrieben. Ihr angestammter Lebensraum bei Magdeburg wird für die Industrie gebraucht. Aus einem trotzigen Lebenskünstler wird ein heimatloser Geselle. (S. 3)

Wetter: Im Norden bewölkt, im Süden meist sonnig. Bis 23 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

IG Metall verschärft Gangart. Heute wird wieder verhandelt

Im Druckgewerbe Tauziehen um ein neues Lohnrahmen-Abkommen

GÜNTHER BADING, Bonn

Mit „Proteststreiks" aller noch nicht von Streik und Aussperrung betroffenen Metall-Arbeitnehmer in Hessen und Baden-Württemberg will die IG Metall heute die schon in beiden Gebieten laufenden Arbeitskämpfe offenbar noch verschärfen. Dennoch sollen die als Pilot-Verhandlungen für die gesamte Metallindustrie geführten Gespräche in Stuttgart wieder aufgenommen werden. Auch im Druckgewerbe wollen sich die IG Druck und Papier und der Bundesverband Druck in Düsseldorf wieder mit Vermittler Kurt Biedenkopf an einen Tisch setzen, nachdem gestern Experten sachliche Vorarbeit für ein eventuelles neues Lohnrahmen-Abkommen geleistet haben.

In Nordwürttemberg/Nordbaden sollen alle nicht vom Arbeitskampf betroffenen Metaller zwischen 9.00 und 11.00 Uhr die Arbeit niederlegen. Streikende und Ausgesperrte sollen sich nach dem Willen der IG Metall-Bezirksleitung in Stuttgart in den Streiklokalen einfinden, wo sie „in*formiert und über ihre Meinung be*fragt" werden sollen. Ein Sprecher der Stuttgarter Bezirksleitung stellte klar, daß es sich dabei weder um eine Umfrage mit Fragebögen noch um eine Art Ersatz-Urabstimmung handele. Es gehe lediglich darum, der Beschlußlage des Münchener Gewerkschaftstages vom vergangenen September zu entsprechen. Die dort gebilligte tarifpolitische Entschließung sehe die „Einbeziehung" der Mitgliedschaft in den Arbeitskampf zu jeder Zeit vor. Ziel sei es, „noch entschlossener weiterzukämpfen",

SEITE 8:
Europas Autoindustrie

nachdem die Metall-Arbeitgeber die Forderung nach Einstieg in die 35-Stunden-Woche für alle Arbeitnehmer auch nach vier Wochen Streik ablehnten. In Nordrhein-Westfalen forderte die IG Metall ebenso wie in Hessen, trotz der Pilotgespräche in Stuttgart Parallelverhandlungen aufzunehmen.

Die niederländische Metallindustrie korrigierte gestern Meldungen der deutschen Presse, daß für die rund 400 000 Beschäftigten der Metallindustrie dieses Landes die 38-Stunden-Woche vereinbart worden sei. Der Hauptgeschäftsführer des Verbandes der holländischen Metallindustrie, Van Ulden, sprach von einem „fälschlich erweckten Eindruck". Tatsächlich werde nicht die Wochenarbeitszeit von 40 Stunden verkürzt, sondern ab dem 1. Januar 1985 die Jahresarbeitszeit durch Einführung von 26 halben dienstfreien Tagen. Die Jahresarbeitszeit liege in den Niederlanden in der Metallindustrie 1984 noch um 76 Stunden über der deutschen mit 1776 Stunden. Sie werde 1985 etwa gleich sein. Finanziert worden sei diese Ausfüllung des *Rahmenvertrags durch eine zweijäh*rige Lohnerhöhungs-Pause. Für 1983 und 1984 habe die Gewerkschaftsseite als Gegenleistung auf Lohnerhöhungen verzichtet. Die Freizeit solle flexibel *genommen* werden, *erklärte* Van Ulden. Die Betriebszeit der holländischen Metallindustrie solle keinesfalls verkürzt werden. Es sei „vielmehr daran gedacht, sie durch größe*re Flexibilität nach Möglichkeit noch* zu verlängern".

USA rechnen mit Offensive Irans

Washington bleibt im Golfkrieg neutral / Teheran droht Bagdad Vergeltungsschläge an

DW. Washington / Bahrain

Trotz der Vereinbarung zwischen Iran und Irak, auf Angriffe gegen zivile Ziele zu verzichten, rechnen die USA nach den Worten von Richard Murphy, der im State Department für den Nahen Osten zuständig ist, mit einer iranischen Großoffensive. Vor einem Ausschuß des Repräsentantenhauses meinte er, es werde sich dabei um eine „außerordentlich blutige Angelegenheit" handeln. Die amerikanische Regierung rechne damit, daß Iran bei dieser „letzten Offensive" die Truppen einsetzen werde, die es bei Basra zusammengezogen hat. Murphy betonte die Absicht der USA, im iranisch-irakischen Konflikt Neutralität zu wahren. Die USA hätten ein strategisches Interesse daran, zu gewährleisten, daß keines der kriegführenden Länder die Golf-Region beherrschen könne.

Wenige Stunden vor Mitternacht, als die von den Präsidenten der kriegführenden Staaten angekündigte Vereinbarung in Kraft treten sollte, hatten irakische Streitkräfte nach Angaben Teherans nochmals die 80 Kilometer von der Grenze entfernte iranische Stadt Desful angegriffen und dabei mindestens 20 Zivilisten getötet und mehr als 150 verletzt. Bagdad erklärte, es habe sich um Vergeltung

SEITE 2:
Abschreckung

für den Beschuß der irakischen Ha*fenstadt* Basra *und vier anderer* Grenzorte durch iranische Artillerie gehandelt. Dabei seien zwei Zivilisten getötet und zwölf verwundet worden.

Irans Parlamentspräsident Rafsandschani hat nach einer Sitzung des Obersten Verteidigungsrates in Teheran Irak vor weiteren Angriffen auf Städte und Wohngebiete Irans gewarnt. Teheran werde auch nach Inkrafttreten der Abmachung über die Einstellung von Angriffen auf zivile Ziele nicht zögern, Vergeltungsschläge zu führen, wenn Irak iranische Städte angreife. Rafsandschani bekräftigte die Weigerung Irans, mit dem Regime des irakischen Staatspräsidenten Saddam Hussein Friedensverhandlungen zu führen. Saddam Hussein sei ein „Kriegsverbrecher", der vor Gericht gestellt und bestraft werden müsse, sagte der Parlamentspräsident. Der iranische Politiker deutete an, daß es seinem Land nach wie vor um den Sturz Saddam Husseins gehe.

Nach den Erfahrungen, die Iran mit „arroganten Ländern" gemacht habe, sei es unrealistisch anzunehmen, daß das irakische Regime automatisch zusammenbrechen werde, sagte Rafsandschani. Dies könne auch nicht durch Verhandlungen erreicht werden. Deshalb müsse Iran fortfahren, mit der Feuerkraft seiner Geschütze vorzugehen und seine Kämpfer zu opfern.

Castro fehlt beim Gipfel in Moskau

DW. Moskau

Der sowjetische Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko hat gestern im Kreml mit einer Begrüßungsansprache den Wirtschaftsgipfel der Länder des Ostblock-Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) eröffnet. An diesem dreitägigen Treffen nehmen die Staats- und Parteichefs, sowie die Ministerpräsidenten der zehn RGW-Staaten teil, denen außer den sieben kommunistisch regierten osteuropäischen Ländern auch Vietnam, die Mongolei und Kuba angehören. Lediglich Kuba schickte Fidel Castros Stellvertreter an der Staats- und Regierungsspitze, Carlos Rafael Rodriguez. Die Schlußdokumente des Gipfels, über dessen Tagesordnung gestern nichts bekannt war, sollen nach einer offiziellen Ankündigung morgen veröffentlicht werden. Der letzte RGW-Gipfel hatte 1969 in Moskau stattgefunden.

Seite 8: Druck auf RGW-Staaten

Papst in Zürich: Unselige Spaltung

DW. Zürich

Papst Johannes Paul II. hat gestern einen sechstägigen Besuch in der Schweiz begonnen. Die Ansprachen des Papstes in Zürich, Lugano und Genf beschäftigten sich zentral mit der Frage der Einheit der Kirche. Auf dem Flughafen in Zürich-Kloten wurde der Papst vom schweizerischen Bundespräsidenten Leon Schlumpf empfangen. Johannes Paul II. begrüßte „mit Hochachtung und im Geist der Freundschaft und der Liebe Jesu Christi alle Bürger dieses geschätzten Volkes, besonders die katholischen und evangelischen Christen". Die Herausforderungen des modernen Zeitalters lasse die Christen die „unseligen Spaltungen und Polarisierungen" empfinden, die sie auch heute noch untereinander entzweiten. Die als Pastoralbesuch angekündigte Visite ist von anderen Kirchen mit Kritik bedacht worden.

Seite 5: Ökumenisches Treffen

Bundesbank: Zehn Milliarden Plus

DW. Frankfurt

Die Zahlungsbilanz, die umfas*sendste Darstellung der außenwirt*schaftlichen Position der Bundesrepublik Deutschland, weist für die ersten vier Monate 1984 einen Überschuß von 10,53 Milliarden Mark aus. Die Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank stiegen um 8,12 Milliarden Mark. Der zuvor zu berücksichtigende Ausgleichsposten der Zahlungsbilanz betrug minus 2,41 Milliarden Mark. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres wies sie lediglich ein Plus in Höhe von 1,23 Milliarden Mark aus.

Die Leistungsbilanz der Bundesrepublik war nach den von der Bundesbank gestern vorgelegten Zahlen mit 1,45 Milliarden im Überschuß gegenüber 5,23 Milliarden Mark ein Jahr zuvor. In der Handelsbilanz ergab sich in den ersten vier Monaten ein Überschuß von 13,88 Milliarden nach 14,57 Milliarden Mark ein Jahr zuvor.

Rakete traf Rakete bei Tempo 20 000

A. BÄRWOLF, Hamburg

Zum ersten Mal in der Geschichte der Waffentechnik ist es gelungen, ein Geschoß durch ein anderes Geschoß im Flug zu treffen und zu zerstören. Wie das Pentagon *mitteilte*, hat am Pfingstmontag eine experimentelle Abwehrrakete der US-Armee außerhalb der Erdatmosphäre über dem Pazifik eine mit vielfacher Schallgeschwindigkeit heranrasende ballistische Interkontinentalrakete vom Typ Minuteman frontal getroffen und vernichtet. Der Zusammenstoß der beiden im Vakuum außerhalb der Erdhülle mit mehr als 20 000 *Kilometer in der Stunde aufeinander* zujagenden Körper wurde von Radar und anderen Sensoren im optischen Bereich dokumentiert.

Mit dem Volltreffer 160 Kilometer über dem Pazifik geht eine Ära zu Ende, in der man das ballistische Ferngeschoß als die nicht mehr abzuwehrende „letzte Waffe" bezeichnet hatte. Nachdem die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten im Zeitraum 1956/1957 die ersten Interkontinentalraketen gestartet hatten, waren bedeutende Wissenschaftler der Ansicht gewesen, daß es niemals gelingen werde, „eine Kugel mit einer anderen" zu treffen. 28 Jahre lang waren *dann auch alle entsprechenden* Versuche in Ost und West gescheitert. Aus militärtechnischer Sicht schien es für lange Zeit nur denkbar, eine ballistische Rakete durch die Atomexplosion einer Anti-Rakete zu vernichten.

Nach Mitteilung des Pentagon verfolgt die erfolgreich erprobte Kollisionstechnik mit Hilfe optischer Mit*tel das Ziel, die strategischen ballisti*schen Nuklearraketen eines Angreifers außerhalb der Atmosphäre vernichten zu können. Die Pentagon-Erklärung erläutert den wichtigsten Bestandteil der revolutionären Abfangwaffe: Es ist der Infrarotsensor in ihrem Suchkopf. Der optische Sensor im Infrarotbereich ist das zentrale Element des Programmes HOE (Homing Overlay Experiment). Das Ge*heimnis ist die enorme Empfindlich*keit des Sensors. Sie ist so groß, daß der Fühler die Wärmeausstrahlung eines menschlichen Körpers gegen den kalten Hintergrund des Weltraums auf eine Entfernung von mehr als 1600 Kilometer erfassen kann. Diese Daten werden an einen Prozeßrechner der neuesten Ultratechnologie weitergeleitet. Der Computer steuert darauf das Antriebssystem der Abfangrakete bis *zur Kollision*.

*Als die Endstufe der auf dem Pazi*fikatoll Kwajalein gestarteten Abfangrakete sich dem simulierten Atomgefechtskopf näherte, der aus Kalifornien abgeschossen worden war, entfaltete sich ein Metallmechanismus, der dem Drahtgestell eines Regenschirms ähnelt. Für die Kollision war das Gestänge mit Gewichten versehen, auf die das Pentagon im einzelnen nicht eingeht. Möglicherweise zerschmetterten Gewichte aus du-238 die angreifende Rakete. Du-238, ein Abfallprodukt des nichtspaltbaren Uranisotops U-238, wird wegen seiner Masse als Gegengewicht für die Ruder *in* Düsenverkehrsflugzeugen verwendet.

Die USA haben die Abwehrwaffe im Rahmen der strategischen Verteidigungsinitiative Präsident Reagans entwickelt. Ziel ist die Verwirklichung einer Technik, mit sogenannten nicht-materiellen Waffenstrahlen nukleare Offensivraketen der Sowjetunion vernichten zu können. Diese lichtgeschwinden Strahlenwaffen sollen an die Stelle der jetzt erprobten Rammtechnik treten, die wegen der Massenträgheit der Raketen nicht in allen Angriffsphasen erfolgreich sein kann.

DER KOMMENTAR

Nabelschau

GÜNTHER BADING

Beinahe die gesamte Automobilindustrie mit ihren Zulieferern liegt still, in anderen Bereichen der Metallindustrie treten Engpässe auf, mehrere hunderttausend Arbeiter sind im Streik, sind ausgesperrt oder können nicht arbeiten, weil ihre Firmen mangels Zulieferungen nicht produzieren können. Vier Wochen Streik und immer wieder zähe Verhandlungen, die sich nur um den einen einzigen Punkt drehen: Verkürzung der Wochenarbeitszeit für alle nach dem Prinzip des Rasenmähers – oder nur für jenen Teil der Arbeitnehmer, der im Schichtbetrieb arbeitet, im größeren Un*ternehmen also, für das die an*gebotene 38-Stunden-Woche leichter zu verkraften wäre als für die kleinen und mittleren Betriebe, deren ganze Angebots- und Lieferstruktur auf acht Stunden Arbeit an fünf Tagen der Woche eingerichtet ist. So weit die Lage.

Und da kommt nun eine nur scheinbar hilflos gewordene Gewerkschaftsführung und will die Meinung ihrer Mitglieder hören, ob sie denn recht getan habe mit dem Streik und dem stereotypen „Nein" zu einem Angebot der Arbeitgeber, nach dem sich Gewerkschafter der Textil-, der Bau- und der Nahrungsmittelbranche die Finger lecken würden.

Die Mitglieder sollen heute das Wort haben, als vermutlich schrille Begleitmusik zu den erneuten Verhandlungen in Stuttgart. Sind es wirklich die Mitglieder? Den Ton werden doch wieder die Funktionäre angeben. Und es werden die Funk*tionäre sein, die vor Fernsehka*meras applaudieren, die „ja" zum totalen Kampf gegen das Arbeitgeber-Angebot der Vernunft schreien werden, begleitet von einigen Hundertfünfzigprozentigen und jenen, die befürchten, das Streikgeld könnte ausbleiben, wenn man nicht mitmache.

Gibt es in der IG Metall wirklich noch Demokratie – selbst dieses Wort wird hier erklärungsbedürftig – gibt es also „Mitglieder-Demokratie"? Oder lebt diese größte Einzelgewerkschaft der Welt nicht längst nur noch von der Nabelschau der Funktionärsbefragung? Das Ergebnis von „Befragungen" wie der heutigen wäre dann vorwegzunehmen.

Im Druck-Bereich hat Vermittler Kurt Biedenkopf auf den der Tarifautonomie entspringenden Einigungszwang verwiesen. Die Metall-Arbeitgeber haben ihren Kompromißvorschlag auf den Tisch gelegt. Die IG Metall will dagegen noch immer alles oder nichts. Sie wird beides nicht bekommen.

Kohl dringt auf „zügigen" Abbau der Grenzkontrollen

Kanzler will Europa durch praktische Schritte voranbringen

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl ist entschlossen, den mit Staatspräsident François Mitterrand vereinbarten Abbau der Grenzkontrollen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich „zügig und konkret" zu verwirklichen. Er will sich davon auch durch Bedenken und Widerstände der zuständigen Sicherheits- und Zollbehörden nicht abbringen lassen. Wie Kohl nach Abschluß des Londoner Weltwirtschaftsgipfels bestätigte, lassen er und Mitterrand gegenwärtig einen Zeitplan für das Vorhaben ausarbeiten.

Die Abschaffung der Grenzformalitäten für Reisende, nicht für den Frachtverkehr, war am 29. Mai bei den deutsch-französischen Konsultationen in Rambouillet bei Paris beschlossen worden. In Bonn wie in Paris wurden von den verantwortlichen Verwaltungen jedoch sofort Einwände erhoben. Sie resultierten vor allem aus der Sorge, die Fahndung nach Rauschgiftschmugglern und Terroristen könnte durch einen Wegfall jeglicher Kontrolle erheblich erschwert werden.

Diese Bedenken haben sich auch in *der jüngsten Sitzung des CDU/CSU-*Fraktionsvorstands niedergeschlagen. Dabei äußerte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg Verwunderung darüber, daß eher beiläufige Absichtserklärungen zum Teil zu verwirrenden Schlagzeilen geführt hätten.

Tatsächlich betrachtet der Bundeskanzler diese Frage, wie er in London klarmachte, keineswegs als „beiläufig", sondern mißt ihr erhebliche politische Bedeutung bei. Sollten sich daran, wie die Bundesregierung anstrebt, auch noch die Belgier beteiligen, dann wäre das nach Ansicht Kohls ein wichtiger Erfolg.

Offenbar glaubt der Kanzler, der jede „Dogmatisierung" der Europafrage ablehnt, auf dem Weg über praktische, realisierbare Schritte, beginnend bei der Bundesrepublik und Frankreich, Europa voranbringen zu können. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher werde dann sehen müssen, wo sie bleibe, hieß es in der Umgebung Kohls. Dies sei ihr Problem und nicht das der anderen Partner. Bonner Diplomaten meinten dazu: „Dann brauchen wir die Europäische Gemeinschaft nicht aufzulösen. Aber wir haben unterschiedliche Entwicklungen."

Die gegen den Abbau der Grenzkontrollen geäußerten Sicherheitsbedenken will Kohl nicht als Hinderungsgrund akzeptieren. Anscheinend sieht er mit Mißfallen, daß „Abwehrinitiativen" in der Bundesrepublik und in Frankreich von den zuständigen Behörden über die Presse an die Öffentlichkeit gebracht wor*den sind. Ungeachtet dessen will der* Kanzler das Projekt gemeinsam mit Mitterrand zügig in Angriff nehmen. Allerdings wird es nicht ganz so schnell gehen wie manche Reisende gedacht hatten, die nach der Ankündigung in Rambouillet schon geglaubt hatten, die Grenzen seien sofort frei und deshalb einfach durchgefahren waren. Im Augenblick müssen die Kontrollen noch fortgesetzt werden.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Finanzierungs-Prügel

Von Eberhard Nitschke

Deutschlands Männer werden aufgefordert, ihre Frauen kräftig zu prügeln, damit möglichst viele von ihnen, die Kinder an der Seite, die eheliche Wohnung verlassen, um in einem Frauenhaus Schutz zu suchen. Auf diese Weise wären diese rund 150 in der Bundesrepublik existierenden Häuser immer gut gefüllt, und ihre Finanzierung, die sonst gefährdet wäre, könnte damit langfristig gesichert sein.

So etwa stellt sich der Vorschlag von Bundesfamilienminister Heiner Geißler, die Finanzierung dieser Häuser durch volle Ausschöpfung des Bundessozialhilfegesetzes zu gewährleisten, im Blickwinkel von Frauenhausverbänden dar, von denen es auch schon eine ganze Menge gibt. Erst kürzlich hat die Organisation „Autonome Frauenhäuser in Bayern" ihrer Landesregierung vorgeworfen, daß man sie „aushungern" wolle, und daß man „aus Frauenhäusern Ehekittungsinstitute und Häuser der offenen Tür für Männer, Verwandte und öffentliche Stellen" machen wolle.

Bisher ist die Finanzierung der Frauenhäuser, von denen das erste 1976 in Berlin eröffnet wurde, das in drei Jahren rund 2500 Frauen aufnahm, weiterhin unklar und je nach Land oder Gemeinde unterschiedlich. Die notwendigen Beträge kommen aus dem Bundessozialhilfegesetz, aus freiwilligen Leistungen der Gemeinden, aus ebenso gesetzlich nicht abgesicherten Zuschüssen der Länder zu Investitions- und Personalkosten, aus dem Jugendwohlfahrtsgesetz und aus der Bundesanstalt für Arbeit, soweit es um Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bei dem in den Frauenhäusern beschäftigten Personal geht.

Die Bundesregierung hat in ihrem im August 1983 vorgelegten Bericht die Frage, ob neue bundesgesetzliche Grundlagen zur Finanzierung geschaffen werden sollen, verneint. In ihrer Ablehnung war sie einig mit fast allen Ländern, mit den kommunalen Spitzenverbänden, Sozialhilfe- und Fürsorgeorganisationen. Angesichts der Aussichtslosigkeit, ein Spezialgesetz für Frauenhäuser durchzubringen, hat sich Geißler nun für die neuen Empfehlungen entschieden, begleitet von dem die Kritik relativierenden Satz: „Diese Häuser sind als Zufluchtstätten für mißhandelte Frauen und ihre Kinder notwendig. Sie leisten beispielhafte Arbeit und müssen deshalb in ihrem Fortbestand gesichert werden."

In geordneten Bahnen. Das scheint mancherorts als furchtbare Bedrohung zu gelten.

Abschreckung

Von Jürgen Liminski

Am Ufer des Arabischen Golfs scheint so etwas wie ein Lichtfunke der Vernunft aufzuleuchten. Beide Kriegsgegner, Irak und Iran, haben in Schreiben an UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar ihre Bereitschaft angekündigt, auf die Beschießung ziviler Wohngebiete mit Raketen zu verzichten. Ist das der Anfang einer konfliktentschärfenden Vermittlung?

Es ist zumindest das erste Mal, daß Teheran ein Einlenken andeutet. Irak hatte vor knapp vier Jahren den revolutionsgeschüttelten Nachbarn überfallen, um die Ölprovinz Khusistan mit der überwiegend arabisch-sunnitischen Bevölkerung zu erobern und sich zur Führungsmacht am Golf aufzuschwingen. Bagdad holte sich, nach anfänglichen Erfolgen, eine blutige Nase. Die Gegenfeldzüge Teherans allerdings blieben ebenfalls stecken, nachdem der Angreifer, vom eigenen Territorium vertrieben, die nationalen Kräfte mobilisierte. Es war vor allem die Überlegenheit der irakischen und von saudischem Geld finanzierten Waffensysteme, die die Angriffswellen der fanatisierten Revolutionswächter brach.

Dann kam die Mirage. Das französische Spitzenflugzeug verlängerte die Reichweite der schon vorhandenen Exocet-Raketen bis zum iranischen Ölhafen Kharg. Anlaufende Tanker wurden vor der Pier in Brand geschossen, die Versicherungsprämien stiegen, das iranische Öl wurde teuer, seine Verladung lebensgefährlich.

Dann kam die SS 12. Bagdad kann nun, dank der Sowjets, selbst die Raffinerien auf Kharg oder auf dem Festland direkt unter Beschuß nehmen. Irak will seit zwei Jahren den Krieg beenden. Mehrere UNO-Delegationen haben bereits vergeblich versucht, auch Teheran zum Einlenken zu bewegen. Ist jetzt ein Wendepunkt erreicht? Die qualitative Überlegenheit der gegnerischen Waffen zwingt Teheran zumindest zum Nachdenken. Die Ratio der Abschreckung könnte greifen – jedenfalls solange die Vorbereitungen für die geplante Großoffensive noch nicht abgeschlossen sind.

Gruß von Radio Marti

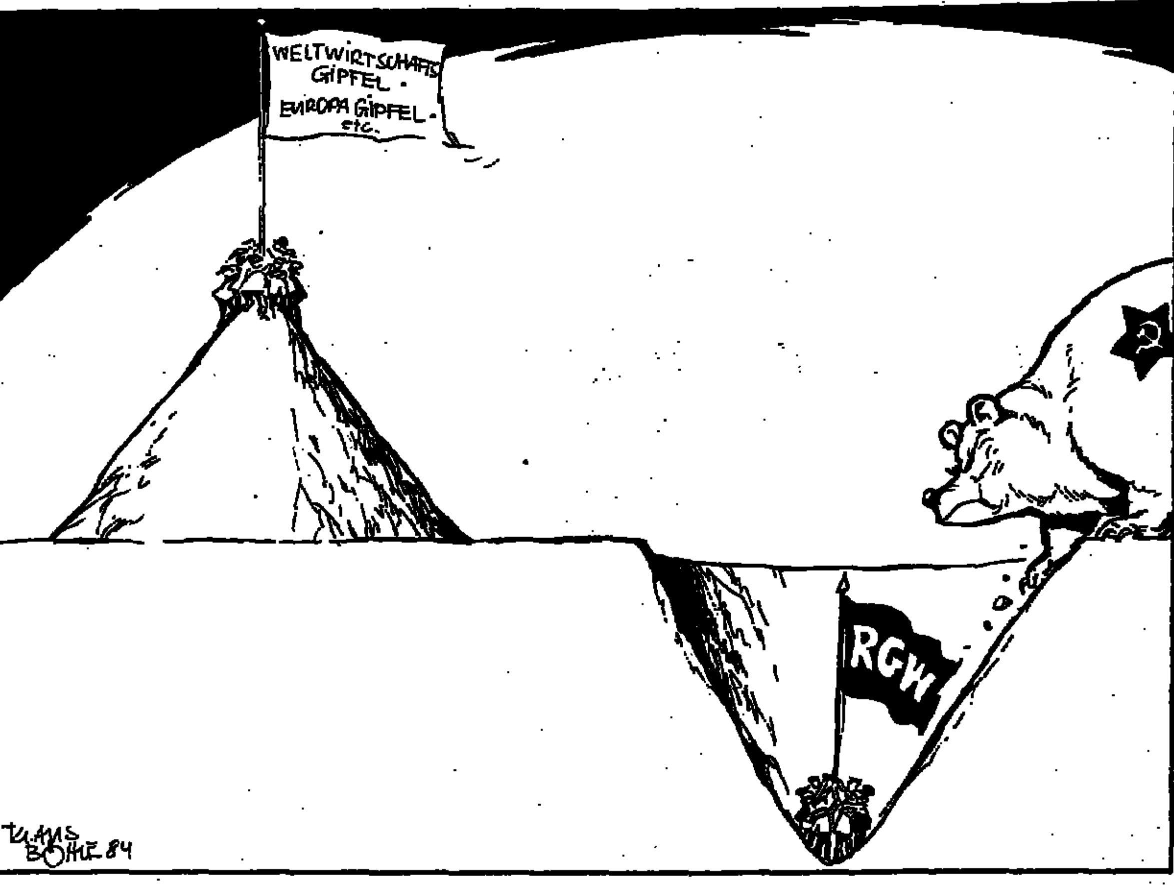
Von Günter Friedländer

Präsident Reagan versprach den Kubanern am Ende des Jahres 1983 einen freien Rundfunksender zum 25. Jahrestag der Castro-Revolution, der den Namen ihres Nationalhelden Jose Marti tragen soll. Mehr als fünf Monate später befindet er sich immer noch im Stadium der Planung, obwohl der Kongreß im vergangenen Jahr nach einigem Zögern die erforderlichen Mittel bewilligte. Das Projekt stieß auf Widerstand, nicht zuletzt, weil die Besitzer nordamerikanischer Rundfunksender befürchteten, Castro werde als Vergeltungsmaßnahme alle von der Insel aus erreichbaren nordamerikanischen Sender stören.

Castros Medienfunktionäre schimpfen über „Radio Marti", sprechen aber nur zögernd über mögliche Gegenmaßnahmen, wie die Störung des Senders, um seinen Empfang unmöglich zu machen. Auf der für Radio Marti vorgesehenen Wellenlänge sendet zur Zeit die „Stimme Amerikas" spanische Programme, die genau das tun, was „Radio Marti" tun soll: die Kubaner in kürzester Zeit und mit größter Genauigkeit über die Ereignisse zu unterrichten, die ihre eigene Regierung oft lange verschweigt. Die Sendungen werden in Kuba empfangen.

In Kuba denkt man auch an ein „Radio Lincoln", um die Nordamerikaner von Kubas Ansichten über die Politik der USA in Lateinamerika und der Karibik zu informieren. Das aber tun die nordamerikanischen Medien bereits ausführlichst: Man braucht die Kubaner dafür nicht.

„Radio Marti" sendet zwar noch nicht, aber seine Botschaft wird bereits in Kuba empfangen. Deshalb benutzen Castros Leute eine dritte Abwehrmethode: Sie bereichern ihre eigenen Rundfunk- und Fernsehprogramme mit amerikanischen Filmen und amerikanischer Musik, um die Langeweile zu verbannen, die viele Kubaner zu künftigen Hörern des „Radio Marti" machen würde. So haben die Kubaner also wenigstens einen Vorgeschmack von Reagans versprochenem Geschenk erhalten.



Gipfelkontrast ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Kohls Frontbegradigung

Von Günter Zehm

Eine Legende wird in Umlauf gesetzt. Unter Bundeskanzler Kohl, so lautet sie, sei der deutsche Einfluß auf die internationalen Dinge drastisch zurückgegangen, die deutsche Außenpolitik spiele heute keine wesentliche, das westliche Bündnis prägende Rolle mehr. Man kultiviert eine Art Helmut-Schmidt-Nostalgie. Wehmütig schwelgt man in der Erinnerung an jene Zeiten, da es angeblich möglich war, die Weltmächte von Bonn aus zu diesem oder jenem zu „zwingen". Noch im Jahre 1980, schreibt etwa die „Frankfurter Rundschau", habe Helmut Schmidt „die widerstrebenden Sowjets an den Genfer Raketen-Verhandlungstisch gebracht", und im Jahr darauf habe er die Amerikaner „zur Wiederaufnahme der Verhandlungen gezwungen". „Welch eine Wende seit diesen Zeiten!", stöhnt die Zeitung.

Aber die Wende, die hier beklagt wird, besteht lediglich darin, daß die deutsche Außenpolitik seit dem Koalitionswechsel Abschied von gewissen Illusionen und eitlen Einbildungen genommen hat, die sich auf die Dauer schädlich, vielleicht lebensgefährlich hätten auswirken können. Es grenzt ja beinahe an Größenwahn, zu glauben (und sogar noch öffentlich zu verbreiten), die deutsche Außenpolitik habe zu irgendeinem Zeitpunkt der Nachkriegsgeschichte irgendeine Macht jemals zu irgendetwas gezwungen. Was wirklich passierte, war nichts weiter als das Abrollen einer gewissen Medienoptik, die in der Spätphase des Präsidenten Carter und des Generalsekretärs Breschnew die deutsche Position zeitweise ziemlich stark aussehen ließ – ohne daß sie wirklich stark gewesen wäre.

Erinnern wir uns: Der unglücklich operierende, mit Geiseldrama und butterweicher Währung geschlagene US-Präsident Carter wirkte in den Medien beinahe wie ein unbeholfen lernender Schüler seines deutschen „Freundes Helmut", von dem er demütig Ratschläge für die Stärkung des Dollars entgegennahm. Und Breschnew war ein todkranker Mann, dessen letzter Besuch in Bonn besonders auf die Fernsehzuschauer einen katastrophalen Eindruck machte. Neben Carter und Breschnew nahm sich Helmut Schmidt tatsächlich wie die ausschlaggebende Instanz aus. Aber er war es nicht; alles war nur eine Illusion, die noch in den letzten Tagen der Schmidt-Ära mit lautem Knall zerplatzte.

Der Besuch Schmidts am Werbellinsee, wo man den deutschen Bundeskanzler gleichsam zum Komplizen bei der Errichtung des Militärregimes in Polen machte, enthüllte mit einem Schlag die Windigkeit der auf bloße Anerkennung der „Jalta-Linie" gegründeten Schmidtschen „Friedensordnung", die Kampagne Moskaus gegen die von Schmidt initiierte Nachrüstung desavouierte sein Konzept des nuklearen Gleichgewichts. Der sowjetische Imperialismus, so zeigte sich, ließ sich weder durch Kredite noch durch verbale Anpassung noch durch Gleichgewichtsangebote domestizieren.

Die USA ihrerseits fanden unter Reagan sehr rasch wieder zu Stolz und nationalem Selbstbewußtsein zurück. Die Konjunktur sprang an, unzählige neue Arbeitsplätze wurden geschaffen, der Dollar wurde beinhart, während die Mark mit Aufweichungstendenzen zu laborieren begann. Das schuf auch im Bündnis eine neue Lage. Die Eisenfeilspäne der einzelnen Interessen und Absichten ordneten sich dort nach neuen Magnetströmen, und daß die Ströme nicht von Bonn ausgingen, war weiß Gott nicht die Schuld der Regierung Kohl.



Abschied von außenpolitischen Legenden: Kanzler Kohl und Außenminister Genscher FOTO: POLY-PRESS

Für diese ist es heute eine pure Notwendigkeit, das unter Schmidt eingerissene außenpolitische Großmannstum vorsichtig zurückzuschneiden. Ost-westliche Schaukelpolitik, um die eine oder andere Seite an Verhandlungstische zu „zwingen", führt zu nichts. Man strapaziert damit nur die Nerven des Bündnispartners, ohne daß der Gegner das im mindesten honoriert. Selbstverständlich ist es wichtig, die eigenen Interessen zu wahren, aber unsere nationalen Interessen erfordern eindeutig eine Stärkung des Bündnisses, im Militärischen, im Gedanklichen und auch im Atmosphärischen.

Gewisse Kreise im Westen sind beunruhigt über das angeblich völlig neu entfachte Interesse der Deutschen an der Wiedervereinigung; sie setzen es gleich mit Neutralismus und Schaukelpolitik und sehen darin einen beträchtlichen innereuropäischen „Störfaktor". Es muß nun das erste Anliegen einer bescheiden gewordenen deutschen Außenpolitik sein, allen Partnern klarzumachen, daß der deutsche Wille zur Verteidigung der Freiheit ungebrochen ist, daß aber der wahre Störfaktor in der Teilung Deutschlands und Europas selbst liegt, in der unheilvollen „Jalta-Linie", deren Nichtanerkennung zum europäischen „Essential" Nummer eins werden sollte.

Daß Bonn gegenwärtig der Innen- und Wirtschaftspolitik einen merklichen Primat vor der Außenpolitik einräumt, behindert diese langfristige Strategie nicht, im Gegenteil, sie entspricht den Notwendigkeiten der Frontbegradigung. Der Londoner Wirtschaftsgipfel hat soeben wieder einmal gezeigt, daß nur demjenigen außenpolitischer Lorbeer blüht, der eine gesunde, leistungsfähige Wirtschaft und stabile innere Verhältnisse vorweisen kann. Hier genügt es am wenigsten, immer nur über die Stärke des anderen zu jammern, über seine hohen Zinsen, sein Haushaltsdefizit und seine aus der eigenen Sicht protektionistische Handelspolitik. Sogar unter Freunden liebt man eher den Starken als den Schwächling. Für Legenden ist nicht der geringste Platz mehr da.

IM GESPRÄCH Veselin Duranovic

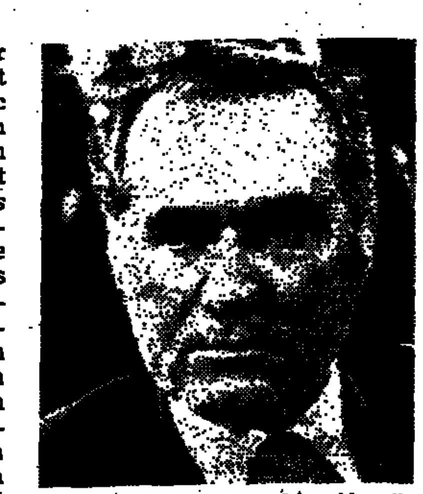
Technokrat aus Belgrad

Von Volker Stahr

Seine Amtszeit wurde schon vor dem Amtsantritt von einem Eklat überschattet. Weil Veselin Duranovic im jugoslawischen Staatspräsidium den Platz Montenegros einnehmen sollte, lehnte es der Slowene Popit schlichtweg ab, seinerseits in dieses Gremium einzuziehen. Popits Begründung: die angeblich erwiesene wirtschaftspolitische Unfähigkeit des Montenegriners. Das Staatspräsidium ist in Jugoslawien höchstes staatliches Organ und wird aus je einem Vertreter der sechs Teilrepubliken und der zwei autonomen Provinzen sowie dem Parteichef gebildet – streng nach dem von Tito kreierten „Nationalen Schlüssel": Der jährlich wechselnde Vorsitzende nimmt dabei als „primus inter pares" eine Art Sprecherfunktion wahr.

Bisher war dieses Kollektiv in seinem Selbstverständnis weitgehend Repräsentativorgan und der Vorsitzende vergleichbar mit unserem Bundespräsidenten. Künftig soll es nach den Plänen der Belgrader Führung zur Schaltzentrale jugoslawischer Politik ausgebaut werden. Damit fällt natürlich auch dem Vorsitzenden mehr Gewicht zu. Er repräsentiert ein Kollektiv, dessen Machtfülle noch am ehesten mit dem des sowjetischen Politbüros vergleichbar wäre. Dieses sensible Amt übernahm im Mai turnusgemäß der Vertreter Montenegros: Veselin Duranovic. Duranovic wurde am 17. Mai 1925 nahe der Stadt Danilowgrad in Montenegro geboren. Von der Schulbank weg schloß er sich Titos Partisanen an.

Mit dieser Vergangenheit und dem Parteieintritt war sein kontinuierlicher Aufstieg nach Kriegsende vorgezeichnet. Duranovic holte die Schule nach, studierte auf Parteikosten und wurde schließlich Journalist. In Montenegro arbeitete er für das Jugendorgan der KP, leitete dann die Parteizeitung „Popjeda" und letztlich „Radio Titograd". Parallel dazu seine Parteikarriere: Jugend- und Studentenverband, Bezirkskomitees, ZK-Mitglied und -Sekretär sowie in den sechziger und siebziger Jahren auch Regierungs- und Parteichef jener kleinsten Teilrepublik. Auf Bundesebene gehörte Duranovic dem ZK seit 1964 an.



Bilanz nicht nur positiv: Veselin Duranovic FOTO: CAMERA PRESS

Als im Mai 1977 der damalige und langjährige Belgrader Regierungschef Bijedic bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam, rief Tito den Montenegriner in die Metropole. Auf diese Zeit beruft sich Popit, wenn er Duranovic heute für die wirtschaftliche Misere verantwortlich macht. Obwohl gerade Duranovic sich stark in Wirtschaftsfragen engagierte, sieht seine Bilanz negativ aus: 40 Prozent Inflation, 12 Prozent Arbeitslose und eine drastisch gestiegene Auslandsverschuldung zum Ende seiner Amtszeit 1982. Aber Ende der siebziger Jahre hatten auch andere Staaten Wirtschaftsprobleme. Und gerade nach dem Tod Titos hat Duranovic in der Innenpolitik Qualitäten bewiesen. In dieser schwersten Krise, die der Vielvölkerstaat bisher zu bestehen hatte, sorgte er an exponierter Stelle für einen geordneten Übergang in die Nach-Tito-Ära.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE RUHR ZEITUNG

Zum Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche schreibt das Blatt:

Das Gedächtnis der Leute ist kurz. Deshalb sei noch einmal an den Stahlarbeiter-Streik von 1977/78 erinnert. Es war eine harte, erbitterte Auseinandersetzung, die mitten in die Weihnachtszeit und den kalten Januar fiel. Am Ende des Arbeitskampfes fand die Stimmung ihren Niederschlag in der Schlagzeile „Das hat sich nicht gelohnt". Diesmal wird es nicht anders sein. Neun Wochen Druckerstreik sind mehr als genug. Für einige Verlage geht es um die Existenz. Von einem Arbeitskampf der Metaller in den Tarifgebieten Württemberg/Nordbaden und Hessen kann längst keine Rede mehr sein. Einige zehntausende Streikende legen bundesweit eine der wichtigsten Branchen lahm. Die Auswirkungen sind bis ins benachbarte Ausland zu spüren. Der Arbeitskampf, der nicht einen Triumph der einen oder anderen Seite, sondern nur bittere Enttäuschung über äußerst magere Ergebnisse bringen kann, muß in dieser Woche ein Ende finden. Neue Ideen und Formen der Auseinandersetzung zur Bewältigung unserer industriellen Zukunft sind dringend gefragt.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Die Pariser Zeitung befaßt sich mit dem Erbe Berlinguers:

Gestützt auf ihre zahlreiche und motivierte Wählerschaft brauchte die KPI nur noch ein paar tausend zusätzliche Stimmen zu gewinnen, um ohne jeden Kompromiß – ob historisch oder nicht – Regierungsansprüche erheben zu können. Es wurde in den letzten Tagen oft betont, daß Berlinguer nicht (KPF-Chef) Marchais war. Das stimmt, zum Glück für Berlinguer. Doch das erklärt nicht alles. In Frankreich kann die Kommunistische Partei nicht darauf hoffen, auf demokratischem Wege alleine an die Macht zu kommen, da sie nicht die gleiche Rolle spielt wie die KP in Italien. Enrico Berlinguer hat sich für einen anderen Weg entschieden, weil er andere Zwänge und Ziele hatte. Doch kehrte er, sobald es die übergeordneten Interessen der UdSSR verlangten, gehorsam auf den rechten Weg zurück. Wie man das in Sachen Mittelstreckenraketen feststellen konnte. Letztlich blieb unter der Herrschaft Berlinguers die Strategie der KPI sehr orthodox. Nur taktisch gab es einige Kühnheiten. Insgesamt gesehen ist das alles ziemlich leninistisch.

LE MATIN

Das Blatt aus Paris stellt die Frage, was nach Berlinguer kommen wird:

Die Nach-Berlinguer-Ära beginnt damit, daß es keinen offiziellen „Führer Nummer zwei" gibt, da die KPI weder einen Präsidenten noch einen stellvertretenden Sekretär hat. Das Sekretariat – als echte „Schattenregierung" – hat damit die schwierige Aufgabe, die politische Kontinuität zu garantieren und vor allem einen Nachfolger zu suchen. Und dies alles in einem Augenblick, in dem die Partei offensichtlich in einer harten und aggressiven Opposition festgefahren ist, sowohl gegen die DC wie auch gegen die Sozialistische Partei, die beide „schuldig" sind, weil sie die von den Kommunisten angebotene Hand ausgeschlagen haben.

...und plötzlich waren 360 Millionen mehr im Umlauf

Philippinen: Wie Präsident Marcos die Parlamentswahlen überstand / Von Christel Pilz

Präsident Marcos hat sein Versprechen gehalten. Die Parlamentswahlen vom 14. Mai waren „sauber und ehrlich", relativ gesprochen, wie alles in den Philippinen nicht allzu wörtlich zu nehmen ist.

Manipulation und Terrorakte kamen bei der Auszählung. Die ersten Ergebnisse zeigten ein ganz anderes Bild als die Marcosschen Wahlstrategen erwartet hatten. Die Opposition lag im Rennen. Die Regierungspartei „Neue Gesellschaft" (KBL) hinkte hinterher. Ohne die Wahlfälschungen, so der Führer der Oppositionskoalition „Unido", der Ex-Senator Salvador „Doy" Laurel, „hätten wir wahrscheinlich gewonnen. Doch trotz aller Tricks, der KBL zur Mehrheit zu verhelfen, konnte die Opposition 62 der 183 gewählten Parlamentssitze erhalten. Weitere elf gingen an unabhängige Kandidaten. Sie wollen, wie sie sagen, das „Zünglein an der Waage" sein. Die KBL hat hundertzehn Mandate (nach noch vorläufigen Zahlen).

Präsident Marcos lobte das Wahlergebnis als „überwältigenden Erfolg" für die KBL. Gewiß, sechzig Prozent sind mehr als die absolute Mehrheit, aber steht dieser Wahlsieg nicht auf wackligen Beinen? Ist er nicht um so magerer, als die Regierung dreihundertvierzig Millionen US-Dollar in ihren Wahlkampf steckte? Um diese Summe jedenfalls hat sich die Geldumlaufmenge allein im April erhöht. Groteske Ausgaben für ein Land, dessen Staatskassen so leer sind, daß es selbst an lebenserhaltenden Medikamenten für Hospitäler fehlt, dessen Inflationsrate vierzig Prozent beträgt und dessen Verhandlungen zur Umstrukturierung seiner Auslandsschuld von sechsundzwanzig Milliarden US-Dollar stagnieren, weil die Regierung immer wieder gegen Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) verstößt.

Doch all das Geld hat die Wählerschaft nicht kaufen können. Neunzehn Jahre Marcos-Regime sind den meisten einfach zu lang. Sie wollen neue Gesichter, wollen Wechsel, wollen eine Führung, der sie vertrauen können und zu der sie Zugang haben. Früher – und das galt auch noch in den ersten Jahren der Präsidentschaft von Marcos – gab es einmal pro Woche einen Tag der offenen Tür im Palast. Jeder konnte nach „Malacanang" gehen, sehen, wo und wie der Präsident lebt, ihm seine Probleme und Anliegen vortragen. Seit über einem Jahrzehnt ist Malacanang der Öffentlichkeit verschlossen. Der Präsident ist unantastbar geworden, sein Gehabe wurde königsgleich. Er hat sich isoliert und mit einer Entourage umgeben, die ihm die Wahrheit nicht zu sagen wagt.

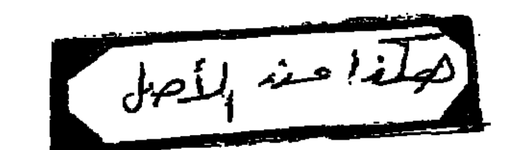
Wie sonst hätte Marcos vor den Wahlen noch behaupten können, die Opposition werde allerhöchstens dreißig Sitze erhalten. Im letzten Parlament hätte sie nur 14 gehabt. Marcos war falsch informiert. Die dafür Verantwortlichen sind seine engsten Vertrauten: seine politisierende, ehrgeizige Frau Imelda, sein Minister für politische Angelegenheiten, Leonardo Perez (Perez selbst hat in den Wahlen verloren), seine beiden engsten Geschäftsfreunde, der Zuckerkönig Benedicto und Cojuangco, der die Kokosnußwirtschaft kontrolliert, sowie General Fabian Ver, Stabschef der philippinischen Streitkräfte. Wo immer einer von ihnen KBL-Kandidaten unterstützte, wählte das Volk für die Opposition. KBL-Kandidaten, die echt gewonnen haben, so Verteidigungsminister Ponce Enrile, Arbeitsminister Ople oder Premierminister Cesar Virata verdanken das ihrer vom Volk respektierten Persönlichkeit.

Für den siebenundsechzigjährigen Präsidenten ist das Grund genug nachzudenken.

Es gärt im Volk. Der Todesschuß auf den Oppositionsführer, Benigno Aquino, am 21. August hat die Zweiundfünfzig-Millionen-Nation aus ihrem Dämmerschlaf hochgeschreckt. Langaufgestaute Kritik und Bitterkeit wurden plötzlich auf der Straße laut, drangen von den Städten in die Provinzen, von Insel zu Insel. Denn die Philippinen, die von den Spaniern ihren katholischen Glauben haben und von den Amerikanern ihr Konzept von Freiheit und Demokratie, sind eine Inselnation.

Menschen, die jahrelang geschwiegen hatten, wurden plötzlich mutig, organisierten Bürgerinitiativen, riefen zu Protestmärschen, forderten Reformen oder gar den Rücktritt des Präsidenten. Ein politischer Frühling brach aus, der in den Parlamentswahlen vom 14. Mai eine Bestätigung für die landesweite Aufbruchstimmung in allen Kreisen des Volkes fand.

Marcos ist ein Mann der Überraschungen, ein politisches Genie, ein Führer, der nach einem Platz in der Geschichte strebt. Selbst Oppositionspolitiker halten es für nicht ausgeschlossen, daß Marcos sich der Herausforderung stellt und mit der Formierung eines Koalitionskabinetts seine politisch polarisierte Nation auf den Kurs zur Wiederversöhnung und zu umfassenden Reformen bringt.



Die Biber verlieren an der Elbe ihre letzte Ur-Heimat

Für die Zeitungen war es nur eine kleine Meldung – für die Naturschützer ist es eine große: Die Biber an der Elbe, der letzte überlebende „Volksstamm" dieser einst weitverbreiteten Tierart in Mitteleuropa, werden vertrieben.

Von D. GURATZSCH

Jahrhundertelang lebten die „Elbebiber" im Raum Magdeburg. Doch ihre Tage dort sind gezählt. Sie müssen umziehen an einen anderen Fluß: die Oder soll ihre neue Heimat werden. Ihr angestammtes Wohngebiet an den Elbufern im Bezirk Halle wird für die Industrie gebraucht. Sie möchte es „intensiv bergbaulich nutzen". Das heißt: Ein letztes Stück idyllische Flußlandschaft an dem schon heute durch Chemieverschmutzung und Krankheitskeime schwer belasteten Strom kommt unter die Bagger.

Der Biber steht in der „DDR" wie in der Bundesrepublik unter Naturschutz. Er war früher in allen nicht zu kleinen, nicht zu schnell fließenden Gewässern zu Hause, wurde aber durch intensive Bejagung bis auf wenige Bestände im Rhônegebiet, in Südnorwegen, im heutigen russisch-polnischen Grenzgebiet und in Innerrußland ausgerottet.

In Deutschland wurden die letzten Biber in der Straßburger Gegend um 1830 erlegt, im Oberrheingebiet soll das Tier noch bis zur Jahrhundertwende gesehen worden sein. Den letzten Innbiber schoß ein bayerischer Baron vor 100 Jahren in der Salzachmündung und verkaufte ihn für 1000 Goldmark an die Preußen nach Berlin. Nur an der Elbe zwischen Magdeburg und Dessau konnte sich ein Bestand von einigen hundert Tieren gegen die Jäger, die zunehmende Wasserverschmutzung und die Folgen der Flußregulierung behaupten.

Diese „Elbebiber" erlangten Berühmtheit für die internationale Naturschutzbewegung, denn sie bildeten die „einzige autochthone Population, die in Mitteleuropa überlebt hatte", wie der Münchner Josef Reichholf, wissenschaftlicher Beirat im World Wildlife Fund Deutschland, sagt. Von hier aus begannen die Versuche, eine fast schon ausgerottete Tierart in ihren alten Stammgebieten weider heimisch zu machen. Gerade der jetzt bedrohte Elbebiber ist damit zu einem Symbol des Artenschutzes geworden.

Biber standen jahrhundertelang auf der Liste der vom Menschen verfolgten Tiere ganz obenan, weil sie leicht aufzuspüren und leicht zu jagen sind, weil ihr Pelz als „männlich" und ihr Fleisch als wohlschmeckend gilt. In katholischen Gegenden wurde das Säugetier wegen der Schwimmhäute an den Hinterfüßen und wegen des platten, beschuppten Schwanzes in der Fastenzeit zum Fisch erklärt und mit Appetit gegessen. Außerdem wurde dem „Bibergeil", einer Drüsenausscheidung der Tiere, eine heilende und potenzsteigernde Wirkung zugeschrieben.

Vor allem aber: Der Biber verfügt über ganz erstaunliche Fähigkeiten, die ihn einerseits zu einem „Vorarbeiter" des Menschen, andererseits zu dessen Konkurrenten machen. Der Karlsruher Biberforscher Professor Norbert Rieder meint sogar, „daß der Biber – nächst dem Menschen – sicherlich das Tier ist, das am spektakulärsten in seine Umwelt eingreift."

Der Biber: Seit Jahrhunderten wird der Nager von den Menschen verfolgt und dabei fast ausgerottet. FOTO: CAMERA PRESS

Seine wahrhaft umwälzende Tätigkeit entfaltet der Sonderling an Flußufern am Waldesrand. Dort baut das starke Tier, das einen Männerarm mit einem Biß durchbeißen kann und ein Gewicht von 35 Kilogramm erreicht (schwerer als ein starker Rehbock), seine riesigen Burgen mit Vorratskammer, Mutterstube, Kinderzimmer und dem Eingang unter Wasser. Um den Wasserstand zu regulieren, legen die Tiere Dammbauten von bis zu einigen hundert Metern Länge an. Dafür fällen sie Bäume und roden ganze Uferzonen.

Die Siedlungsgebiete der Biber, die von den Tieren geschaffenen Wiesen und Rodungen, waren auch ideale Siedlungsplätze für den Menschen. Wo sich die Biber einst wohlgefühlt haben, da erinnern heute nur noch unverständlich gewordene Ortsnamen an die einstigen „Vorbesitzer" des Geländes: in Biberach und Biberkessel, in Bebra, Bebern und Babenhausen.

In den zwanziger Jahren gingen deutsche Naturschützer daran, den Biber in alten Stammgebieten wieder auszusetzen. Man fing Elbebiber in Reusen und brachte sie in die Schorfheide. Der Krieg unterbrach die Versuche, die „DDR" nahm sie wieder auf. Heute soll es außer im Elbegebiet und in der Schorfheide auch an der Havel und in Mecklenburg wieder Biber geben. Der Elbebiber, der letzte mit angestammtem Wohnsitz in Mitteleuropa, hat also Nachkommen. Nun muß er selbst auswandern.

Mit Neid hatten die westdeutschen Naturschützer auf die natürlichen Bestände im anderen Deutschland geblickt. Aber Kontakte zu den Kollegen drüben kamen nicht zustande. Als 1966 zum erstenmal Biber auch in der Bundesrepublik ausgesetzt wurden, da waren es schwedische mit norwegischem Stammbaum. Biberforscher Joseph Reichholf und seine Frau Helgard päppelten ihren Bestand am Unterlauf des Inn inzwischen auf die stolze Zahl von hundert Tieren hoch – mindestens soviel, so glaubt man heute, sind nötig, damit sich eine überlebensfähige Population entwickeln kann. In Niedersachsen (wo sechs Tiere ausgesetzt wurden) und in Baden-Württemberg (vier Tiere) ist man noch weit davon entfernt. Aber auch diese Tiere kamen ausschließlich aus westlichen Ländern.

Dort zieht die Biberansiedlung inzwischen immer weitere Kreise. In Frankreich soll es wieder 2500 Biber geben, neue Populationen wurden an Loire und Rhein begründet. Auch die Holländer entwickeln Programme. Die Schweiz beziffert ihre neuausgesetzten Bestände schon auf 300 Köpfe. In Norwegen wird die Zahl der Tiere auf 10 000 bis 20 000 geschätzt, daraus abgezweigte Populationen in Schweden und Finnland sollen bereits ebenso stark sein, und in Osteuropa, in Rußland und Polen sollen sich die Tiere gar auf 50 000 vermehrt haben.

Nur der Elbebiber, ein „typischer Deutscher", will nicht die Kraft dazu finden, sein Volk von wenigen hundert Tieren zu verstärken. Er, der alle Zeitläufte, Kriege und Nachstellungen überstanden hat, hat den Kampf ums Überleben noch immer nicht gewonnen. Hat er erst sein Refugium verloren, wird er bald auch den Namen verlieren. Aus einem trotzigen Lebenskünstler wird ein heimatloser Geselle.

Die DO 228 aus München kurvt auf steilem Erfolgskurs

Am Flughimmel strahlt ein neuer Stern mit dem Markenzeichen „Made in Germany"; es ist die DO 228, die die amerikanische Konkurrenz das Fürchten lehrt.

Von PETER SCHMALZ

Das Flugzeug aus Europa begeisterte Walter Fawcett, den Präsidenten einer noch jungen, aber aufstrebenden amerikanischen Fluggesellschaft. „Eine Kombination aus Wirtschaftlichkeit und hohem Passagierkomfort", schwärmte er und hat für dieses Jahr gleich sechs Maschinen bestellt und sich für weitere sechs die Option gesichert. In diesen Tagen ist der erste Passagierflieger bei ihm eingetroffen.

Fast unbemerkt ist einem deutschen Flugzeugbauer der große Coup gelungen. Dornier, dem Familienunternehmen zwischen Friedrichshafen und München, ist mit dem kleinen Passagierflugzeug DO 228 ein Produkt gelungen, das die Fachwelt euphorisiert und das seit einigen Monaten in einem wirtschaftlichen Steigflug rund um die Welt fliegt. Bei einem Treffen von Flugzeugexperten gestanden dieser Tage in Washington selbst Amerikaner ein, derzeit kein vergleichbares Gerät anbieten zu können.

Während große Jets nagelneu auf Halde stehen und die internationalen Fluggesellschaften sich in Kaufenthaltung üben, fliegt die DO 228, von der vor drei Jahren erst zwei Prototypen über Oberbayern kurvten in einen Markt, der weltweit auf Zuwachs gepolt ist. „Ein Bilderbuchstart", meint Dornier-Vorstandsmitglied Reiner Hainich stolz.

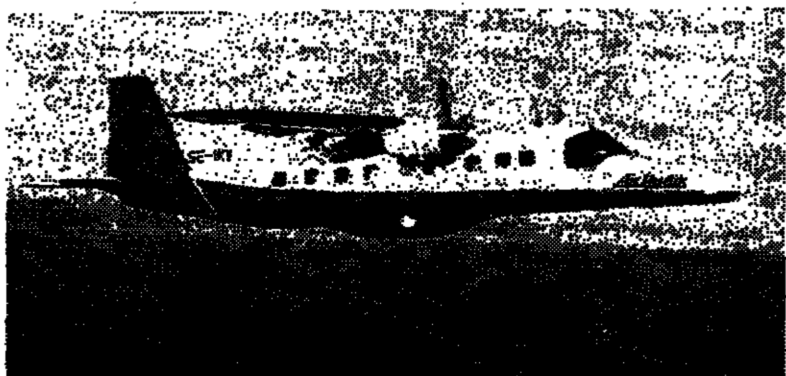
Die Maschine mit dem vorragenden Bug, einem Ameisenbär ähnlich, ist ein Gerät für den Regionalflugverkehr, in der kleinen Version haben 16 Passsagiere Platz, in der größeren 21.

Mit ihr haben deutsche Ingenieure den Beweis geliefert, daß Know-how „Made in W-Germany" noch immer unschlagbar sein kann; mit diesem Flugzeug hat die zivile Luftfahrt, so meint ein Experte, einen Technologievorsprung gemacht, wie er maximal nur alle zehn bis fünfzehn Jahre zu erwarten ist.

Etwa der TNT, der „Tragflügel Neuer Technologie". Eine weltweit einmalige Tragfläche, die mit Zuschüssen des Bundesforschungsministeriums entwickelt wurde. Dornier-Vorstand Hainich: „Das neue Flügelprofil und die Integralbauweise bringen uns ein besseres Auftriebs/Widerstandsverhältnis und damit ein großes Leistungsspektrum bei erheblichen Kraftstoffeinsparungen."

Verbunden mit den ebenfalls im Forschungsauftrag entwickelten neuen Propellern kommt die zweimotorige Turboprop-Maschine auf eine 10 bis 18 Prozent höhere Reisegeschwindigkeit bei bis zu 30 Prozent weniger Treibstoff gegenüber Konkurrenzflugzeugen.

Rolf Blom, Betriebschef der skandinavischen „Air Hudik", prüfte genau, bevor er sich für die deutsche Maschine entschied. Im Computer ließ er auf einer seiner Strecken die DO 228 zum Wettlauf gegen ihren schärfsten Mitbewerber aus den USA antreten. Blom zum Resultat: „Die andere Maschine lag um eine Minute vorn, aber die DO hatte 40 Liter Sprit weniger gebraucht und trotzdem zehn Passagiere mehr befördert."



Die DO 228: Ein Star für den Regionalflugverkehr FOTO: DW.

Die amerikanische „Precision Airlines", Nummer 39 unter den 245 Regionalfluggesellschaften in den Staaten, will bis Ende nächsten Jahres mit dann zwölf Dornier-Maschinen unter die ersten Zehn vorstoßen. Das Ziel scheint erreichbar: „Air Hudik" konnte in nur einem halben Jahr auf den 350 Kilometern zwischen Stockholm und Hudiksvall mit der Maschine aus München das Passagieraufkommen um 72 Prozent steigern. In Deutschland fliegt die erste DO 228 mit „Delta Air" zwischen Friedrichshafen, Stuttgart und Bremen sowie in die Schweiz nach Zürich, Genf und Basel.

Die 30. Maschine verließ in diesen Tagen die Werkshallen in Oberpfaffenhofen bei München, über insgesamt 61 Maschinen liegen Kaufverträge vor, für ebenfalls 60 Optionen. In einem Gemeinschaftsabkommen mit Indien sollen 150 Maschinen gebaut werden. Dornier-Sprecher Rolf Christ schätzt, daß bis 1990 etwa 400 Flugzeuge verkauft sind. Nach dem 250. Verkauf fliegt die DO 228 in der Gewinnzone.

Bei den Demokraten haben auch die Frauen eine Chance

Ein Frau als Vizepräsidentin der USA ist das Ziel vieler – zumindest weiblicher – Amerikaner. Bei den Republikanern ist „der Zug abgefahren". Dort kandidiert George Bush als Vize. Bei den Demokraten werden die Namen Dianne Feinstein und Geraldine Ferraro gehandelt.

Von GITTA BAUER

Die Frage heißt nicht mehr, ob, sondern wann wir eine Vizepräsidentin in Amerika haben werden." Dieser stolze Ausspruch stammt von einer Frau, die die Zeichen der Zeit kennen muß. Ann Lewis, politische Direktorin des Vorstands der Demokratischen Partei in den USA, hat auch bereits Namen parat. Der eine ist Dianne Feinstein, seit fünf Jahren Bürgermeisterin von San Francisco, dem Schauplatz des Nominierungskonvent der Demokraten im Juli. Da wäre es für den gekürten Kandidaten eine artige Geste, der Gastgeberin das Amt anzubieten, das einen Herzschlag von der Präsidentschaft entfernt ist.

Die zweite, womöglich noch aussichtsreichere Politikerin im Gespräch ist an der anderen Küste der USA zu Haus. Die Kongreßabgeordnete von New York, Geraldine Ferraro, ehrgeizige Tochter italienischer Einwanderer, ist ein Protégé des mächtigen demokratischen Sprechers des Repräsentantenhauses, O'Neil.

Daß die Namen von Frauen bereits als „belebend" für den glanzlosen Wahlkampf des ehemaligen Vizepräsidenten Walter Mondale gehandelt werden, zeigt, daß die Amerikanerin einen weiten Weg zurückgelegt hat, seit Mrs. Edith Wilson im Weißen Haus ihres kranken Mannes Woodrow Wilson ein heftig kritisiertes „Unterrock-Regiment" führte. Beide Parteien wägen sorgfältig ab, ob die Vorteile des Appells an die weibliche Mehrheit der Wähler (54 Prozent) die Nachteile des uneingestandenen, aber vorhandenen Widerstand männlicher Wähler übertreffen.

Dennoch ist die Frage akut zunächst nur bei den Demokraten, obgleich es Präsident Reagan ist, der mit einem viel zitierten „Gender Gap", der Vertrauenslücke bei den Frauen, zu kämpfen hat. George Bush ist auch für die zweite Runde der Reagan-Administration fest auf das Amt des Vizepräsidenten abonniert.

Die Frage nach einem weiblichen „Running Mate" wird aber zur Zeit nur den drei demokratischen Kandidaten gestellt, von denen einer, der schwarze Pfarrer Jesse Jackson, sie bereits mit Ja beantwortet hat. Das kann er ohne Zögern, denn die Chance seiner Nominierung ist gleich Null.

Anders ist die Situation für Mondale und seinen zähen Rivalen Gary Hart. In einem komplizierten Rechenexempel, das mit Imponderabilien bespickt ist, hat Direktorin Ann Lewis einen Zugewinn von 16 Millionen Stimmen durch eine weibliche Kandidatin auskalkuliert. Auch diejenigen unter den Demokraten, die ihrer gewagten Wahrscheinlichkeitsrechnung nicht folgen wollen, halten es zumindest für denkbar, daß die weiblichen Wähler im November den Ausschlag geben können.

Frauen bilden die stärkste Interessengruppe der USA und eine sehr dynamische dazu. Sie fühlen sich, ob zu Recht oder Unrecht, von Reagan vernachlässigt, obwohl er mehr Frauen in seine Regierung geholt hat als sein Vorgänger Carter. Die Verringerungen im Wachstum des Sozialetats treffen nach Meinung der Demokraten in erster Linie Frauen, so bei der Sozialfürsorge für Familien ohne Mann, so bei den Berechtigungsscheinen für freie Lebensmittel.

Eine kürzlich von der „Washington Post" und der Fernsehgesellschaft ABC angestellte Meinungsumfrage ergab, daß Männer zu 60:37 Prozent Reagan den Vorzug geben würden, während Frauen sich zu 48:44 Prozent für Mondale entschieden. So setzt sich die sogenannte „Feminisierung der Armut" in Wählerstimmen um.

Ist das Land bereit, eine Vizepräsidentin zu akzeptieren? Theoretisch ja, geht man nach den Antworten auf eine weitere Befragung und zwar registrierten Demokraten. 54:37 Prozent hielte sie für eine gute Idee.

Die volkstümliche Geraldine Ferraro, 48, hat sich über die politische Ochsentour in der New Yorker Partei hochgearbeitet. Im Kongreß vertritt sie einen Blue-Collar-Distrikt im Stadtteil Queens. Die telegene Blondine sitzt im mächtigen Budget-Ausschuß und residiert in der Programm-Kommission des Parteitags. Hocharbeiten müssen hat sich die anfangs verhätschelte Tochter eines Restaurant-Besitzers nach dem frühen Herztod des Vaters auch in ihrem persönlichen Leben. Als Textilarbeiterin errang sie sich in Nachtstudien, mit Stipendien und Hilfe der Mutter zunächst das Lehrer-, dann das juristische Examen. Ihr Mann John Zaccaro, erfolgreicher Grundstücksmakler, und ihre drei Kinder unterstützten nach anfänglichem Murren „Gerri" sowohl als Staatsanwältin wie später im Kongreß. Was ihr fehlt ist außenpolitische Erfahrung.

Das gilt auch für Dianne Feinstein, 50 Jahre alt. Dafür ist die Bürgermeisterin mit der Verwaltung einer Großstadt bis in die Geheimnisse der populären Cable Cars vertraut, die rechtzeitig zum Parteikongreß den Besucherstrom in neuem Glanz präsentiert werden. Ein tragischer Zufall half der Tochter eines Chirurgen auf den Bürgermeistersessel. Sie war Vorsitzende des Stadtrats, als Bürgermeister Moscone und Stadtrat Milk ermordet wurden. So fiel ihr automatisch das Amt zu, das sie wie ein Big Business führt. Mühelos gewann sie die Wiederwahl, wehrte sie Abberufungsbegehren einer Randgruppe ab.

Beide Politikerinnen bringen geographische und ethnische Vorteile für eine Kandidatur mit, die eine die italienische, die andere die jüdische Bevölkerungsgruppe hinter sich wissend. Dennoch ist deutlich, daß sie, wenn erkoren, als Frauen ausgewählt werden.

„Verkrustete Denkformen aufbrechen"

Schü. Berlin

Als „großes Experiment" bezeichnete der Berliner Sozialsenator Ulf Fink die Tagung über „Neue Wege in der Sozial- und Gesellschaftspolitik", zu der er Vertreter der großen gesellschaftlichen Gruppen und Politiker nachSpandau eingeladen hatte. Fink, der durch ein eigenes Modell zur Förderung von Selbsthilfegruppen neue Wege eingeschlagen hat, hob hervor, daß es in der Sozial- und Gesellschaftspolitik, dem „großen Thema unserer Zeit" vor allem darum gehe, „verkrustete Denkformen aufzubrechen".

Doch gerade dazu war der überwiegende Teil des Auditoriums nicht bereit. Die Mehrzahl war offenbar mit dem Ziel gekommen, die sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse und insbesondere die Sozialpolitik der Regierung Kohl/Genscher auf die Anklagebank zu versetzen.

Dabei wurden von den Veranstaltern durchaus kritische Töne über die staatliche Sozialpolitik angeschlagen. Fink wies auf die Vereinsamung, die wachsende psychische Gefährdung und auf die Isolation des Menschen in der modernen Gesellschaft hin, die durch die bisherige Form der Sozial- und Gesundheitspolitik nicht mehr gelöst werden könnten. Auch Bundesminister Heiner Geißler kritisierte die anhaltende Tendenz der sozialstaatlichen Apparaturen zu wachsender Anonymität, die den Menschen immer deutlicher zu einer Nummer werden lasse.

Während die Veranstalter neue Wege für einen Ausweg aus der derzeitigen Situation durch Selbst- und Nachbarschaftshilfe, durch die Förderung freier und lokaler Initiativen aufzeigten, ging es den linken Gruppen offensichtlich um anderes: Sie scheinen zu befürchten, ihnen könne das Feld der Gesellschafts- und Sozialpolitik, das sie bisher so gut wie allein beherrschten, durch neue Wege in der Fürsorge für den Einzelnen streitig gemacht werden. Sie übten heftige Kritik an ehrenamtlichen Tätigkeiten in den Selbsthilfegruppen. Ehrenamtliche Helfer dürften professionelle nicht ersetzen. Hier werde Hilfsbereitschaft für Menschen zur Verfügung gestellt, „die wir gar nicht brauchen".

Mutlangen endete mit Frust und einem Defizit

130 Demonstranten vorübergehend festgenommen

XING-HU KUO, Mutlangen

Mit einer Enttäuschung sind die in der Nacht zum Dienstag mit einem Gottesdienst vor dem Tor des US-Raketenstützpunktes in Mutlangen beendeten vier „Friedenstage" für die Veranstalter zu Ende gegangen. Schon rein quantitativ war die Veranstaltung ein Reinfall: Statt der seit Wochen genannten Zahl von 5000 Teilnehmern und trotz intensivster bundesweiter Werbung kamen nur etwa 1500 „Friedenskämpfer".

Dies bedeutete für die Friedensbewegung in Baden-Württemberg, die sich im Herbst 1983 von der finanzstarken DKP und deren Organisationen getrennt hat, auch eine finanzielle „mittlere Katastrophe". Wie ein Sprecher der Friedenstage erklärte, wurden von jedem Teilnehmer 20 Mark Beitrag erwartet. Da nicht einmnal ein Drittel der erwarteten Gäste gekommen war, baten die Initiatoren händeringend um weitere Spenden.

Zu Anfang der Aktionen in Mutlangen, wo am 1. September 1983 die ersten Pershing II stationiert wurden, waren noch Tausende von Demonstranten gekommen. Wirkungsvoll wurden sie seinerzeit von 150 Prominenten aus Kultur, Politik und Wissenschaft bei ihren Blockaden und Demonstrationen unterstützt. Diesmal hatten nur relativ wenige „Promis" den Weg nach Mutlangen gefunden. Der bereits Ostern zu beobachtende Trend, daß nach der Raketenstationierung und den Zerwürfnissen innerhalb der Friedensbewegung das Interesse für weitere Aktionen gegen die Nachrüstung geschwunden ist, ist auch Pfingsten in Mutlangen deutlich geworden.

Der Frust der wenigen Teilnehmer am „Friedenscamp" und der Blockade wurde noch durch die zunehmende Abneigung der Bevölkerung verstärkt. Die Mutlanger, von denen ein erheblicher Teil die Dauerblockaden und die damit verbundene Dauerpräsenz der Polizei als Belästigung empfinden, zeigten auch zu Pfingsten die kalte Schulter: Sie weigerten sich, für sanitäre Anlagen im Friedenscamp, Wasser zur Verfügung zu stellen. Deshalb konnten nur drei Toiletten für die 500 Bewohner des Zeltlagers aufgestellt werden. Da dies den geltenden Vorschriften widersprach, mußten die Veranstalter alleine für dieses Manko 2000 DM Ordnungsstrafe zahlen.

Der zunehmende Frust der vorwiegend jungen Teilnehmer an den „Friedenstagen", die sich von den Politikern, Künstlern und der älteren Generation einfach „im Stich gelassen" fühlten – dies kam in zahlreichen Diskussionen unter den Blokkierern zum Ausdruck – schlug in der Nacht vom Samstag zum Sonntag auch in Gewalttätigkeiten um. Eine Demonstrantin schlug auf einen Polizeiführer ein, der am Gesicht und Oberschenkel verletzt wurde.

Am Pfingstsonntag und -montag marschierten immer mehr Demonstranten ins vier Kilometer entfernte Schwäbisch Gmünd. Vor den Toren der Bismarck-Kaserne, in der amerikanische Einheiten untergebracht sind, hatte die Polizei an den beiden Pfingsttagen Schwerstarbeit zu leisten: während fünf „Blockaden" vor den Toren der Kaserne mußten insgesamt 130 Personen abtransportiert und zur Feststellung ihrer Personalien vorübergehend festgenommen werden. Darunter die Schauspieler Dietmar Schönherr und Barbara Rütting sowie der grüne Bundestagsabgeordnete Walter Schwenninger. Alleine am Sonntag wurden 78 Personen festgenommen, die größte Zahl innerhalb eines Tages in Mutlangen.

Am Montagnachmittag erklärte der Frankfurter Startbahngegner Alexander Schubart auf der Abschlußkundgebung, man dürfe sich nicht auf herkömmliche Protestaktionen beschränken. Vor nur 500 Zuhöhern rief Schubart dazu auf, gewaltfreie Aktionen des „zivilen Ungehorsams" und der Verweigerung durchzuführen.

Für die geplante Menschenkette reichte es jedoch nicht mehr. Zuviele Demonstranten hatten wohl schon den Heimweg angetreten.

Trost hatte nur Erhard Eppler, SPD, parat: Immerhin sei durch die Friedensbewegung eine „Demokratisierung" in Sachen Friedenspolitik erreicht worden. Und er prophezeite, daß es einen „neuen Bundestag" geben werde, der dafür sorgen werde, daß gerade in Sachen Frieden „eine Wende" vollzogen werde.

Die Entwicklung der Medienpolitik läßt Rau in die Zwickmühle geraten

Von WILM HERLYN

Brettspielern ist die Situation bekannt: Welchen Zug man auch macht, hat der Gegner eine Zwickmühle, ist alle Strategie und Taktik umsonst. So mag es auch Ministerpräsident Johannes Rau vorkommen, er sieht sich die Medienpolitik seiner Partei an und die Zwänge, in die das von der SPD regierte Nordrhein-Westfalen durch die Aktion der Bundesregierung, der CDU-geführten Länder und vor allem die Medienrealität hineingeraten ist. Rau weiß sich dabei in der undankbaren Rolle des Kontrahenten, der den stillen Durchmarsch seines Gegenübers nicht verhindern kann. Vor allem aber besitzen er und seine sozialdemokratischen Kollegen in den Regierungssesseln von Hessen, Bremen und Hamburg kaum noch einen zeitlichen Spielraum: Voraussichtlich fallen in den kommenden zwölf Monaten die Entscheidungen der Medienpolitik für die kommenden 20 Jahre.

Vor allem die SPD-Linke will die Kehrtwende der Bonner SPD-Führung in Sachen Privatfunk nicht nachvollziehen. Rudolf Merker, Bonner Unterbezirkschef, spuckt Gift und Galle: „Das dreht das Prinzip demokratischer Willensbildung um, statt einer Willensbildung von unten nach oben; die auf dem Parteitag ihren Abschluß findet, hat der Parteitag vollende Tatsachen abzusegnen." Merker vertritt auch jetzt noch die Auffassung, daß das bedingte Ja der SPD-Führung zum Privatfunk, erstmals im Februar von SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz für viele seiner Parteifreunde in der Öffentlichkeit überraschend formuliert, „eine Fehlentscheidung ist".

Das Thema Medienpolitik gerät inzwischen zum Musterbeispiel kurzatmigen, sozialdemokratischen Aktionismus. Nach der Wende in Bonn im Herbst 1982 bestanden nur noch der stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD, Rau, sein Kollege in Bremen, Koschnick, unterstützt von dem ehemaligen Hamburger Justizsenator Dahrendorf, immer wieder in stundenlangen Debatten in der Bonner Baracke darauf, die Genossen müssen umdenken und rechtzeitig sich auf die Realitäten einstellen: In Zukunft werden nach und nach in den sieben CDU-regierten Bundesländern private Veranstalter zugelassen, die Bundesrepublik wird zusehens verkabelt, die Satellitentechnik macht nicht vor den Grenzen der vier SPD-regierten Bundesländer NRW, Hamburg, Bremen und Hessen halt. Dazu: das Klima in der Bevölkerung ist positiv gestimmt für private Anbieter – auch wenn sich die SPD noch so sehr dagegen stemmt.

Beispiel Bonn: Die dort im Rathaus regierende CDU hat die Weichen für die neuen Fernseh- und Rundfunkzukunft schon gestellt. Als erste Stadtwird 1988 die Bundeshauptstadt flächendeckend verkabelt sein.

Dennoch – in der Öffentlichkeit blieb das Nein der SPD in dieser Frage bis zum Frühjahr unverändert



hart. Darum ließ, um vor jeder Überraschung gefeit zu sein – Rau in seiner Behörde ein Landesmediengesetz vorbereiten – sein Staatssekretär Klaus Dieter Leister, vormals im Kanzleramt unter Helmut Schmidt, kümmerte sich darum. Und als Glotz nun die medienpolitische Wende der SPD-Führung verkündete, hatte Rau schon aufgesattelt: „Vor der parlamentarischen Sommerpause steht unser Gesetz."

Was darin nun wirklich steht, weiß kaum jemand. Selbst Jürgen Büssow als medienpolitischer Sprecher seiner Fraktion fühlt sich wie abgeschnitten und harrt der Dinge. Er weiß wie Rau, daß die SPD die medienpolitische Diskussion wieder in die Hand bekommen muß, will sie in den Augen der Bürger nicht total versagen. Inzwischen hat Jürgen Möllemann, Landesvorsitzender der Freien Demokraten und Staatsminiser im Auswärtigen Amt, sich dieses Themas bemächtigt. Er traf damit ein Gebiet, auf dem er sich und seine FDP mühelos profilieren kann, ohne bei der CDU anzuecken. Denn die signalisierte Wohlwollen, wenn die FDP es sogar – günstig vier Wochen vor der kommenden Landtagswahl am 12. Mai 1985 terminiert – zur Volksbefragung über WDR und privaten Rundfunk kommen läßt. Ein Volksbegehren ist nach wohl auch eine der wenigen Chance für die FPD, wieder positiv ins Gerede zu kommen und im Sog der Zustimmung wieder die Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen.

Noch gibt sich Rau allgemein und unverbindlich. Denn das Landesmediengesetz solle „Vielfalt und Kommunikationsgerechtigkeit sichern". Der Zugang, so Rau, zum Rundfunk und zur Presse „darf nicht ein Privileg finanzkräftiger Gruppen sein". Oder „der Rundfunk erfüllt eine kulturelle Aufgabe der gesamten Gesellschaft und darf nicht kommerziellen Sendeinteressen verpflichtet sein".

Da wird Büssow mit seinen Vorstellungen so deutlicher und präziser: „Schon wegen der neuen Techniken können wir uns in Nordrhein-Westfalen nicht zur Insel der Seligen machen. Aber wir könne präzise Auflagen erstellen, unter welchen Bedingungen bei uns private Rundveranstalter zugelassen werden." Er sieht gute Chancen für die Verhandlungsposition der SPD über einen „medienpolitischen Minimalkonsens". Denn die von seiner Partei regierten Bundesländer NRW, Hessen, Bremen und Hamburg deckten zusammen 40 Prozent des deutschen Werbemarktes.

Die Bundesländer sollten sich nach Büssows Meinung „auf ein Mindestmaß an Programmgrundsätzen verständigen, die den Forderungen des Bundesverfassungsgerichtes nach Ausgewogenheit und Vielfalt Rechnung tragen". Nach einem solchen Konsens könnte eine neuzubildende zweite Landesrundfunkanstalt – natürlich öffentlich-rechtlich organisiert – Sendelizenzen an private Fernsehmacher vergeben.

Als Gegengewicht – das ist eine Forderung der SPD – müsse lokaler Hörfunk auf gemeinnütziger Basis entstehen. Bei allem macht Büssow keinen Hehl daraus: Das Ja der SPD zur Zulassung privater Programme ist und bleibt für ihn „der programmatische Sündenfall meiner Partei".

Anklage gegen Quartiergeber der RAF

W.K./DW. Karlsruhe

Wegen des Verdachts fortgesetzter Unterstützung der terroristischen Vereinigung „Rote Armee Fraktion" (RAF) hat Generalbundesanwalt Kurt Rebmann vor dem 5. Strafsenat des Frankfurter Oberlandesgerichtes Anklage gegen einen 25 Jahre alten Studenten aus Worms und eine 32 Jahre alte Studentin aus Attendorn (Kreis Olpe) erhoben. Nach Angaben der Bundesanwaltschaft sollen die Beschuldigten seit 1981 im Untergrund lebenden RAF-Mitgliedern Quartiere verschafft und Kurierdienste geleistet haben.

Bei der Suche nach dem Unterschlupf von Terroristen war das Bundeskriminalamt nach den Festnahmen der erst 1980 zur RAF gestoßenen Gisela Dutzi und des Studenten Günther Maria Rausch, der sich der Polizei gestellt hatte, fündig geworden. Danach hatten sich führende RAF-Mitglieder, darunter die inzwischen verhafteten Rädelsführer Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar in einem Zimmer eines Darmstädter Studentenheims einquartiert. Zeitweise soll sich fast der gesamte „harte Kern der Gruppe" im Rhein-Main-Gebiet aufgehalten haben. Zu den Bandenmitgliedern, die in Darmstadt Unterschlupf fanden, gehörten auch die noch gesuchten Helmut Pohl und Ingrid Jakobsmeier sowie Adelheid Schulz, die jetzt vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht angeklagt ist.

Nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden befolgten die Terroristen während der Zeit ihres Aufenthalts in Darmstadt einen geregelten Tagesablauf. Sie verließen morgens das Studentenheim und kehrten in der Regel nach 17.00 Uhr zurück. Regelmäßig gingen sie zum Friseur, um ihre Frisuren verändern zu lassen.

Polen schult Offiziere aus Afghanistan

JGG. Düsseldorf

In Lodz ist die erste Gruppe von Absolventen afghanischer Offizierschulen eingetroffen, die an polnischen Militärakademien eine Spezialausbildung erhalten werden. Wie die Tageszeitung „Dziennik Lodzki" (Lodzer Tageblatt) berichtet, sind die ersten Afghanen von ihrer Armee zum Studium an der Wehrmedizinischen Akademie in Lodz bestimmt worden.

Studium hat seinen Reiz verloren

p. p. Bonn

Die Mehrheit der Eltern in der Bundesrepublik Deutschland hält an der Bildung zum Nulltarif fest: Nach einer Umfrage des Dortmunder Universitäts-Institutes für Schulentwicklungsforschung ist weniger als ein Viertel der 2 350 repräsentativ Befragten für die Wiedereinführung von Studiengebühren, 59 Prozent sprachen sich gegen stärkere Beteiligung an Schulbuch- und Fahrtkosten aus. 62 Prozent wollen schon beim kostenlosen Kindergartenbesuch ansetzen.

Das Abitur halten inzwischen die meisten (51 Prozent) für die beste Voraussetzung, damit ihre Kinder später einen sicheren Arbeitsplatz bekommen. Bei der letzten Umfrage im Jahre 1982 waren es 45 Prozent, bei der ersten, vor fünf Jahren, nur 37 Prozent. Dementsprechend rutschte die Hauptschule auf gerade noch 13 Prozent ab. Aber das Studium hat seinen Reiz verloren: Nur 20 Prozent sehen darin den richtigen Weg zum krisenfesten Beruf, 51 Prozent der Eltern vertrauen eher der betrieblichen Ausbildung. Und die Sorge um einen Arbeitsplatz ist für zwei Drittel der Eltern die größte Sorge.

Staatliche Anerkennung für Koblenzer Privatuni

Sonnabend: Schriftlicher Test für die ersten 120 Bewerber

PETER PHILIPPS, Bonn

Mit dem Hinweis auf sein Anschlagbrett in der Universität Mannheim hat der Betriebswirtschafts-Professor Eduard Gaugler gestern beispielhaft die Notwendigkeit der Privaten Wissenschaftlichen Hochschule in Koblenz begründet: Regelmäßig seien dort mehr offene Stellen aus der Industrie für Wirtschaftswissenschaftler angeboten, als die Universität an wirklich qualifizierten Absolventen anbieten könne. Gaugler gehört ebenso wie vier andere namhafte deutsche Hochschullehrer zum Beraterkreis der Neugründung, die vom rheinland-pfälzischen Kultusminister Gölter jetzt die staatliche Anerkennung erhalten hat. Die einzige Auflage, daß bis zum Semesterbeginn am 1. Oktober noch eine Bankbürgschaft über 12 Millionen Mark vorliegen muß, wird nach Aussage des Stiftungsvorstands-Mitglieds Udo Glittenberg ohne Zweifel erfüllt werden.

Der Bonner Ordinarius Horst Albach, ebenfalls Berater der Koblenzer Neu-Uni, hat gestern noch einmal darauf hingewiesen, daß man selbstverständlich genausowenig wie ein Sportler jetzt mit dem Anspruch in den Wettbewerb gehe, gleich besser als alles Herkömmliche zu sein. Vor allem solle Koblenz auch ein „Aliud" sein, zum Beispiel mit dem engen Praxisbezug der Ausbildung und den persönlichkeitsbildenden Pflichtfächern Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte sehr viel stärker sich an den Anforderungen der Abnehmer von Hochschulabsolventen orientieren. Die Technikorientierung der Hochschule für Unternehmensführung – wobei die Zielrichtung vor allem in Richtung auf die Anforderungen der mittelständischen Unternehmen geht – werde sich auch in den Bereichen Fertigungssteuerung und Organisation zeigen.

Am kommenden Sonnabend von 13.30 bis 18 Uhr werden sich die aus 800 Interessenten ausgesiebten ersten 120 Bewerber für ein Studium in Koblenz zum schriftlichen Test versammeln. Vom 9. bis 13. Juli folgt die mündliche Prüfung. Am 1. Oktober sollen dann die 35 Erwählten beginnen. Wer nicht zu den 25 Prozent mit Freiplatz bzw. Ermäßigung Beglückten gehört, muß dann jedes Semester 5000 Mark Studiengebühren zahlen.

WEU soll zweites NATO-Bein werden

Außenminister tagen in Paris / Auch Europa will den Weltraum militärisch nutzen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Zuversichtlich äußerte sich Bundesaußenminister Genscher am Dienstag in Paris über das Ergebnis der Außenministersitzung der Westeuropäischen Union (WEU), an dem, wie Genscher sagte, Frankreich und die Bundesrepublik einen entscheidenden Anteil haben.

Man habe sich über einen Bericht geeinigt, in dem die politischen Direktoren der Außenministerien der sieben Mitgliedstaaten die Verstärkung der WEU als „zweites Bein des Atlantischen Bündnisses" als wünschenswert und möglich empfohlen haben. Die Bundesregierung habe es außerdem begrüßt, daß seit langer Zeit die Außenminister der Union intensiv über deren Zukunft Gespräche geführt hätten.

Initiative Frankreichs

Die Anregung zu einer „Wiederbelebung" der WEU als „einziges Forum der Westeuropäer zur Erörterung von Sicherheits- und Verteidigungsfragen" war von Frankreich ausgegangen und von der Bundesrepublik bereitwillig aufgenommen worden. Die bereits 1949 gegründete und 1954 um Deutschland und Italien erweiterte Allianz zwischen Frankreich, Großbritannien und den Benelux-Staaten hatte bisher ein Dornröschen-Dasein neben der NATO geführt, aus dem sie jetzt geweckt werden soll.

Anlaß hierzu ist nicht nur der 30. Jahrestag der Gründung der WEU, sondern auch zunehmende Beschwerden von Amerikanern und Europäern über eine mangelnde Repräsentation Europas im westlichen Bündnis und eine angebliche Überlegenheit der USA. Hierzu Genscher: „Nicht die USA sind zu stark im Bündnis, sondern die Europäer waren bisher zu schwach. Das soll jetzt ausgeglichen werden."

Die Außen- und Verteidigungsminister der WEU wollen daher unter deutschem Vorsitz (Genscher wird dann seinen französischen Kollegen Cheysson im Ratsvorsitz abgelöst haben) im Oktober in Rom ein Papier verabschieden, das die größere Selbständigkeit Europas im Bündnis festlegen soll. Genscher erwähnte in diesem Zusammenhang auch, daß die Sowjetunion eine solche Entwicklung wohl nicht erwartet habe. Sie habe zwar die Westeuropäer stets zu größerer Eigenständigkeit ermutigt, dies aber in der Hoffnung getan, Europa von den USA abzukoppeln. Genau das Gegenteil aber werde jetzt erreicht: eine Stärkung des Gesamtbündnisses durch die Stärkung des europäichen Anteils.

Unter den vier Themen, die am Dienstag in Paris erörtert wurden, sticht der Entschluß, Europa im Weltraum präsent zu machen, hervor.

Mehr Mitspracherecht

Europa will nämlich den Weltraum jetzt ebenfalls militärisch nutzen und zwar durch einen eigenen Beobachtungssatelliten und die Fähigkeit, feindliche Interkontinentalraketen von einer bemannten Weltraumstation aus im Anflug zu vernichten.

Außerdem will Europa mehr Mitspracherecht im westlichen Krisenmanagement, wenn seine Interessen durch Entwicklungen außerhalb des Bündnisbereichs gefährdet werden. Da die politische Initiative, so Genscher, jetzt in der Entspannungspolitik wieder beim Westen liege, wolle auch Europa in Zukunft sein Wort dabei mitzureden haben.

Dennoch begrüßt Europa die Initiativen des amerikanischen Präsidenten Reagan zu einem fruchtbareren Dialog mit der Sowjetunion.

Kinder als Spitzel der Sowjets?

SAD, London

Die Sowjets sollen Hunderte von afghanischen Kindern nach einer Gehirnwäsche als Spitzel in die Reihen der Mudschahedin-Freiheitskämpfer eingeschleust haben. Das berichtete gestern der Londoner „Daily Express". Der Artikel stützt sich auf die Angaben eines 18jährigen Engländers, Adam Holloway, der eine Woche bei den Widerstandskämpfern in den Bergen Afghanistans verbracht hat. Holloway will in einem Guerrillalager unweit der von den Sowjets kontrollierten Stadt Urgun einen solchen Spitzel kennengelernt haben, einen Scharfschützen von zehn Jahren. „Er hieß Naiem und muß einer der jüngsten Spione sein, die es je gegeben hat", schildert der Engländer.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Technologie bei Waffen verbessern“

R. GATERMANN, Stockholm

Ein Regierungschef, Schwedens Ministerpräsident Olof Palme und ein pensionierter Bundeswehr- und NATO-General, Gerd Schmückle, waren die beiden Hauptantagonisten auf dem Jahreskongreß der Internationalen Presseinstitute (IPI) in Stockholm, als das Thema „Abrüstung und Sicherheit“ auf der Tagesordnung stand. Der Politiker vertraute hier auf den wachsenden Druck der Völker und deren Forderung nach einem Ende des Rüstungswettlaufes, während der Militär glaubte, dieses Ziel eher über eine stark verbesserte Waffentechnologie erreichen zu können. Was den Politikern bisher in jahrezehntelangen Verhandlungen nicht gelang, einen überzeugenden Fortschritt beim Waffenabbau zu erzielen, könnte laut Schmückle wahrscheinlich effektiver über die technische Entwicklung im Bereich der Waffenkontrolle realisiert werden.

Nach Ansicht des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme mangelt es bei den Abrüstungsverhandlungen nicht an Vorschlägen, er selbst nannte in seiner Rede acht, vom Einfrieren der Entwicklung, Produktion und Stationierung weiterer Atomwaffen bis zum verstärkten Anwendungsverbot inhumaner Waffen, aber heute bedürfe es offenbar mehr, um zum Ziel zu kommen.

Schmückle stellte fest, daß während der Entspannungsperiode mehr als je zuvor aufgerüstet worden sei. Kernwaffenfreie Zonen, unter anderem von Palme vorgeschlagen, seien unrealistisch, solange keine Gegenleistung der Sowjets erkennbar sei. Im übrigen könne kein örtlicher Befehlshaber aus eigenem Beschluß zu den *nuklearen Schlachtfeldwaffen* greifen, was der Schwede behauptete. Laut Schmückle seien Kernwaffen das Rückgrat der NATO-Abschreckung, der Allianz sei es nicht gelungen, ihr eine konventionelle Abschreckung hinzuzufügen. Die NATO sei mehr als wünschenswert von Atomwaffen abhängig.

„Waffenkontrollmaßnahmen sind nach Ansicht des Generals a.D. zu oft Ursachen zur politischen Heuchelei.“ Er empfahl den Politikern erst nach Erfolgen in sehr begrenzten Gebieten zu suchen, als gleich nach dem Mond zu greifen. Er sieht keinen Sinn in der völligen Zerstörung aller Nuklearwaffen, niemand könne garantieren, daß keine neu gebaut werden.

Der Papst mahnt zum Dienst am Menschen

Johannes Paul II. begann seine Schweiz-Reise

FRIEDRICH MEICHSNER, Genf

Ein ökumenisches Zusammentreffen am Zentralsitz des Weltkirchenrates in Genf krönte gestern den ersten Tag der Reise Johannes Paul II. durch die Schweiz. Im Rahmen eines gemeinsamen Wortgottesdienstes mit den Vertretern fast aller nichtkatholischen Kirchen und christlichen Gemeinschaften der Welt appellierte der Papst an die gesamte Christenheit, *die Zusammenarbeit*, wo immer das möglich sei, zu vermehren und zu intensivieren. Diese Zusammenarbeit sollte als „gemeinsamer Dienst an der Menschheit im Namen des Evangeliums“ gesehen werden. Eine Hauptsorge müsse dabei „die Verteidigung des Menschen, seiner Würde, seiner Freiheit und seiner Rechte“ sowie des Friedens sein. Die Spaltung der Kirchen führe zu einer „Verdunklung“ des christlichen Zeugnisses „in einer Welt, die dem Selbstmord zugeht“.

Der Generalsekretär des Weltkirchenrates, Philip Potter, beklagte ebenfalls „die Tragik der Spaltung zwischen den Kirchen und auch innerhalb der Kirchen“ in einer Zeit des Zusammenbruchs „jeder tragfähigen weltweiten wirtschaftlichen und politischen Ordnung“ sowie in einem Augenblick der „Ausbreitung einer hemmungslosen militaristischen Kultur“. Die Menschheit und der Plan Gottes, seine Schöpfung zu erhalten, seien ernsthaft bedroht. Alle Christen stünden hier vor einer entscheidenden Aufgabe.

Garant der Einheit

Johannes Paul II. versicherte, daß die Mitarbeit der katholischen Kirche in der ökumenischen Bewegung „unwiderruflich“ sei. „Trotz des moralischen Versagens, die das Leben ihrer Glieder und selbst ihrer Verantwortlichen im Laufe der Geschichte gekennzeichnet hat“, sei sie überzeugt, im Dienste des Bischofs von Rom den sichtbaren Bezugspunkt und den Garanten der Einheit bewahrt zu haben.

Sowohl der Papst als auch Potter machten eine weitgehend positive Bilanz der ökumenischen Zusammenarbeit der letzten fünfzehn Jahre auf. Seit dem Besuch Paul VI. beim Weltkirchenrat sei man sich der gemeinsamen Taufe und ihrer Bedeutung bewußt geworden. Man fühle sich in der Achtung vor dem Wort Gottes und im gemeinsamen Gebet verbunden, obwohl, wie Johannes Paul II. sagte, „es uns noch nicht möglich ist, durch den Empfang der Kommunion am selben Tisch die Eucharistie gemeinsam zu feiern“.

Der Papst war gestern morgen zunächst auf dem Flughafen von Zürich durch den Schweizer Bundespräsidenten begrüßt worden und hatte dann sofort den Weiterflug nach Lugano angetreten, wo er im Stadion seine erste Messe auf Schweizer Boden zelebrierte. Von Lugano aus war er nach Genf gekommen und dann am Abend im Zug nach Fribourg weitergefahren.

Wenig Begeisterung

In Anbetracht der kritischen Stimmen, die in den letzten Wochen auf *engagiert protestantischer Seite* – aber auch bei einigen Katholiken – gegen die „Schau“ der päpstlichen Rundreise durch das Land der Eidgenossen laut geworden waren, hob selbst der Bundespräsident in seiner Begrüßungsrede den vorwiegend religiösen Charakter dieses als Pastoralvisite bei den Schweizer Katholiken bezeichneten Besuches hervor.

In auffallender Weise fehlt diesmal die Begeisterung der Massen, die einen Papst-Besuch sonst *zu charakterisieren* pflegt. Von drei Schweizern, so wußte vor einigen Tagen eine Illustrierte zu berichten, lasse der Papst-Besuch zwei vollkommen kalt. Aber ein Sprecher der katholischen Bischofskonferenz meinte leicht korrigierend dazu: „Wir Schweizer laufen etwas langsam an. Lassen wir den Papst erst einmal kommen!“ Am ersten Tag scheint das Anlaufstadium freilich noch nicht überwunden worden zu sein.

Ein Geschäft für Andenkenhändler und Fähnchenfabrikaten wird diese Schweiz-Visite wohl mit Sicherheit nicht werden. Die üblichen Erinnerungsstücke wie Seidenschals mit dem Papst-Portrait, T-Shirts und ähnliche, tauchen kaum irgendwo an den Kiosken und in den Läden der Städte auf. Und auch das vatikanische Weißgelb ist bei den Fähnchenverkäufern am Seeufer von Genf so gut wie nicht zu finden.

Berlinguer hat ein Kollektiv, aber keinen Kronprinzen hinterlassen

Nach dem Tod des KPI-Chefs Ungewißheit über den künftigen Kurs der Partei

Von FRIEDRICH MEICHSNER

Über Rom liegt nach dem Tode Enrico Berlinguers die Ungewiß*heit, welchen Kurs die KPI als zweit*stärkste Partei Italiens künftig einschlagen wird. Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte des Landes gibt es für einen verstorbenen KP-Sekretär keinen klar prädestinierten Nachfolger und damit auch keine festen Orientierungspunkte für die Parteilinie der nächsten Jahre.

Berlinguer hat zwar ein Führungskollektiv, aber keinen „Kronprinzen“ hinterlassen. Wer auch immer aus dem jetzt eröffneten parteiinternen Machtkampf als Sieger hervorgeht, er ist nicht vom alten Parteisekretär auserwählt, wie das Luigi Longo und Berlinguer selbst waren. Und er steht vor dem Erbe einer Politik, der große Perspektiven höchst fragwürdig geworden sind.

Unter Berlinguer hatten die italienischen Kommunisten Ende der siebziger Jahre den bisherigen Höhepunkt ihrer Macht erreicht. In konsequenter Verfolgung des von Palmiro *Togliatti* und Longo aufgezeigten italienischen Weges zum Sozialismus waren sie in Rom zum Partner der Christdemokraten, in den meisten Großstädten des Landes und in zahlreichen Regionen zur bestimmenden Regierungspartei sowie auf internationaler Ebene – im Osten ebenso wie im Westen – zu einer nicht mehr ignorierbaren Kraft geworden. Anstatt zum Sozialismus al italiana führte ihr Weg dann freilich in eine Sackgasse.

Unerreichbares Planziel „historischer Kompromiß“

Unter dem Eindruck immer neuer leichter kommunistischer Stimmenverluste mußte Berlinguer in den letzten Jahren von seinem Planziel des „historischen Kompromisses“ ablassen und das alte Volksfrontrezept unter dem neuen, keineswegs aber größeren Erfolg garantierenden Etikett der „demokratischen Alternative“ reaktivieren. Sein „Eurokommunismus“ erwies sich als reiner Italo-Kommunismus. Diese Rückschläge blieben offensichtlich nicht ohne Wirkung: Der sonst so kühle Pragmatiker Berlinguer, dem allseits stets Nüchternheit und Sachlichkeit attestiert worden war, ließ sich in letzter *Zeit zu für ihn ganz untypischen Aus*fällen von Demagogie hinreißen und legte Starrheit an den Tag.

Durch diese Ausfälle wurde vor allem das Verhältnis zur Sozialistischen Partei des amtierenden Mini*sterpräsidenten Bettino Craxi* spürbar belastet. Diese warfen Berlinguer vor, aus dem Eurokommunismus in einen „Neurokommunismus“ abgesunken zu sein.

In politischen Kreisen Roms sah *man den Hauptgrund* für Berlinguers stilistischen und politischen Wandel in dem von ihm offenbar als Notwendigkeit empfundenen Bestreben, die ausufernde Unruhe in der Partei durch eine gewisse politische Radikalisierung zu kanalisieren. Auch der „neue Mann“, so meint man in Rom, wird sich diesen scheinbar vorgegebenen Zwängen zunächst kaum entziehen können.

Spekulationen über den Namen des mutmaßlichen Nachfolgers gibt es mehr als genug. An konkreten Hinweisen auf die Personalentscheidung, die erst nach den Europa-Wahlen getroffen werden soll, fehlt es freilich. Die Erfahrung macht eine prononcierte Lösung in der einen oder anderen Richtung unwahrscheinlich. Sowohl Longo als auch Berlinguer waren bei ihrer Wahl zum Parteisekretär Männer der Parteimitte, nicht Exponenten des einen oder anderen Flügels, wie seinerzeit der „Rechte“ Giorgio Amendola und der „Linke“ Pietro Ingrao.

Heute gelten Giorgio Napolitano als rechter, Pietro Ingrao nach wie vor als linker Flügelmann der Partei. Dazwischen stehen die „Berlinguerianer“, die – wie Pajetta, Reichlin und Natta – entweder auf Grund ihres fortgeschrittenen Alters dem Streß des Sekretärsamtes kaum noch gewachsen zu sein scheinen, oder aber andere – wie Zangheri, Occhetto und andere –, *ziemlich farblos* wirken und eigentlich erst noch Führungsformat beweisen müßten.

Wer das Rennen am Ende machen wird, ist wohl noch völlig offen, und diese Ungewißheit erhöht innenpolitisch zweifellos die in Italien seit Wochen wieder um sich greifende Krisenatmoshäre.

Gewißheit hinsichtlich der künftigen KPI-Politik gibt es heute wahrscheinlich nur in einem Punkt: An der internationalen Position der Partei wird sich nichts ändern. Sie wird seit Jahren von der großen Mehrheit des Führungskollektivs getragen.

Das heißt: 1. Die KPI wird im ideologischen Bereich die Unterwerfung unter die Führung Moskaus auch künftig ablehnen. Sie wird ihrer autonomen Linie treu bleiben. 2. In der praktischen Außenpolitik werden die italienischen Kommunisten vermutlich fortfahren, sich trotz des „Risses“, den ihr Verhältnis zur Sowjetunion auf Grund der Ereignisse in Afghanistan und Polen erlitten hat, in Grundsatzfragen der Ostwestbeziehungen letztlich die östliche Position zu verteidigen.

Drei Fixpunkte für den neuen Parteisekretär

Berlinguers vor Jahren gefallene Äußerung von der NATO als Schutzschild, hinter dem sich der eigenständige italienische Kommunismus entwickeln könne, war an der Parteibasis nie besonders populär gewesen. Und der verstorbene Parteisekretär hatte sich in den letzten Jahren – wenn nicht expressis verbis, so doch durch seine Politik – selbst wieder davon distanziert.

So scheinen auch für den neuen Parteisekretär drei Positionsfixpunkte vorgegeben zu sein: Die innerparteiliche Position der Mitte, die ideologische Autonomie gegenüber Moskau und die Solidarität im östlichen „Friedenslager“. Berlinguer war durch diese Fixierung – trotz all seiner Produktivität an neuen Konzepten – letztlich zum Immobilismus verurteilt, und dieser Immobilismus schlug sich in der innenpolitischen Gesamtsituation Italiens nieder. Wie sich daran unter dem neuen Chef der Parteizentrale in Roms Via delle Botteghe Oscure wesentliches ändern sollte, ist heute noch nicht abzusehen.

Keine Kontrolle mehr in West-Beirut

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Die heftigen Kämpfe in Beirut, unter denen vor allem die Zivilbevölkerung litt, werden allgemein mit der politischen Situation in Verbindung gebracht. Die neue Regierung sucht seit neun Tagen das Vertrauen der Abgeordneten zu gewinnen, die jedoch zu einem überraschend großen Teil nicht mit der prosyrischen und somit auch antiwestlichen Politik der Regierung Gemayel/Karame einverstanden sind. Wie das in Bonn erscheinende Bulletin „Libanon Aktuell“ in seiner jüngsten Ausgabe berichtet, hat eine „Sammlungsbewegung unabhängiger maronitischer Parlamentarier“ beschlossen, der Regierung das Vertrauen zu verweigern, weil sie „*offenkundig unfähig*“ sei, *die Si*cherheit im Lande wiederherzustellen. Erstmals in der Geschichte der jungen Republik Libanon droht ein negatives Votum. Das erkläre, so meinen politische Beobachter, die syrische Beteiligung an den Bombardements. Die Abgeordneten sollen unter Druck gesetzt werden.

Ein anderes Element kommt hinzu: In West-Beirut sind seit der Machtübernahme dieser Stadthälfte durch die schiitische Miliz des Nabi Berri und *der drusischen Verbände des* Walid Dschumblat Ordnung und Sicherheit nur noch relative Begriffe. Verschiedene Gruppierungen und kleinere Kampfverbände der Sunniten (Murabitun) oder auch der Palästinenser (Fatah) lassen sich weder von Berri noch von Dschumblat domestizieren. Sie werden wie vor dem Einmarsch der Israelis heute wieder aus dem Ausland finanziert, insbesondere aus Libyen, Syrien und Iran. Sie können jederzeit die Lunte am Pulverfaß Beirut zünden.

Die prowestlichen christlichen Milizen der Forces Libanaises haben vor vier Wochen angekündigt, daß sie angesichts der chaotischen Situation in West-Beirut gezwungen seien, in Notwehr zurückzuschießen, um die Bevölkerung in den von ihnen kontrollierten Gebieten vor Übergriffen der syrischen Besatzungstruppen und der wieder verstärkt einsickernden Guerrillas der PLO zu schützen. Da die Artillerienester der arabischen Freischärler meist in dicht besiedelten Wohnhäusern postiert sind, sind die Verluste unter der Zivilbevölkerung groß. Sie werden von den Freischärlern offenbar bewußt in Kauf genommen.

Alltag in Europa: Wie die deutschen Partner in der Europäischen Gemeinschaft leben / WELT-Korrespondenten berichten

Sonst war es ein ruhiger Tag in Großbritannien

FRITZ WIRTH, London

Neil Kinnock, Chef der Opposition Ihrer Majestät, schaute sich den Tag an und ihm mißfiel, was er sah: „Die *Welt sieht heute schlimmer aus als* am letzten Freitag", befand er und er wußte auch warum. „Am letzten Freitag hatte der Londoner Wirtschaftsgipfel noch nicht begonnen. Die sieben Verschlimmbesserer der freien Welt, so teilte Neil Kinnock der Presse am Morgen mit, haben unser Leben in den letzten drei Tagen ein gutes Stück miserabler gemacht.

Es ist Montag. Ein trüber Tag an der Themse. Auf dem Kontinent feiert man Pfingsten, in Großbritannien ist es ein Tag der Arbeit, sofern man sie hat (3 069 000 Briten haben sie nicht), ein Tag der Streiks (dies ist der streikgesegnetste Monat seit Margaret Thatcher vor fünf Jahren ihr Amt antrat *mit dem* Versprechen, die Streiklust der Gewerkschaften zu dämpfen) und ein Tag der mühsamen Wahlparolen (denn morgen sind in Großbritannien Europawahlen und fast die Hälfte der Briten *weiß* noch nichts davon).

Dennoch: Miserabel war in dieser frühen Stunde nur die Welt des Wahlkämpfers Kinnock, und das auch nur deshalb, weil er die Zeitungen noch nicht gelesen hatte. Denn die druckten in verzückten Schlagzeilen die größte Siegesmeldung, die seit dem Ende des Falklandkrieges vor zwei Jahren aus Südamerika nach England gelangte. „Das Wunder von Maracana" hieß die Schlagzeile im „Daily Mirror", „England gewinnt seinen Stolz wieder zurück", fand der „Daily Telegraph" und die „Times" stellt das Ereignis gleich in den richtigen historischen Zusammenhang: „England macht mit zwei Toren Geschichte in Rio."

Ein Hauch neuer Hoffnung liegt also über der Insel und die übrigen Wahlkämpfer registrieren es dankbar. Denn seit Harold Wilson im Jahre 1970 die Niederlage der englischen Fußballer durch Deutschland bei der Weltmeisterschaft in Mexiko für seine Wahlniederlage vier Tage danach verantwortlich machte, läßt diese Elf in Wahlkampfzeiten keinen Politiker mehr gleichgültig.

Aus Nordengland meldet die Polizei einen ruhigen Tag. Die Kumpel, die seit 14 Wochen die Zechen belagern, um andere Kumpel daran zu hindern, dort Kohle zu fördern, rauchen offenbar noch die Fußball-Siegessignale aus Brasilien genüßlich auf der Lunge. Sonst mußte sich die Polizei in Zwölferreihen der Muskelkraft der streikenden Bergarbeiter entgegenstemmen, heute genügt eine Dreierkette. Zwölf Bergarbeiter wurden verhaftet (bisher waren es insgesamt 3534) und nachdem das erledigt war, spielten die Polizisten mit den *Kumpeln eine Partie Fußball.*

Die BBC begnügt sich am Abend damit, einmal nicht Schlägereien zwischen Bergarbeitern und Polizisten zu zeigen, sondern ein paar Hunde, die von Bergarbeitern in Hunde-Asylen abgegeben wurden. Sie haben *kein Geld mehr, die Tiere zu füttern.* Es gibt keinen Zweifel: Der Streik zeigt Wirkung. Es herrschen Verzweiflung und sozialer Notstand in den Kohlerevieren des Nordens, die auch ohne Streiks zum Armenviertel Europas zählen. „Sieben Millionen Arbeiter, also ein Drittel der gesamten britischen Arbeiterschaft, leben unterhalb der Armutsgrenze, die der Europarat gesetzt hat", meldet die „Financial Times" heute morgen etwas verschämt in einer 23 Zeilenmeldung auf Seite 8. Großbritannien befinde sich damit im Bruch mit der europäischen Sozialcharta.

Bei British Leyland in Longbridge bauen sie seit zehn Tagen keine Autos mehr. Der Grund: Der Vorarbeiter Brian Brassington soll den farbigen Arbeiter Zedokiah Mills einen „schwarzen Bastard" genannt haben. Mills schlug daraufhin den Vorarbeiter k. o. und wurde entlassen. Daraufhin ließen 16 500 Automobilarbeiter bei Leyland ihre Werkzeuge aus der Hand fallen. Vorarbeiter Brassington versichert, daß er niemals „schwarzer Bastard" in seinem Leben gesagt habe. Die 16 500 Leylandarbeiter glauben es ihm nicht. Ein Ende des Streiks ist nicht in Sicht. Bisheriger Produktionsausfall: 10 000 Autos.

Doch sonst war es ein ruhiger Tag. In Belfast mußten 50 Familien ihre Häuser verlassen, weil ein Gegenstand entdeckt wurde, der eine *IRA*-Bombe sein konnte. Einem Passanten wurde *in der Innenstadt in den* Arm geschossen. Die Polizei suchte vergeblich nach dem Täter und einem Motiv. Der „Lichtblick": Ein Tag ohne Tote in Nordirland, wo bisher seit dem Beginn der Unruhen insgesamt 2585 Menschen getötet wurden.

Der Rest des Tages gehört den Exzentrikern. In Lewisham ließ sich Pastor David Garlick von seinem Kirchturm abseilen, um Geld für einen neuen *Kircheneingang zu sammeln, in* London seilten sich zwei Bergsteiger von „Greenpeace" den „Big Ben" hinauf, um dort in meterhohen Lettern die Warnung zu befestigen: „Es ist Zeit, die Nukleartests zu stoppen."

Innerhalb des Parlaments richten sich alle Augen auf die Lords. Zur Debatte steht in zweiter Lesung das Gesetz zur Abschaffung des Londoner Stadtrats. Die Labour-Partei, die *die Lords abschaffen möchte, hofft* nun, daß die Lords die Abschaffung der Stadträte verhindern. „Die Lords sind das Gewissen der Nation geworden", behauptet der liberale Parteichef David Steel. Das Gewissen funktioniert nicht. Die Konservativen mobilisieren ihre stillen Reserven, karren die letzten gebrechlichen und altersschwachen Peers ins Oberhaus und gewinnen mit einer Mehrheit von 20 *Stimmen.*



Bereits morgen fällt in vier Ländern der Europäischen Gemeinschaft der Startschuß für die zweiten Direktwahlen zum Europäischen Parlament. In Großbritannien, Irland, *Dänemark* und den Niederlanden sind insgesamt 59 Millionen Wähler zu den Urnen gerufen. In den restlichen sechs Mitgliedsstaaten wird am kommenden Sonntag gewählt. Insgesamt sind 199 955 925 Personen wahlberechtigt.

Die Wähler entscheiden über die Zusammensetzung des Europapa-Parlaments von Straßburg, das 434 Sitze hat. Davon stehen den vier Großen *in der Gemeinschaft* (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien) je 81 Sitze zu, während beispielsweise für das Großherzogtum Luxemburg nur sechs Plätze reserviert sind.

Der Wahlkampf für das Europa-Parlament ist in vielen Ländern unter stark nationalen Aspekten geführt worden. Das im Auftrag der EG-Kommission regelmäßig ermittelte „Eurobarometer" ist deshalb zu der Prognose gekommen, daß sich die Wahlbeteiligung gegenüber 1979 *erhöhen könnte: Geschätzt wird ein* Plus von zwei Prozent was einer Wahlbeteiligung von über 64 Prozent entspräche. Diese Wahlbeteiligung differiert allerdings in den einzelnen Ländern sehr stark. Schlußlicht war 1979 Großbritannien mit 32,8 Prozent; Spitzenreiter waren die Staaten mit Wahlpflicht Belgien (91,4 Prozent), *Luxemburg* (88,9 Prozent) und Italien (85,5 Prozent). In der Bundesrepublik *lag die Wahlbeteiligung* damals bei 65,7 Prozent. Zur Wahl stellen sich 4061 Kandidaten aus 120 Parteien oder Parteienverbindungen.

Im ersten direkt gewählten Europa-Parlament waren die Sozialisten mit 124 Abgeordneten die stärkste Fraktion, gefolgt von den Christdemokraten (110) und den britischen *Konservativen (68). Die* Kommunisten kamen auf 48, die Liberalen auf 38 Mandate.

Mit Wahlresultaten ist erst am späten Sonntagabend zu rechnen, *da die* Wahllokale zum Teil bis 22.00 Uhr geöffnet sind. Selbst in Irland und Dänemark wird erst am Montag mit der Stimmenauszählung begonnen.

ULRICH LÜKE

Frankreichs Grundstimmung im Jahr IV des Sozialismus: Schlechte Laune

A. GRAF KAGENECK, Paris

An diesem Tag regnete es in Paris. Vorher, am 40. Gedenktag der alliierten Landung in der Normandie, hatte Frankreich wunderschönes Sommerwetter. Es war, als habe das Schicksal just für diesen Tag eine Paranthese in diesem verregneten Frühjahr aufgetan, um die sieben Chefs der Siegernationen von 1944 im nötigen Fernsehlicht auftreten zu lassen. 24 Stunden später war der Himmel wieder so verhangen wie alle Tage zuvor, stapften die Pariser mißmutig durch die *zahllosen Baustellen, die sich auf* unerklärliche Weise just in Zeiten größten Verkehrstrubels wie Granattrichter entlang der Trottoirs öffnen, tranken sie verbittert ihren Apéritif in den überfüllten Bistros, hupten sie sich ihren Weg durch die vorsommerlichen Verkehrsstauungen.

Schlechte Laune. Das ist die französische Grundstimmung in diesem Jahr, dem Jahr IV des Sozialismus. Man merkt an jeder Straßenecke, daß die Dinge nicht besser werden. Die Kaufleute stöhnen über den Absatzrückgang. Überall fehlt es an Kaufkraft. Das Geld, das man in der Lohntüte findet oder am Bankschalter abholt, läuft wie Sand durch die Finger. Was sind schon 100 Franc heute wert?

Benzin teurer als Wein und restlos pleite

Was kann man noch für 10 Franc haben? Die Baguette, jene Zauber-Elle, an der sich seit jeher der französische Wohlstand mißt, kostet bereits ein Viertel davon. Die morgendliche Tageszeitung fast die Hälfte. Für die kupferne Münze mit der Matthieu-Allegorie eines üppigen Frankreich darauf kann man nicht einmal mehr zwei Liter Benzin in seinen Tank füllen, und das Benzin ist längst teurer als der Liter Pinard, jener einfache Rotwein, der das Leben wenigstens zeitweise versüßt.

Auch der Staat scheint restlos pleite zu sein. Um die Polizisten zu bezahlen, die wegen des wachsenden Terrors der Unterwelt die Banken, ausländischen Botschaften und Juwelierläden bewachen müssen, hat er sich an den „Credit Agricole", Frank*reichs größte Gemeinschaftsbank*, gewandt. Noch nie hat er so eilig die Steuern eingetrieben wie in diesem Jahr. Drei Tage nach dem Termin für die zweite Vorauszahlung der Steuerdrittel, am 27. Mai, waren sämtliche Schecks bei den Banken präsentiert worden. Der unter den Bürgerlichen geübte schöne Brauch, dem Steuerzahler noch eine Gnadenfrist von ein paar Tagen zu lassen, war schon ein Jahr zuvor von den Sozialisten abgeschafft worden.

Am Morgen dieses 7. Juni hatten drei Korsen im Gefängnis von Ajaccio zwei ihrer Komplizen erschossen, nachdem sie sich mit einer List Zugang zu der Strafanstalt verschafft hatten. Alle fünf gehörten der FNLC an, der korsischen Befreiungsfront, die seit zehn Jahren um die Unabhängigkeit der Insel von Frankreich *kämpft. Die* beiden *Opfer* hatten im Vorjahr ein weiteres Mitglied ihrer Untergrundorganisation umgebracht, wahrscheinlich im Auftrag der Polizei. Verrat wird in Korsika immer noch mit Blut bezahlt, wie vor 200 Jahren.

Niemand wagt vorauszusagen, was aus Lothringen wird, wenn der Regierungsplan zur Umstrukturierung des alten Stahlreviers nicht zu Buch *schlägt.* Zwischen den stündlichen Nachrichten über den Fortgang des Geiseldramas in Ajaccio war an jenem Tage zu hören, daß die Automobilfirma Citroën sich über den Befehl des sozialistischen Sozialministers Beregovoy hinweg- und eben doch 2300 Arbeiter „freisetzt". Wochenlang hatte man um dieses neueste Entlassungs-Paket gerungen, bis der Minister das Machtwort sprach und jede Entlassung verbot. Um die Empörung der Arbeiter auf die Spitze zu treiben, verkündete der Konzern am gleichen Tage, sein neues Kleinwagenmodell „Axel" in Rumänien produzieren zu lassen, wo die Gestehungskosten auf ein erträgliches Maß herabgeschraubt werden könnten.

Sorge um Gesundheit des deutschen „Motors"

Was erwartet der französische Arbeiter von Europa? Etwa die 35-Stunden-Woche, die ihnen die sozialistische Partei verspricht? Die Begeisterung, mit der man zunächst „den exemplarischen Kampf der deutschen Gewerkschaften" (Premierminister Mauroy) verfolgt hatte, ist schnell wieder der Ernüchterung gewichen. In Frankreich hat eine Linksregierung bei der Talfahrt in die 35-Stunden-Woche bei 39 Stunden erst einmal angehalten, nachdem Dutzende von Kleinbetrieben unter der Lohnfortzahlung zusammenbrachen. Nicht ein einziger Arbeitsplatz ist dadurch geschaffen worden, im Gegenteil, man geht auf die Drei-Millionen-Grenze an Arbeitslosen zu. Und daß ausgerechnet die deutsche Wirtschaft, diese wundervolle, beneidete Maschine mit dem gutgeölten Ablauf, dieser pumperlgesunde Motor für Europa, *ins Stottern geraten ist, erfüllt* die Franzosen mit Sorge. Gerade das hat ihnen noch gefehlt.

Ungerechtigkeiten und ein wenig calore umano

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Es war nicht ein Tag wie jeder andere, dieser *Freitag* vor Pfingsten in Italien. Er verlief höchst ungewöhnlich. Und doch war er irgendwie typisch. Ein Ereignis, ein Termin und ein Justizfall bündelten sich zu einem grellen Strahl, der einige der bestimmenden Gesellschaftsfaktoren dieses Landes über das Normale *hinaus* verdeutlichte. Das Ereignis: Der Gehirnschlag des KP-Sekretärs Enrico Berlinguer. Der Termin: Die Abgabe der Steuererklärungen für 1983. Der Justizfall: Die Inkriminierung des populären Fernsehstars Enzo Tortora als Drogenhändler und „Camorrista".

Im persönlichen Drama Berlinguers flossen in exemplarischer Weise Problematik und „calore umano" zusammen, die Italiens Politik charakterisieren und von den gängigen europäischen Maßstäben abheben. Im Steuertermin spiegelte sich so manches von den Eigenheiten einer öffentlichen Verwaltung und Bürgermoral wider, die im übrigen Europa – und zunehmend auch in Italien selbst – als unzulänglich, höchst bedenklich und *unzeitgemäß empfunden* werden. Der Fall Tortora schließlich steht für die Skandalmisere, aus der sich das Land seit Jahrzehnten nicht zu befreien vermag.

Wir fuhren an diesem Freitag durch sieben der *19 italienischen* Regionen – von Latium bis ins Aostatal im Nordwesten. In der Nacht zuvor war Berlinguer operiert worden. Alle Gespräche – von der Abfahrt in Rom bis abends im Hotel von *Aosta* – waren beherrscht von dieser Nachricht, die allgemein als Hiobsbotschaft empfunden wurde. Selbst bei erklärten Antikommunisten schien so etwas wie politische Ratlosigkeit mitzuschwingen und man wurde an jene *Oktobertage des Jahres 1958* erinnert, als in Castel Gandolfo Pius XII. unter *der Anteilnahme von Millionen, die* das Ende einer Epoche ahnten, mit dem Tode rang.

Verwunderlich wäre es kaum, wenn die Welle der menschlichen Sympathie, die Berlinguer in seinem Todeskampf begleitet, bei den bevorstehenden Europawahlen ihren Niederschlag fände. Auch das wäre typisch für Italien, wo dem Menschlich-Persönlichen im letzten immer noch mehr *Gewicht* gegeben wird als dem Politisch-Ideologischen.

Wie sich diese Grundeinstellung auch auswirken kann, darauf deutet das zweite Schlaglicht dieses Freitags hin. Der Steuertermin hielt neben Millionen von Italienern sogar die Post des Landes, die ansonsten nicht gerade für ihre besondere Effizienz bekannt ist, bis in den späten Abend hinein in Atem. Ob die ihr von der *Regierung auferlegten Überstunden* bis 21 Uhr der Steuermoral der Bürger *den erwarteten Auftrieb gegeben* haben, bleibt freilich zweifelhaft.

Denn der Staat, der die Steuern verlangt, ist für viele Italiener nach wie vor etwas viel zu Unpersönliches, als daß man sich ihm gegenüber verpflichtet fühlen könnte. Er genießt außerdem auch noch den Ruf der Untüchtigkeit und Verschwendung. Warum Steuern zahlen für eine Verwaltung, die sich mehr selbst *als* dem Steuerzahler zu dienen scheint? Das überlassen die „furbi", wie sich die Schlaudurchtriebenen hierzulande nennen, lieber den „fessi", den Dummbeschränkten – oder aber den Festangestellten, denen die Steuer gleich vom Lohn abgezogen wird.

Diese Einstellung führt dazu, daß die Arbeiter im Durschschnitt mehr Steuern zahlen als Ärzte, Kaufleute, Anwälte, Handwerker und andere, denen es gelingt, ihres wahres Einkommen entweder zu verschleiern oder dank einer ganzen Reihe von Gefälligkeitsgesetzen, die die auf Stimmenfang bedachten Parteien mit der Zeit durchgedrückt haben, pro forma auf viele Mitglieder einer Großfamilie zu verteilen und damit der Steuerprogression zu entgehen.

Da aber nach der Steuerhöhe viele *soziale Vergünstigungen gewährt* werden, führt das beispielsweise zu der Absurdität, daß, wie der Gewerkschaftsführer Giorgio Benvenuto kürzlich anklagend hervorhob, in den Sozialwohnungen Roms keine einzige Arbeiterfamilie sitzt, dafür aber Advokaten, Ärzte, Gewerbetreibende und Handwerker. Benvenuto: „Der Steuerskandal *ist* der *größte* Skandal Italiens."

Den europäischen Rahmen sprengt sicherlich auch der Fall Tortora. Enzo Tortora, bis vor einem Jahr der beliebteste „Showmaster" im staatlichen Fernsehen, gehört zu den fast 40 000 Häftlingen des Landes, von denen weit über die Hälfte nicht rechtsgültig verurteilt *sind. Einige* „reumütige" Camorra-Gangster, die sich im *Gefängnis zur Zusammenarbeit* mit der Justiz entschlossen haben, beschuldigen *ihn des Rauschgifthandels*, was er entschieden zurückweist.

Gerechtigkeit ist Tortora bisher nicht widerfahren. Nach einem Jahr hat die Staatsanwaltschaft erst die Anklage gegen ihn spezifiziert. Wenn er Pech hat – und nicht auf der Liste der Radikalenpartei ins Europaparlament gewählt wird – kann er unter Umständen noch Jahre auf das definitive Urteil der Justiz warten.

„*Europa ist in Italien zu Hause*", schrieb – ebenfalls an diesem Freitag – eine *italienische Zeitung. Eine ganz* andere Frage ist, ob sich auch Italien in diesem jetzt wählenden Europa der nach Perfektion strebenden Technokraten wirklich zu Hause fühlen kann. Die meisten Italiener leugnen gewiß nicht, daß ihnen etwas mehr Perfektion wohl dienlich wäre. Aber sie fühlen auch, daß dieses Europa, um zu einer wirklichen Heimat zu werden, vielleicht etwas mehr *menschliche Wärme* nötig hätte.

Jetzt soll Dänemarks Elf den Eiffelturm einreißen

R. GATERMANN, Kopenhagen

Ein Großteil der Dänen interessierte sich am Freitag, den 8. Juni, weder für den Besuch des chinesischen Regierungschefs Zhao Ziyang noch für die spektakuläre Landung von Donald Duck zu seinem Geburtstag, der etwa gleichzeitig mit dem Chinesen auf dem Flugplatz der Hauptstadt eintraf, noch für die Meldung, daß Kopenhagen vor dem finanziellen Bankrott steht. Er konzentrierte sich auf das Geschehen am Abend. Dänemark spielte sein letztes Länderspiel vor Beginn der Fußball-Europameisterschaft, der Gegner war Bulgarien und das Ergebnis 1:1. Etliche hatten jedoch nicht einmal Zeit, sich das Spiel am Bildschirm anzusehen. Im ganzen Land, aber vor allem in Kopenhagen, wurden die Vorbereitungen für den dritten großen Karneval in der dänischen Geschichte getroffen.

Fußball ist derzeit die favorisierte Sportart der Dänen. „*Schuld*" daran ist ein Deutscher, der frühere Bundesliga-Trainer Sepp Piontek. Seit ein paar Jahren betreut er mit großem Erfolg die dänische Nationalmannschaft. Es war keineswegs selbstverständlich, daß sich Dänemark *für die Europameisterschaft* qualifizierte. Zwar versorgen die gut fünf Millionen Dänen schon seit vielen Jahren die Spitzenligen in der Bundesrepublik, Italien, Spanien und Belgien mit großen Könnern, aber erst Piontek gelang es, sie unter dem Danebrog (die dänische Flagge) zu einem Team zusammenzuschweißen. Nun soll es, so die größte Tageszeitung des Landes, Ekstrabladet, den Eiffelturm einreißen. Es berichtete über das Vorbereitungsspiel auf nicht weniger als sieben Seiten.

Ins Auge stachen an diesem 8. Juni in der Hauptstadt viele Frauen in braun-grauen Uniformen. Der Verband für Zivilverteidigung und „die Bereitschaft der dänischen Frauen" feierten mit Königin und Ministerpräsident ihr 50jähriges Bestehen. Apropos Regierungschef Poul Schlüter: Seine leidige Hausaffäre läuft in der Presse wie ein Fortsetzungsroman ohne Ende weiter. An diesem Freitg wurde bekannt, daß die Familie, die vor ein paar Jahren ein angeblich verrottetes *Haus mit Rattennest unter* der Diele für teures Geld kaufte, nun rund 180 000 Mark Schadenersatz fordert, Schlüter will es für etwa 310 000 Mark zurückkaufen. Gibt es bis zum 14. Juni keine Einigung, wird sich das Gericht mit der Sache befassen.

Trotz des schönen Wetters, nach Wochen Kälte und Regen, der Fußballvorfreude und der Karnevalsvorbereitungen kamen die Dänen auch *an diesem Tag nicht an den wirtschaftlichen* Realitäten vorbei. Die Kasse der Hauptstadt ist nicht nur leer, es fehlen sogar rund 170 Millionen Mark. Eine Ursache der gestiegenen Kosten ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Unter den 18- und 19jährigen ist jeder dritte erwerbslos. Den Dänen wurde auch mitgeteilt, daß der Staat künftig seine Ausgaben jährlich um weitere ungefähr 1,4 Milliarden Mark kürzen muß, weil die Zinsen für die Auslandsschuld um diesen Betrag steigen. Und schließlich *gehen die „wilden Streiks"* an zwei Kopenhagener Krankenhäusern weiter und schaffen erhebliche Schwierigkeiten.

Aus dem Rigshospital, das nicht bestreikt wird, kam dagegen eine erfreuliche Nachricht: der 34jährige Professor Lennart Olsson will eine Methode gefunden haben, mit der man lediglich mit Hilfe einer kleinen Blutentnahme herausfinden kann, ob ein Raucher in der Gefahr schwebt, Lungenkrebs zu bekommen. Übrigens, am 8. Juni wurden auf dem *Flugplatz Kastrup drei Kilogramm* Heroin beschlagnahmt und die Polizei jagt immer noch den Mörder des Chefs der Rockergruppe Bullshit, er wurde kürzlich mit einer Maschinenpistole rücksichtslos niedergemäht, der Täter bei den Hell's Angels gesucht.

Auch wenn man in Dänemark kaum etwas von einem Wahlkampf für das EG-Parlament merkt, am Freitagabend war die „Volksbewegung gegen die EG" an der Reihe, im Fernsehen für sich zu werben. So tut sich dennoch etwas an dieser Front.

Ohrring war Hollands Tagesgespräch

BODO RADKE, Brüssel

Als sehr typisch für die Holländer mit ihrem Hang zur Erhebung von läppischen Einzelfällen ins Grundsätzliche empfand der Beobachter der *Niederlande* seit zwei Jahrzehnten, daß an diesem Freitag die öffentliche *Diskussion* über den Goldknopf im Ohrläppchen eines Polizisten den Medien mindestens so wichtig erschien wie der Streit um Hollands Beteiligung an der NATO-Nachrüstung oder die akuten Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Nicht etwa, daß Boulevard-Blätter das Thema hochgejubelt hätten. Einen *solchen Zeitungstyp* gibt es im EG-Mitgliedsstaat Königreich der *Niederlande nicht. Nein*, beim goldenen Ohrschmuck des 30jährigen Wachtmeister Cor van Avesaath der „Reichspolizei" – einer landesweit zentral geleiteten organisatorischen Einheit im Gegensatz zu den diversen Korps der Gemeindepolizei, für die der *jeweilige* Bürgermeister verantwortlich ist – ging es wieder einmal ums Grundsätzliche. Nämlich darum, ob Arbeitgeber das Recht haben, Ar*beitnehmern Vorschriften* über ihr äußeres Erscheinungsbild zu machen.

Wobei im Fall Cor van Avesaaths, *stationiert im Ort Baarlo der Provinz* Limburg, noch die grundsätzlich zu klärende Frage hinzukommt, ob einem Arbeitnehmer aus seinem Bekenntnis zur homophilen Veranlagung dienstliche Nachteile entstehen dürfen. Unter Einschaltung seiner Gewerkschaft, des niederländischen Polizeibundes (NPB), und der „Vereinigung zur Integration von Homosexualität" hatte der Wachtmeister das zuständige Beamtengericht aufgefordert, darüber zu entscheiden, nachdem ihn sein Distriktkommandeur Oberst Leers die Entfernung des Goldknopfes aus dem Ohrläppchen *während seines uniformierten Einsatzes* im Straßendienst befohlen hatte.

Aber es gab auch *andere* Themen, so etwa die Freude über das Auftauchen des „*Nieuwe Haring*" dieses Jahres in den Fischgeschäften. Seit eh und je *feiern* die Holländer Ende Mai oder Anfang Juni das Anlanden der ersten *Heringsfänge* der Saison wie ein Volksfest. Diesmal waren die *fünf-Kilogramm-Fässer mit frischem* Hering erstmalig Mitte der Woche in den Fischerhäfen versteigert worden und dann auf den Markt gekommen.

Ältere Angehörige unseres Nachbarvolkes registrierten das allerdings mit schwermütigen Erinnerungen an die gute alte Zeit. Damals erstand *man den* „Hollandse *Nieuwe*" an Straßenständen für 25 Cent und verzehrte ihn an Ort und Stelle in traditioneller Form des mit einer Hand Hochhaltens und von unten mit dem Mund Aufsaugens. Heute kostet der neue Hering mindestens das Achtfache und muß als kostbare Delikatesse aus den Geschäften nach Hause getragen werden. (SAD)

Bier gibt jedem 20. Belgier Arbeit

BODO RADKE, Brüssel

Eine Augenweide für Ästheten sind die Einrichtungen belgischer Kneipen in der Regel nicht: kahle Tischplatten, unbequeme Stühle und nur in Ausnahmefällen hinter der Theke ein Regal mit anregend buntem Sortiment von Flaschen hochprozentiger alkoholischer Getränke. Sechs Jahrzehnte strikten Ausschankverbots scharfer Sachen in öffentlichen Lokalen – erst vor wenigen Monaten wurde es aufgehoben – haben *dazu geführt, daß in* Belgiens Kneipen fast ausschließlich Bier getrunken wird.

Das aber dann in erheblichen Mengen. Pro Kopf der Bevölkerung im gemeinsamen Königreich der Flamen, Wallonen und einer Volksgruppe von Belgiern deutscher Muttersprache waren es im vergangenen Jahr 132 Liter. Auch an diesem Freitag vor Pfingsten waren die 51 615 Gaststätten eines Landes mit knapp zehn Millionen Einwohnern so gut frequentiert, daß die Bierbrauer frohlocken konnten. Und etwa jeder 20. Berufstätige in Belgien verdankt heute seinen Arbeitsplatz direkt oder indirekt dem Bier.

Viele der typisch belgischen Kneipen als eines der wenigen Bindeglieder zwischen den sonst so unterschiedlichen *Mentalitäten* von Flamen und Wallonen fungieren als Vereinslokale für Mitglieder der unzähligen Brieftaubenzüchter-Klubs. Wie jeden Freitag, lieferten sie auch diesmal ihre Lieblinge vor dem Vereinslokal an die Betreuer des Sammeltransports nach den diversen, durchweg in Frankreich gelegenen Startplätzen für die Wettflüge am Wochenende ab. Und ihre anschließenden Bier-Gespräche über das voraussichtliche Pfingstwetter waren überschattet von der durch eine falsche Ein*schätzung der Wetterentwicklung* ausgelösten Tauben-Katastrophe.

Für Millionen Belgier *rangiert* die Leidenschaft für Tauben-Wettflüge gleich hinter der für Radsport und Fußball. Auch am letzten Freitag fanden wieder irgendwo im Lande Dutzende von Straßenrennen für Amateure oder Berufsfahrer statt, wie das vom Frühjahr bis zum Herbst täglich der Fall ist.

Wer den Freitagabend in Belgien vor dem Fernsehschirm verbrachte, hatte als Kabel-TV-Abonnent wie stets die Auswahl zwischen 15 Programmen aus sieben Ländern. Die beste *Sendezeit im eigenen flämischen* Fernsehen war aparterweise für einen Film mit dem Titel „Freitag" reserviert: einen amerikanischen Spielfilm über die Insel-Abenteuer des Robinson Crusoe und seines Gefährten Freitag.

Im benachbarten Großherzogtum Luxemburg, dem kleinsten und feinsten der zehn EG-Mitgliedsstaaten, waren am Freitag noch stets 101 Salutschüsse das Hauptgesprächsthema. Sie hatten den 80 000 Bewohnern der Hauptstadt kundgetan, *daß dem* Erbgroßherzog Henri und seiner Ehefrau Maria Teresa der *zweite Sohn* geboren sei. Trotz aller Europäisierung hält man eben in Luxemburg die eigene Tradition in Ehren. (SAD)

Das Wahlfieber läßt die Griechen nicht mehr los

E. ANTONAROS, Athen

Die Balkenüberschriften aus sieben *Zentimeter hohen Lettern* hätten sogar jedem sensationslüsternen Leser *sonstwo in Europa Angst machen* können, auf den normalen griechischen Zeitungskäufer wirkten sie jedoch gähnend langweilig. Mit der Behauptung, daß „Sozialisten und Kommunisten ihre Wahlergebnisse addieren" – also eine Art Koalition bilden – *wollen, ging Griechenlands auflagen*stärkste Zeitung „To Ethnos" am letzten Freitag auf den Markt. Und das Hauptkonkurrenzblatt „Ta Nea" gab „Dem Mythos von einem Wahlsieg der Rechten keine Chance". Sogar das bürgerliche Gegenstück „Messimvrini" *wollte dieser* „Schlammschlacht" – so Regierungschef Papandreou – nicht fernbleiben: „Eine Wahlfälschung wird vorbereitet."

Die Griechen neigen bekanntlich zu Übertreibungen und aussagekräftiger Maßlosigkeit nicht nur, wenn es um Politik geht. Doch was sich seit einigen Wochen hierzulande abspielt, ist selbst für routinierte Griechenland-Beobachter ein *Novum*: Alles, aber wirklich alles dreht sich um die Europa-Wahl am 17. Juni. Das Land ist vom Wahlfieber gepackt, das Volk *scheint* alles *widerstandslos* hinzunehmen.

Vergeblich mußten die Fernsehzuschauer am Freitagabend auf ihre beliebte Serie „To minore tis avghis" warten. Nein, Politik hatte Vorrang. An ihre Stelle wurden Ausschnitte von einer *Wahlveranstaltung der* Sozialisten in der mittelgriechischen Stadt Larissa, selbstverständlich mit Regierungs- und Parteichef Andreas Papandreou als Hauptredner, gesendet. Zuvor hatte das Fernsehpublikum zwei viertelstündige Fernsehreden von Vertretern einer winzigen Zentrumspartei und eines maoistischen Grüppchens verdauen müssen.

Helen Vlachou, Athens angesehenste Zeitungsverlegerin und Journalistin, hatte in einer Kolumne 24 Stunden zuvor die keineswegs nur rhetorisch *gemeinte Frage gestellt*, ob diese radikale Politisierung des Alltags dem Durchschnittsgriechen zuzumuten sei. Sozialisten und Konservative beschimpfen sich auf Schritt und Tritt, eine vor allem die kleinen und oft *maßvolleren* Parteien bedrückende Polarisierung ist entstanden.

In diesen Tagen ist es kein Vergnügen mehr, bei hochsommerlichen Temperaturen und *strahlender Sonne* einen Mokka für umgerechnet 1,50 Mark auf dem Athener Syntagma-Platz zu trinken. Die Informationsstände der Großparteien, alle willkürlich aufgestellt, liefern sich ohrenbetäubende Wortschlachten, die Partei*prominenz kommt allabendlich* über Lautsprecher zu Wort. Sotiris, der Kellner in einem *Straßencafe, hat* festgestellt, daß sein Umsatz um die Hälfte zurückgegangen ist: „Wer will sich schon einer solchen Tortur aussetzen?"

„Athen ist in diesen Tagen eine Müllhalde von beschrifteten Papier- und *Stoffetzen.*" Auch dieser markige Satz stammt aus der Feder von Frau Vlachou. Tatsächlich *hängen* überall, und wohlgemerkt nicht nur in Athen, Zigtausende von Transparenten und Spruchbändern. Kommunisten, Konservative und Sozialisten – in dieser *Reihenfolge* – haben sich mit viel Phantasie und – so sieht es aus – unerschöpflichen Geld*mitteln daran* gemacht, die von der Lebensqualität her fast unerträgliche Hauptstadt Athen noch unmöglicher, noch schmutziger, noch lauter zu machen.

Griechenland steht am Kreuzweg. 32 Monate nach der ersten sozialistischen Regierung überhaupt, scheint sich alles um die Frage zu drehen, ob die knapp zehn Millionen Griechen nicht bereits jetzt Sozialismus-müde geworden sind.

Die Parteispitze der konservativen „neuen Demokratie", die Griechenland mit Ausnahme des Militärregimes (1967–1974) nahezu ohne Unterbrechung seit Kriegsende *regiert hat*, scheint der festen Überzeugung zu sein, daß die Entthronung Papandreous und seiner sozialistischen Pasok-Partei bevorsteht. Im sozialistischen Lager wird hingegen davon ausgegangen, daß das Wahlergebnis „den großen Wandel festigen" wird.

(SAD)

Ernst blickt sie nur bei Loriot: Evelyn Hamann

Diese verflixten Klischees

Wegen eines Zweieinhalb-Minuten-Sketches mit ihr heute abend im ZDF so einen Aufwand zu treiben, na also, sagt sie, das verstünde sie ja nun eigentlich doch nicht recht. Dann erklären wir ihr, daß das doch nur der berühmte „Aufhänger" sein soll, und sie ist's zufrieden.

Evelyn Hamann, Millionen gern lachenden Deutschen vor allem als ständig ernst dreinschauende Partnerin von Loriot aus Funk, Fernsehen und Platte vertraut, fühlt sich, darauf angesprochen, keineswegs als eine „ewige Nummer zwei" hinter Vicco von Bülow, und daß ihr anläßlich der 1977er Verleihung der Goldenen Kamera irgendein Journalistenkollege das seither in Sachen *Hamann* unausrottbare Beiwort „Ulknudel" verpaßt hat, das sei nun mal auch nicht zu ändern, obwohl es ebensowenig auf den Punkt träfe wie eben die Sache

Lach mal wieder – ZDF, 19.30 Uhr

mit der „Nummer zwei". „Ach was", sagt sie, im gewohnten Alt, der WELT, „wieso soll mir das denn auf den Wecker gehn, bei Loriot die Nummer zwei zu sein? Wissen Sie – es ist eine so großartige Sache, mit ihm arbeiten zu dürfen, daß man auf solche Gedanken einfach nie käme." Nein, „Ulknudel" passe nun wirklich auch nicht. „Ich spiele 'komische Rollen', das ist was ganz anderes, und das ist im übrigen eins der schwersten Dinge überhaupt: Komisch zu sein ist eine todernste Angelegenheit."

Was es denn sei, was ihr an der Arbeit mit Loriot so besonders viel Spaß bereite? „Er ist ein sehr genauer Arbeiter", setzt sie uns ins Bild, „der auf das winzigste Detail allergrößten Wert legt, mit der feinsten Feile zu Werke geht." Irgendeine Angst, auf irgendwelche Rollen festgelegt zu werden, die sie durch oder mit oder seit Loriot übernimmt, die kenne sie nicht. Das passe alles auch nicht in den Loriot'schen Zusammenhang.

Und im übrigen, räumt sie die Klischees beiseite, spiele sie ja auch viel anderes, nicht wahr, Brecht, wie 1968 in Göttingen, Ionesco, Dario Fo und „alles rauf und runter" samt der Marthe aus dem „Ur-Faust"; wie während ihrer Theater-Zeit am Bremer Goetheplatz 1973 bis 1978, mal eine Rolle im „Traumschiff" oder in einem Stück von Feydaux („Floh im Ohr"), in „Selbst ist die Frau", in der Zukunfts-Serie „Kälteschock" ebenso wie die Trümmersteine kloppende Mutter Michel im „Abenteuer Bundesrepublik". Das sei halt ihre Spannweite. Und darum auch gäbe es für sie keine der oft zitierten weltanschaulichen Unterschiede zwischen Fernsehen und Bühne: „*Ich mache* beides gleich gern."

Die Hamburgerin scheidet Privates von Beruflichem, empfindet Fragen nach Alter, Männern und allem, was aus dem Nähkästchen gekramt werden muß, als unangenehm und geht ihnen deshalb konsequent aus dem Weg. „Aber deshalb bin ich noch lange keine Einsiedlerin." Natürlich begegnet sie Menschen, unterwegs, beim Einkaufen, „und wenn die Leute mich da ansprechen und sagen: 'Ach, Frau Hamann, wir haben Sie *gestern wieder gesehn und so gelacht*', dann ist das für mich der Applaus, den das Fernsehen ja nun mal nicht so wie die Bühne geben kann."

Ob es für sie wohl so etwas gibt wie einen Lieblingsautor, eine Lieblingsrolle, wollen wir wissen: „Nein", sagt sie ohne nachzudenken, „für mich ist jede Rolle, an oder in der ich gerade arbeite, im Grunde immer die wichtigste."



Hat keine Angst, auf Rollen festgelegt zu werden: Evelyn Hamann
FOTO: DIETER KLAR/DPA

A propos Rolle: 1976, als sich Vicco von Bülow über die Vermittlung des Bremer TV-Dramaturgen Jürgen Breest bei ihr meldete, da entsprach Evelyn Hamann auf den ersten Blick partout nicht seinen Vorstellungen. „Ursprünglich wollte er eine ganz normale, blonde, etwas pummelige Hausfrau", sagt sie, „aber ich bin weder blond, *noch pummelig, noch der* 'Typ Hausfrau', den er meinte. Aber dann haben wir uns eine Weile unterhalten, tja, und das war's."

Demnächst gehen sie und Loriot zum zweitenmal ins Studio, um eine neue „Duo"-Platte zu machen, verrät sie und läßt auch durchblicken, daß sie demnächst wieder in Hamburg Theater spielen wird. An der Elbe lebt sie wieder seit dem Ende ihrer Bremer Theaterzeit, in einer Altbauwohnung und gemeinsam mit einem Kater namens „Kater". Näheres über die Unternehmungen, auf die sie sich zur Zeit vorbereitet, verrät sie freilich nicht. Das mit dem Theater sei zwar so gut wie sicher, basta; über ungelegte Eier aber rede man nun mal nicht.

ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Vierzig Goldmark Alimente

Jubiläen darf man sich nicht entgehen lassen. So dachte auch Nick Wagner. Und er erinnerte sich daran, daß hundert Jahre vor dem Orwell-Jahr die Kolonialherrschaft des kaiserlichen Deutschland begann. Deswegen produzierte er für den Bayerischen Rundfunk eine zweiteilige Folge über die deutschen Schutzgebiete in Afrika **Des Kaisers schwarze Untertanen** (ARD). Wagner zog am Schluß die Bilanz: Die Kolonien kosteten das Reich 650 Millionen Goldmark. Die Gewinne wurden dabei privatisiert, die Verluste sozialisiert. Als frühe Warner vor dem Kolonialexperiment zitierte er neben dem Sozialdemokraten *August Bebel den* Freisinnigen Ludwig Bamberger. Einen „Zentrumspolitiker Doktor Spahn" (war es Vater Martin oder Sohn Peter?) nannte er als Advokaten der kaiserlichen Kolonialpolitik.

Hierbei suggerierte Wagner sicherlich einen falschen Eindruck. Denn anders als die Freisinnigen, die seit der Jahrhundertwende die *Kolonialpolitik* unterstützten, verweigerte die katholische Zentrumspartei nach dem blutig niedergeschlagenen Herero-Aufstand die Kredite für Südwestafrika und forderte eine Verminderung der Schutztruppe. Leider kam kein einziger Repräsentant jener katholischen Missionsgesellschaft zu Wort, die frühzeitig Übergriffe der Kolonialverwaltung angeprangert hatten. Bei den sogenannten „Hottentotten-Wahlen" von 1907 kam es deswegen sogar zu einem Wahlbündnis von Zentrum und Sozialdemokratie gegen die Kolonial-Jubler vom „Bülow-Block".

Gar zu wenig differenzierte Wagner zwischen der Politik des am Kolonialbesitz nur wenig interessierten Otto von Bismarck und seiner Nachfolger. Bismarck setzte es noch durch, daß die öffentliche Ausgaben in Südwestafrika zu Lasten der dort ansässigen Firmen gingen. Unter seiner Kanzlerschaft wurde (was Wagner nur am Rande erwähnt) der Kolonialpionier *Carl Peters* wegen *Grausamkeiten* entlassen. Unter Bismarcks Nachfolger Bernhard von Bülow wurde hingegen der Herero-Schlächter von Trotha ausgezeichnet, und die Staatsausgaben für die Kolonien stiegen immens.

Aber trotz kritischer Einwände: Im ganzen war es eine informative Darstellung. Wagner verdeutlichte, daß die deutsche Kolonialverwaltung auch Seuchen bekämpfte (Robert Koch entdeckte die Malaria) sowie Schulen und Bahnlinien baute. Wer ein schwarzes Mädchen schwängerte, der mußte auch für die Folgen aufkommen. Zu 40 Goldmark Alimente monatlich wurde ein Kolonialbeamter verurteilt.

Wagner sprach mit zahlreichen Mulatten, deren größter Wunsch es ist, das Land ihrer Väter einmal zu besuchen – denen es aber an dem hierfür notwendigen Kleingeld mangelt. Eine Spendenaktion für diese Nachfahren der deutschen Kolonialverwaltung wäre wohl empfehlenswert.

GISELHER SCHMIDT

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Fußball-EM
Frankreich – Dänemark
11.55 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Wolle und Wind
Begegnungen im schottischen Hochland
Als am Anfang des 19. Jahrhunderts im hohen Norden Schottlands die Großgrundbesitzer ihre Pächter vertrieben, wurden aus Highlands riesige Schafweiden und weite Jagdreviere. Obwohl das Geschäft mit der Wolle bald nicht mehr so gut ging, blieben die Schafe, die dort frei und verstreut leben und nur mühsam von den Schäfern überwacht werden können. Drei dieser Hirten erzählen von ihrem Leben und führen durch das weite Hochland.
16.55 Die rote Zora und ihre Bande
13teilige Serie nach Kurt Held
1. Teil: Branko kommt ins Gefängnis
Kinder ohne Eltern und ohne ein richtiges Zuhause hat die rote Zora in der jugoslawischen Stadt Senj um sich versammelt. Gemeinsam kämpfen sie für die Rechte der Armen, und dabei werden sie schnell zum Schrecken ihrer Mitbürger.
17.25 Doctor Snuggles
13teilige Zeichentrickserie
1. Teil: Wie Mathilde Dosenfänger erfunden wurde
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Parteien zur Europawahl
20.15 Fußball-Europameisterschaft
Belgien – Jugoslawien
Sprecher: Heribert Faßbender
22.50 Tagesthemen
23.00 Hanns Dieter Hüsch
Das neue Programm
Der Titel der Sendung ist irreführend. Das „neue Programm" ist bereits drei Jahre alt. Aber die Themen, die angesprochen werden – Pazifismus, Schule, Ausländerfeindlichkeit – haben noch nichts an Aktualität verloren. Wie viele Kabarettisten benötigt auch Hanns Dieter Hüsch keine aufwendige Dekoration. Auf einer kargen Bühne, in feierliches Schwarz gehüllt, schreitet er an Tisch und Orgel und sorgt in der Rolle eines Bettelpriesters mit seiner verqueren Logik dafür, daß einem oft das Lachen im Halse steckenbleibt.
24.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Löwenzahn
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kompass
Was läßt ein U-Boot sinken und wieder aufsteigen? Wie funktioniert eine Schwimmweste? Warum läßt Helium ein Luftschiff fliegen? Fragen, die in der heutigen Ausgabe des Forschungsmagazins für Jugendliche beantwortet werden.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Jürgen Drews und I Salonisti
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.00 Der lange Treck
Der Aufbruch
19.00 heute
Anschl. Parteien zur Europawahl
19.30 Günter Pfitzmann: Lach mal wieder
Szenen – Sketche – Witze
Mit Corinna Genest, Edith Hancke, Evelyn Hamann, Lonny Kellner-Frankenfeld, Klaus Havenstein, Paul Kuhn u. a.
Regie: Wolfgang Spier
20.15 ZDF Magazin
Südafrika auf dem Weg zum Frieden / Afghanistan kämpft mutig weiter / Enthüllungen über Spezialtruppen der Roten Armee / Mahnmal zum 17. Juni
Moderation: Gerhard Löwenthal
21.00 Der Denver-Clan
Scherbengericht
Steven läßt sich von seinem Entschluß nicht abbringen, eine eigene Wohnung zu beziehen und dort unbeeinflußt von seinem Vater zu leben. Um einem neuen Zerwürfnis zwischen Vater und Sohn entgegenzuwirken, arrangiert Krystle für den kommenden Abend ein feierliches Essen.
21.45 heute-journal
Anschl. Parteien zur Europawahl
22.05 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
22.10 Das Narrenschiff '84
Eine poetische Rheinreise von Basel bis Rotterdam mit Europäischen Schriftstellern
Rückblick auf fünf Tage von Reinhart Hoffmeister
22.40 Das kleine Fernsehspiel
Führer durch die Welt
Seen links, Schlösser rechts
Buch und Regie: Heiko Schier
00.10 heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Köln
21.45 Hobbythek
22.30 Jagd nach Millionen
Amerikanischer Spielfilm (1947)
Mit John Garfielk, Lilli Palmer, Hazel Brooks u. a.
Regie: Robert Rossen
00.10 Nachrichten

NORD
18.30 Lebensraum in Gefahr
19.15 Praktische Tips
19.30 Landwirtschaft aktuell
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Theater im Vergleich
Goethes „Torquato Tasso" in Bochum und München
21.45 Die Schönen der Nacht
Französischer Spielfilm (1952)
Mit Gérard Philipe, Martine Carol, Gina Lollobrigida u. a.
Regie: René Clair
23.05 Nachrichten

HESSEN
18.30 Die fabelhafte Familie Ko (13)
19.00 Hobbythek
19.45 Herrchen gesucht
20.15 Bauer sein – Bauer bleiben?
21.30 Drei aktuell
21.45 Vier Frauen – vier Leben

SÜDWEST
18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Rockpalast
20.15 Museen der Welt
21.00 Die Gnadenlosen Vier
Amerikanischer Spielfilm (1961)
Mit Audie Murphy, John Saxon, Zohra Lampert u. a.
Regie: Herbert Coleman
22.26 Ich will, wenn ich liebe, allein sein

BAYERN
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kini '84
19.45 Blast's mit!
20.00 Formel Eins
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Malu
22.30 Z. E. N.
22.35 Industrieplatz Weltraum
23.20 Rundschau

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2
Tel. 0228 / 3041, Telex 8 85 714

Kirchensteuer

„Einseitigkeit in der Kirche entgegentreten"; WELT vom 16. Mai

Der Ratsvorsitzende der EKD, Professor Lohse, *befaßt sich in der* Ausgabe vom 16. Mai mit einigen innerkirchlichen Problemen, die seiner Meinung nach u. a. auch zu dem nachlassenden Interesse der Gemeindemitglieder an der *kirchlichen* Arbeit führen. In diesem Zusammenhang spricht Professor Lohse auch die Frage einer Reform des Kirchensteuer-Rechts an, ohne das Thema allerdings zu Ende zu führen. Hierzu einige Anmerkungen, die sich mit der merkwürdigen Praxis der evangelischen Kirche (auch der katholischen) befaßt, Kirchensteuer von Andersgläubigen, Freidenkern und ausgetretenen Mitgliedern der Kirche zu erheben, soweit dieser Personenkreis zu den Arbeitnehmern zählt.

In der Sache geht es darum, daß Arbeitgeber in durch das Einkommen-Steuer-Gesetz bestimmten Fällen anfallende Lohnsteuer pauschalieren können. Durch eine Entscheidung des Bundesfinanzhofs ist jedoch diese Steuer als eine Unternehmens-Steuer eigener Art definiert worden mit der Folge, daß eine Verpflichtung zum Einzug von Kirchensteuer im Zusammenhang mit der Abführung der pauschalen Lohnsteuer insoweit nicht besteht.

In einer Besprechung der Kirchensteuer-Referenten der obersten Finanzbehörden der Länder und der Kirchen am 15. und 16. Juni 1983 in Köln haben sich die Beteiligten nicht dazu durchringen können, von ihrer Praxis abzugehen, mit der pauschalierten Lohnsteuer den Kirchensteuer-Anteil einzuziehen und, was die Kirchen angeht, in Empfang zu nehmen, auch soweit es sich um Andersgläubige, Freidenker und ehemalige Kirchenmitglieder handelt.

Die von Professor Lohse angesprochene Reform des Kirchensteuer-Rechts sollte jedenfalls vordringlich diesen geschilderten Tatbestand durch eine Verzichterklärung beseitigen, damit nicht die schon in Gang gekommene peinliche Diskussion über ein wenig christliches Verhalten dem Ansehen der Kirche weiteren Schaden zufügt.

Dr. E. A. Osthold, Göttingen

Zu früh zu alt?

„Zu alt: 1500 Offiziere sollen gehen"; WELT vom 28. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn selbst der Bundeskanzler es für unzumutbar hält, daß Bataillonskommandeure mit 43 Jahren noch sieben Jahre Dienst tun müssen und sie mit hohen Pensionen und Abfindungen in den Ruhestand schicken will, müssen sich Streikende doch auf dem richtigen Weg fühlen. Arbeit scheint nicht mehr Voraussetzung für Einkommen zu sein, jedenfalls erweckt der Staat selbst auf vielen Gebieten diesen Eindruck. Wenn ein Blücher, um nur ein Beispiel zu nennen, mit 71 Jahren noch zu Pferde den Rhein überquerte und dazu eine Armee führte, müßte ähnliches auch den Bataillonskommandeuren, selbst bei höherer Beanspruchung, mit 50 zugemutet werden können.

L. Michels, Andernach

Unverständlich

„Philologen gegen radikale Kleinschreibung"; WELT vom 3. Mai

Aus dem genannten Artikel entnehmen wir, daß die KMK (sprich: Kultusministerkonferenz) sich demnächst mit einem neuen Schlag gegen die Schule, damit auch gegen das, was man Kultur nennt, beschäftigen will.

Mit einer radikalen Kleinschreibung würde man zwar Rechtschreibprobleme umgehen, aber man würde sich zwei große Nachteile einhandeln:

● Das Schriftbild würde unleserlicher werden; denn es verlöre an Struktur durch den Fortfall der Großbuchstaben mit ihren markanten Oberlängen und anderer formender Elemente. Das würde nicht nur jedem Leser das Lesen mühsamer machen, sondern insbesondere auch Kindern das Lesenlernen erschweren.

● Die grammatischen Strukturen der Sprache würden optisch nicht mehr in Erscheinung treten. Das würde die Reflexion über Sprache erschweren, was mit Sicherheit Sprachbewußtsein abbauen, d. h. einen Verlust an Sprachkultur bewirken würde.

Heinrich Kahl, Hamburg 65

Wort des Tages

„Von hundert, die von ‚Menge' und von ‚Herde' reden, gehören neunundneunzig selbst dazu."

Christian Morgenstern; dt. Autor (1871–1914)

Personalien

PRÄSIDIALAMT

Bundespräsident **Karl Carstens**, dessen Amtszeit in diesem Monat endet, ist heute Gast in der Redaktion der WELT. Das Staatsoberhaupt wird im Gespräch mit den Redakteuren politischen Rückblick und Ausschau auf die Zukunft halten.

AUSZEICHNUNGEN

Johannes Fürst von Thurn und Taxis hat erstmals den Thurn-und-Taxis-Förderpreis vergeben, mit dem alljährlich im Rahmen der Bayerischen Theatertage Künstler oder Ensembles ausgezeichnet werden. Auf Vorschlag des Kuratoriums unter Vorsitz von Generalintendant **August Everding** wurde der Schauspieler **Ernst Hofstetter** aus Bamberg für seine Darstellung in „Forschungen eines *Hundes*" von **Franz Kafka** ausgezeichnet sowie der Choreograph **Gabriel Sala** für das Ballett „Tango" aus Augsburg.

*

Die mit je 3000 Mark dotierten Folkwang-Preise 1984 für Musik sind an die Pianistin **Jeong-Won Ham** aus Seoul und die Flötistin **Ursula Kamp** aus Essen vergeben worden.

*

Der mit 25 000 Mark dotierte Literaturpreis der Stadt Köln wird in diesem Jahr an den 62jährigen Schriftsteller **Helmut Heißenbüttel** verliehen. Der Literat soll damit für seine „von Anfang an unkonventionelle, konsequent verlaufende und längst folgenreiche Arbeit" ausgezeichnet werden. Heißenbüttel wurde in Wilhelmshaven geboren und lebt seit 1981 in Borsfleth bei Glückstadt an der Elbe und er ist Mitglied des PEN-Clubs der Bundesrepublik Deutschland und erhielt 1969 den Georg-Büchner-Preis. Der Literaturpreis der Stadt Köln wird im Herbst überreicht.

*

Für seine außerordentlichen Leistungen auf dem Gebiet der Musik wurde dem deutschen Chefdirigenten des Londoner Philharmonic Orchestra, **Klaus Tennstedt**, die Ehrendoktorwürde von der Universität Hamilton, New York, verliehen.

ERNENNUNG

Der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaft für Christlich-Jüdische *Zusammenarbeit (DKR)* hat einen neuen Vorstand: Es sind der Landesrabbiner **Henry G. Brandt** aus Hannover, Oberkirchenrat Dr. **Eckard von Nordheim** aus Darmstadt und der Diplom-Theologe **Hans Hermann Henrix** aus Aachen. Der bisherige Vorstand mit Pater Dr. **Willehard Paul Eckert**, Landesrabbiner **Dr. N. Peter Levinson** und Akademiedirektor Pfarrer **Martin Stöhr** kandidiert nicht wieder.

JUBILÄUM

Das Eiserne Ordensjubiläum feierte die 90jährige Franziskanerin-Schwester **M. Regina** im katholischen St. Josef-Stift Sendenhorst im Münsterland. Die als **Klara Kokenbrink** 1894 in Greven geborene Ordensschwester trat vor 65 Jahren in den Franziskaner-Orden ein. Seit 1938 ist Schwester M. Regina im St. Josef-Stift tätig. 40 Jahre lang versah sie den Schwesterndienst auf der Männerstation des Katholischen Krankenhauses. Die Ordensschwester stammt aus einer bäuerlichen Familie mit elf Kindern. Davon sind fünf Kinder Ordensleute geworden. Drei traten dem Franziskaner-Orden bei, eine Schwester dem Orden der Hiltruper Missionsschwestern und ein Bruder ging zu den Johannes-Brüdern in Leutesdorf.

RUHESTAND

Nach 38 Jahren Parlamentstätigkeit *wird der CDU-Politiker und* Europa-Abgeordnete **Ernst Müller-Hermann** heute bei einem Empfang in der bremischen Bürgerschaft von Präsident **Dieter Klink** verabschiedet. Am 13. Oktober 1946 zog Müller-Hermann kurz nach seinem 31. Geburtstag in die bremische Bürgerschaft ein, sechs Jahre später kam er *in den Deutschen Bundestag*, 27 Jahre später in das direkt gewählte Europäische Parlament, aus dem er nun aus freien Stücken ausscheidet. Der Bremer CDU-Abgeordnete bezeichnet seine 38 Jahre lange parlamentarische Tätigkeit als „eine einzige Lehr- und Lernzeit". Er habe sich stets um Integration bemüht. Das *Klima im Europäischen Parlament* sei wohltuend. Müller-Hermann: „Bei uns in der Bundesrepublik sind die politischen Fronten verhärtet." Der scheidende Parlamentarier fordert die Politiker auf, mehr die Realität zu beachten und den Versuch zu unternehmen „das Herz des Volkes zu spüren".

Öffentlicher Auftritt Sacharows gefordert

Angehörige bezweifeln Telefonat Jelena Bonners

DW. Bonn/London

Die um eine Aufklärung des Schicksals von Andrej Sacharow bemühten Personen und Organisationen beharren auf ihrer Forderung an Moskau, den angeblich gesunden Bürgerrechtskämpfer und seine Frau Jelena Bonner der Öffentlichkeit endlich vorzustellen. *Bloßen Versicherungen* sowjetischer Agenturen könne und dürfe kein Glauben geschenkt werden, erklärte gestern die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt. Die Gesellschaft beschrieb, worum es ihr und auch der Familie des verbannten Friedensnobelpreisträgers geht: die Informationen über die angeblich „gute Lage" des Ehepaars Sacharow „überprüfbar und nachvollziehbar zu gestalten".

Tatjana *Jankelewitsch, Stieftochter* Sacharows, versicherte, sie habe seit dem 6. Mai von ihrer Mutter und ihrem Stiefvater keine Nachricht mehr erhalten. Frau Jankelewitsch war von *Vertretern der USA*, Frankreich und Großbritanniens während des Weltwirtschaftsgipfels in London empfangen worden.

Auf der Konferenz der sieben wichtigsten westlichen Industrienationen war das Schicksal des Verbannten unerwartet zu einem Thema intensiver Diskussionen geworden. Aufsehen erregte die Meldung über ein Telefonat Jelena Bonners an den britischen Außenminister Geoffrey Howe. In dem Gespräch soll die Ehefrau Sacharows den britischen Politiker gebeten haben, das Anliegen ihres Mannes und ihrer eigenen Notlage *unter den in London versammelten* Staatsmännern zur Sprache zu bringen. An der Authentizität dieses Telefonanrufs äußerten die Angehörigen Sacharows Zweifel. Sogar von der Möglichkeit eines fingierten Anrufs war die Rede.

Die amerikanische Delegation auf dem *Weltwirtschaftsgipfel hatte sich* noch am vergangenen Freitag von dem Eindruck distanziert, Washington sei mit den sowjetischen Erklärungen zum Schicksal Sacharows zufrieden. *Außenminister Shultz*: „Wir haben keine Bestätigung dafür (daß es Sacharows gut geht. Die Red.) und das scheint mir erneut die tragische Situation dieser beiden bedeutenden *Menschen zu erhellen*." (WELT v. 9.6.)

Seit Ende vergangener Woche haben sich nach Angaben der Gesellschaft für Menschenrechte mindestens *zwölf* Bundestagsabgeordnete mit Grußtelegrammen an Sacharow und seine Frau nach Gorki gewandt.

Kreml erhöht Druck auf RGW-Staaten

Kleinere Volkswirtschaften Osteuropas sind auf Westhandel und Westkredite angewiesen / Reform nicht erreichbar

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Zum ersten Mal seit 15 Jahren ist der „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW) – die Wirtschaftsgemeinschaft des Ostblocks – in Moskau zu einer Gipfelkonferenz zusammengetreten. Das Treffen der im Westen als Comecon bekannten Gruppierung findet in einer Atmosphäre verstärkten sowjetischen Drucks auf die kleineren Mitgliedsländer, aber auch im Zeichen wirtschaftlicher Emanzipationsbestrebungen dieser Mitglieder gegenüber dem Kreml statt.

Die unter Konstantin Tschernenko installierte sowjetische Führung wird während des Gipfels die Gelegenheit wahrnehmen, die Parteichefs der RGW-Mitgliedsländer – außer der Sowjetunion sind es die „DDR", Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Kuba, Mongolei und Vietnam – stärker auf einen Kurs der „monolithischen Einheit" zu vergattern. Schon ist erkennbar, daß die Sowjets darauf dringen, die Abhängigkeit der RGW-Staaten vom Westhandel zu reduzieren, die weitere Aufnahme westlicher Kredite zu erschweren und statt dessen den *Inner-Block-Handel zu fördern.*

Als warnendes Beispiel wird den RGW-Staaten vor allem Polen vor Augen geführt, das im Westen 26 Milliarden Dollar Schulden hat, von denen niemand weiß, wie sie jemals zurückgezahlt werden können. Hinter den verschlossenen Moskauer Türen dürfte es aber nicht nur wegen der polnischen Frage zu hitzigen Debatten kommen.

Ein weiteres heikles Kapitel stellt die Außen- und Wirtschaftspolitik Rumäniens dar. Der rumänische Partei- und Staatschef Nicolae Ceausescu verlangt von Moskau erhöhte

DIE ● ANALYSE

Erdöl- und Rohstofflieferungen und fordert „solidarisches" Entgegenkommen von den übrigen RGW-Staaten bei der Sanierung der durch überzogene und ehrgeizige Industrialisierungspläne in Schwierigkeiten geratenen rumänischen Wirtschaft. Gleichzeitig aber ist Ceausescu offenbar nicht bereit, auf seine außenpolitischen Sondertouren zu verzichten.

Ungarn wiederum verfolgt einen Kurs der Wirtschaftsreform, der weiter geht, als alles, was bisher jemals im Ostblock versucht worden ist. Diese Reform, die zwar keinen Abbau, aber eine Relativierung und Einschränkung der zentralen Planwirtschaft mit sich bringt, und die neuerdings sogar die Unabhängigkeit der Betriebe durch eine Art Selbstverwaltung vorsieht, dürfte aber nur gelingen, wenn Ungarn seinen Handel mit dem Westen und der gesamten nichtkommunistischen Welt weiter intensivieren und genügend westliche Devisen verdienen kann.

Ähnliches gilt, wenn auch mit anderen Akzenten, für die „DDR". Das Ostberliner Regime wird von manchen der „Bruderländer" schief angesehen, weil es durch den innerdeutschen Handel und die Bonner Kredite erhebliche Wettbewerbsvorteile hat und in gewissem Sinne das einzige Land der Welt ist, welches de facto Mitglied sowohl des RGW als auch der Europäischen Gemeinschaft ist (über den Handel mit der Bundesrepublik). Sogar die auf unbedingte Gefolgstreue zu Moskau eingeschworenen Bulgaren versuchen in *jüngster Zeit mit gewissen Reformansätzen vorwärtszukommen.*

Als „orthodoxe" Festung traditioneller kommunistischer Wirtschaftspolitik bleibt eigentlich nur die Tschechoslowakei. Hier gibt es keine nennenswerte Westverschuldung und offenbar von offizieller Seite auch kein Interesse, sei es im Außenhandel, sei es in der Außenpolitik, ähnliche Pfade zu betreten wie Ungarn, die „DDR" oder gar Rumänien.

Die Forderung der Sowjets nach Geschlossenheit stößt allerdings auf ökonomische Grenzen. Das große Sowjetreich mag – obwohl gerade Moskau auf westliche Technologie und amerikanisches Getreide angewiesen ist – eine Art Autarkie aushalten können. Die meisten kleinen Volkswirtschaften Osteuropas aber können ihre Modernisierung und *damit* ihre politisch-gesellschaftliche Stabilität nur dann verwirklichen, wenn sie sich auch weiterhin des Westhandels und der Westkredite bedienen können.

Das bedeutet nicht eine Abwendung dieser Länder von der Sowjetunion. Im Gegenteil: Alle kleineren RGW-Staaten benötigen sowjetische Energie- und Rohstofflieferungen. Die erhöhten sowjetischen Erdölpreise belasten diese Länder ebenso stark wie die Verschuldung im Westen.

Eine Wirtschaftsreform und die Verwandlung des RGW in eine wirklich „übernationale" Gemeinschaft dürfte diesmal in Moskau ebensowenig erreicht werden wie vor 13 Jahren in Bukarest. Denn die Voraussetzung dafür wäre eine große „übernationale" Reform. Dazu aber ist die Sowjetunion unter Tschernenko offensichtlich nicht bereit. Moskau will die Zügel anziehen – aber die osteuropäischen Führungen *können mit* Recht darauf hinweisen, daß gerade dies zu einer wirtschaftlichen und damit mittelbar auch politischen Destabilisierung ihrer Regime führen muß.

Stoiber: „DDR" wirtschaftlich einbinden

AP, München

Die Zukunft der Wirtschaft der Bundesrepublik liegt im Engagement in der Wirtschaft der „DDR" und des östlichen Wirtschaftsbündnisses RGW. Diese Ansicht vertrat der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Staatssekretär Edmund Stoiber, auf einer Veranstaltung der Jungen Union Bayern zur Deutschlandpolitik in Burghausen (Oberbayern). *Stoiber* erklärte, ein solches Engagement löse möglicherweise „Aufweichungsprozesse" im politischen System der „DDR" aus. In diesem Sinne rechtfertigte Stoiber die „pragmatische Deutschlandpolitik" der CSU, zu der auch der Milliarden-Kredit gehöre, an dessen Zustandekommen Ministerpräsident Franz Josef Strauß *maßgeblich mitgewirkt* habe.

In dem vorab veröffentlichten Text der Rede Stoibers heißt es: „Die weitaus höhere Effizienz unserer Wirtschaft, ihr höherer technischer und produktiver Standard sind dazu geeignet, bei konsequenter Einbindung der DDR jenseits der Elbe allmählich die Einsicht reifen zu lassen, daß eine zentral gelenkte Planwirtschaft niemals *eine* soziale Marktwirtschaft wird ein- oder gar überholen können."

Kopelew berichtet von Drohungen

DW. Köln

Der in Köln lebende russische Schriftsteller Lew Kopelew hat die Auffassung geäußert, Freunde des verbannten Bürgerrechtlers Sacharow im Westen würden durch Dro*hungen systematisch eingeschüchtert*. Damit, so sagte Kopelew gestern der Deutschen Presseagentur, solle die Diskussion um das Schicksal Sacharows gedämpft werden. Als Beispiel führte er an, der Astrophysiker und Menschenrechtler Cronid Lubarski, der nach fünf Jahren Lagerhaft seit 1977 in München lebt und die Zeitschrift „Neuigkeiten aus der UdSSR" herausgibt, sei mit dem Tode bedroht worden. Lubarski berichte in seiner in deutscher, englischer und russischer Sprache erscheinenden Zeitschrift über einen neuen GULag.

IAO zur Kürzung der Arbeitszeit

dpa, Genf

Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) spricht sich nicht gegen die Einführung der 35-Stunden-Woche aus, ist aber der Ansicht, daß die Probleme, die sich dabei stellen, „Sache eines jeden Mitgliedstaates" seien. Das geht aus einer während der Weltarbeitskonferenz in Genf veröffentlichten Mitteilung der Organisation hervor.

Mit dieser „*Klarstellung*" reagierte IAO-Generaldirektor Francis Blanchard auf die Diskussion, die seine Äußerung zur 35-Stunden-Woche in der vergangenen Woche ausgelöst hatte. *Blanchard hatte erklärt*, es sei eine „wenn nicht naive, so doch leichtfertige Logik", anzunehmen, durch die Verkürzung der Arbeitszeit die vorhandene Arbeit aufteilen zu können.

Metallstreik trifft auch Europas Autoindustrie

DW. Bonn

Die Auswirkungen des Streiks in der deutschen Metallindustrie für die *35-Stunden-Woche greifen zuneh*mend auf die europäische Autoindustrie über. Wie die Londoner „Financial Times" berichtete, sind die schwedischen Unternehmen Saab, Volvo sowie Scania *und die briti*schen Autofabriken Vauxhall und Leyland in Produktionsschwierigkeiten geraten, weil sie auf deutsche Lieferungen von Lenksystemen, Kolben und *Einspritzpumpen angewiesen* sind.

Wegen Materialengpässen mußte bereits ein Zweigwerk von General Motors im belgischen Antwerpen schließen. Die *Tochterunternehmen* von General Motors und Ford in Großbritannien stehen ebenfalls vor dem Problem, ihre Produktion in Kürze zu stoppen.

Die Streikstrategie der IG Metall, gezielt Zulieferunternehmen zu treffen, habe die Verwundbarkeit der europäischen Automobilhersteller *in krassem Licht gezeigt, meint die* „Finanical Times". Aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Japanern hätten sich die Autohersteller weitgehend dazu entschlossen, notwendige Ersatzteile *nur aus einer* gemeinsamen Quelle zu beziehen und ihre Ersatzteillager einzuschränken. Eine Rückkehr zum alten System sei aber ausgeschlossen, da es ökonomisch für die Unternehmen nicht zu verkraften sei.

Die deutschen Zulieferfirmen, deren Teile nicht oder nur schwer ersetzt werden können, sind die Zahn*radfabrik Friedrichshafen (ZF)*, Robert Bosch und Mahle. ZF ist der größte europäische Hersteller für Getriebe- und Lenksysteme. Bosch liefert Einspritzpumpen und andere *Elektronik. Mahle hat ein Monopol* für Kolben, die in die meisten hochtourigen europäischen Wagen eingebaut werden und zur Standardausrü*stung in allen Grand-Prix-Fahrzeu*gen gehören.

Diese drei Unternehmen waren mit die ersten Betriebe, die von der IG Metall seit Mai bestreikt werden. Die *mittlerweile verbreitete Nutzung der* Einspritzsysteme in deutschen und europäischen Autofabriken erkläre, so die „Financial Times", warum Firmen wie Daimler Benz, BMW, Audi, *Volvo und Saab so rasch von dem* Streik in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Viele Hersteller versuchten derzeit, mit Mischformen auszukommen oder *sich auf die Produktion von Autos* ohne Einspritzsysteme zu konzentrieren, um ihre Produktion bis Ende Juni, dem Anfang der Sommerpause, aufrechterhalten zu können. Wenn *sich auch danach noch keine Lösung* des Streiks abzeichne, drohe ein „Schneeballeffekt" – befürchtet die „Finanical Times".

rtr, München

Beim Automobilkonzern BMW sind seit Dienstag wegen des andauernden Arbeitskampfes in der Metallindustrie rund 40 000 der insgesamt *43 500 Beschäftigten ohne Arbeit.* Bislang waren nach Angaben des Unternehmens nur etwa 22 000 Arbeitnehmer betroffen gewesen. Neu hinzugekommen sind nun vorwiegend Angestellte. *Die noch beschäftigten* rund 3500 Mitarbeiter arbeiten zum größten Teil in den Niederlassungen und halten einen Notdienst in den Werken aufrecht.

Nach Angaben des Werks haben die Angestellten zunächst für eine Woche Urlaub genommen. Am Ende dieser Woche würden dann alle 40 000 Betroffenen bereits eine Woche ihres Werkurlaubs vorgezogen *haben.*

„Supermächte sollen abrüsten"

p. p. Bonn

Die Staatsführungen in China und Indien versuchen nach den Worten des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt offensichtliche eine Verbindung zwischen der Dritten Welt und den „kritischeren Teilen in Europa" herzustellen, um gemeinsam auf die beiden Großmächte USA und Sowjetunion „*Druck*" in Richtung Abrüstung auszuüben. Brandt, der gerade von einer Reise in die beiden Länder zurückgekehrt ist, zeigte sich beeindruckt davon, daß sich China wie Indien *ganz stark darauf einstellen*, „daß die endlich aufhören müssen" mit weiteren Rüstungsschritten. Wirtschaftlich sei für die Deutschen „gerade in Indien und China sehr viel mehr drin, als viele annehmen". Bei einem Essen mit KP-Generalsekretär Hu Yaobang sei eine Zusammenarbeit im Bereich der Kohleverflüssigung angesprochen worden, für die China im Gegenzug Buntmetalle liefern würde.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt.

Aus der Sackgasse

HH – Der steuerpolitische Obmann der Bonner Unionsfraktion, Ludolf *von Wartenberg, hat einen* Weg aus der Sackgasse aufgezeigt, in die die Diskussion um die „größte Steuerreform der Nachkriegszeit" geraten ist. Wenn Bund und Länder sich nicht auf eine Nettoentlastung der Steuerzahler durch Tarifkorrektur von reichlich 15 Milliarden Mark schon im Jahr 1986 einigen können, sollte das mehrheitlich in der Koalition favorisierte Tarifmodell T1 jeweils zur Hälfte 1986 und 1988 in Kraft treten. Zu den beiden Stichtagen erhielten alle Steuerpflichtigen jeweils die halbe Entlastung, und zwar sowohl nach absoluten Zahlen wie nach der Grenzbelastung.

Damit könnte nicht nur der Haupteinwand der Ländermehrheit, der die Reform angesichts ihrer Konsolidierungsbemühungen zu kostspielig erscheint, entkräftet werden. Zugleich würde eine sinnvolle Tarifkorrektur gerettet, wenn auch in einem finanzpolitisch weniger ehrgeizigen Doppelschritt. Da ohnehin geplant ist, die Gesamtreform auf einmal ins Gesetzblatt zu schreiben, ließe *sich im Wege einer* Mini-Novellierung „1988" durch „1987" ersetzen, also die zweite Stufe mit geringstem parlamentarischen Aufwand (ins Wahljahr) vor*ziehen, wenn konjunkturpolitischer* Handlungsbedarf bestehen oder sich zeigen sollte, daß die Haushaltsentwicklung bei *Bund und* Ländern den tieferen Griff in die öffentlichen Taschen ein Jahr früher ermöglicht oder rechtfertigt. Diese Hoffnung sollte man bis 1987 nicht aufgeben.

Risiko

hdt. – Heinz Nixdorf gilt in unserem Land als ein Erfolgsunternehmer ohne Beispiel. Das Vertrauen in ihn und sein Werk wurde in den letzten Tagen überdeutlich durch die Bereitschaft demonstriert, Aktien seines Unternehmens per Erscheinen zu zeichnen, bevor überhaupt der Einführungskurs an der Börse bekannt war. Die Kapitalanleger in der Bundesrepublik Deutschland sahen dabei offensichtlich kein Risiko. Ein solches war es allerdings, als vor gut drei Jahrzehnten die Rheinisch-Westfälischen Elektizitätswerke die ersten Gehversuche des damals noch jungen Physikstudenten mit 30 000 Mark vorfinanzierten und seinen Start damit erst ermöglichten. Ob sein Erfolg unter gleichen Bedingungen heute noch wiederholbar sei, wurde Heinz Nixdorf in diesen Tagen gefragt. Die Antwort des Unternehmers war überdeutlich: „Ja, aber nicht hier, sondern in den Vereinigten Staaten." Seine Zweifel an der Risikobereitschaft potentieller Kapitalgeber sollten mehr als nur *Denkanstöße geben.*

PRIVATE KRANKENVERSICHERUNG / Wende durch neue Gebührenordnung?

Marktposition wurde gut behauptet Kostenanstieg mehr als halbiert

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Obwohl die Entwicklung der Gesundheitskosten 1983 wesentlich günstiger verlaufen ist als in den Jahren zuvor, sind sich die privaten Krankenversicherer in der Bundesrepublik nicht sicher, ob das Jahresergebnis auf eine längerfristige Trendwende in der Kostenentwicklung hindeutet. *Dies* wird sich nach dem Rechenschaftsbericht des Verbands der privaten Krankenversicherer „ganz wesentlich davon abhängen, ob sich die seit Januar 1983 angewandte neue Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) auch über das Einführungsjahr hinaus stabilisierend auswirkt".

Als zusätzliche, die Kostenentwicklung mitbestimmende Faktoren,nennen der PKV-Vorsitzende Heinz Bach und Verbandsdirektor Christoph Uleer die möglichen gesetzlichen Rahmenbedingungen für die anderen Leistungsbereiche, insbesondere den Krankenhaussektor. Hier sei im Augenblick alles im Fluß, da noch nicht abgesehen werden könne, wie sich die von der Bundesregierung jüngst beschlossene Verordnung zum Abbau der Doppelzahlungen der Privatpatienten im Krankenhaus auswirkt. Dem Privatpatienten, der seinen Arzt im Krankenhaus direkt bezahlt, wird danach künftig zum Ausgleich der Pflegesatz bundeseinheitlich um sieben Prozent gekürzt. Der Arzt muß aber 50 Prozent mehr, nämlich 10,5 Prozent, zugungsten des Pflegesatzes abführen.

Die PKV kritisiert hier bei aller grundsätzlichen Zustimmung zu dieser Verordnung, daß diese Regelung auf eine Subventionierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) hinausläuft. Die PKV fordert deshalb, die Kostenerstattung der Chefärzte auf die maximal tatsächlich entstehenden Kosten, nämlich sieben Prozent, zu begrenzen.

Als wichtig wird in dem Zusammenhang die Neuordnung der Krankenhausfinanzierung angesehen. Die PKV werde im Interesse ihrer Versicherten darauf drängen, als gleichberechtigter Partner sowohl an der Bedarfsplanung als auch an den Pflegesatzverhandlungen beteiligt zu sein.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich 1983 der Kostenanstieg im Gesundheitswesen von 6,4 auf rund drei Prozent mehr als halbiert. Die Kostendämpfung ist in allen Leistungsarten eingetreten, am deutlichsten jedoch bei den Arztkosten, die freilich auch zuvor den stärksten Zuwachs zu verzeichnen hatten. Nach einer Auswertung von repräsentativ ausgewählten Arztrechnungen berechneten die meisten Ärzte den sogenannten Schwellenwert (nach der neuen GOÄ) (das 2,3fache des einfachen Kassensatzes für persönliche und das 1,8fache für technische Leistungen), nämlich rund 79 bzw. 85 Prozent der niedergelassenen Ärzte, bzw. 70 und 77 Prozent der Chefärzte. Von den niedergelassenen Ärzte blieben bei persönlichen Leistungen 16,6 Prozent unter und 4,5 Prozent über dem Schwellenwert mit obligatorischen Begründungen für das Überschreiten des Schwellenwertes. Bei den technischen Leistungen waren 4,3 Prozent unter und 10,4 Prozent über dem Schwellenwert geblieben.

Auch der Anstieg der Krankenhaus-Pflegesätze hat sich beruhigt, liegt aber noch immer über der Preissteigerungsrate. Die Erhöhung ist außerdem auf Wahlleistungszuschläge sowie auf die Leistungsausweitung infolge Zunahme der Versicherungsbestände zurückzuführen.

Insgesamt wuchsen die Gesamtaufwendungen der Versicherer für Versicherungsfälle, Beitragsrückerstattung und Zuführung zur Alterungsrückstellung um 7,7 (11,4) Prozent auf 12,2 Mrd. DM. Dem stand ein Zuwachs des Beitragsaufkommens aus kostenbedingten Prämienerhöhungen der Vorjahre, Ausweitung des Versicherungsbestands und Verbesserung des Versicherungsschutzes von 6 (9,6) Prozent auf 12,6 Mrd. DM gegenüber. Das bedeutet, daß 1983 von 100 DM Beitragsaufkommen über 96 (94,30) DM an die Versicherten zurückgeflossen sind.

Privat-, voll- oder zusatzversichert waren Ende 1983 über 9,25 Millionen Bürger, vollversichert allein 5,08 (5,02) Millionen Personen. Das waren durch Befreiungsversicherungen und Übertritte aus der GKV rund 56 000 (76 000) mehr als Ende 1982.

UMWELTFREUNDLICHE AUTOS

Bonner Minister suchen eine Steuer-Begünstigung

HEINZ HECK, **Bonn**

Heute suchen die Minister Dollinger, Stoltenberg, Zimmermann und – in Vertretung für Graf Lambsdorff – Staatssekretär Schlecht nach einer Lösung für die steuerliche Begünstigung umweltfreundlicher Autos. Das Kabinett will am 3. Juli eine Entscheidung treffen, die nach den Vorstellungen des Finanzministers in jedem Fall aufkommensneutral sein soll. Der Bundesregierung ist auch aus konjunkturpolitischen Überlegungen an einer raschen Entscheidung mit Blick auf 1986 gelegen, da die seit Monaten herrschende Unsicherheit bereits zu Attentismus bei Käufern und Herstellern geführt hat.

Zimmermanns Pläne, dem Käufer umweltfreundlicher Autos durch Erstattung von 1000 oder gar 1500 Mark einen plakativen Anreiz zu geben, stoßen bei den übrigen Ressorts auf massivsten Widerstand. An dieser Frage sind auch die vorangegangenen Gespräche auf Abteilungsleiter- und Staatssekretärsebene gescheitert. Für die Ablehnung war nicht nur der zu erwartende Milliarden-Aufwand ausschlaggebend, sondern auch die „ungeheure Präjudizwirkung", wenn für die Anschaffung eines Konsumguts eine Subvention gezahlt wird.

Da alle Anreize auch EG- und Gatt-konform sein müssen, hätte dies bedeutet, daß zum Beispiel auch für den Kauf japanischer Autos eine Prämie aus der Staatskasse gezahlt worden wäre.

Unumstritten ist die geplante Befreiung von der Kfz-Steuer für fünf oder sieben Jahre sowie eine „Spreizung" der Mineralölsteuer. Da die Produktionskosten für bleifreies Benzin etwa drei Pfennig je Liter höher liegen als für verbleites, soll auch die Steuerdifferenz drei Pfennig betragen, um von dieser Seite die Voraussetzung für Preisgleichheit zu schaffen (allerdings könnte die Marktentwicklung auch zu anderen Preisverläufen führen). Schließlich wird erwogen, ob man dem Schweizer Beispiel folgen und ab 1986 in der Bundesrepublik den Verkauf bleihaltigen Normalbenzins verbieten soll. *Dies bedarf noch der Erörterung* mit der Industrie und der EG.

Da einschlägiges EG-Recht auch für die Bundesrepublik verbindlich ist, kann Bonn ab 1986 nicht die Herstellung allein umweltfreundlicher Autos vorschreiben. So wie ausländische, zum Beispiel französische und italienische Hersteller den deutschen Markt weiter mit herkömmlichen Modellen beliefern dürfen, gilt das auch für deutsche Produzenten. Nur auf freiwilliger Basis ist in den nächsten Jahren eine Umstellung möglich. Andererseits darf der staatliche Steuervorteil lediglich die Mehrkosten in der Anschaffung und Unterhaltung in etwa ausgleichen, da sonst Hersteller konventioneller Fahrzeuge gegen die Einführung nicht-tarifärer Handelshemmnisse in der Bundesrepublik Sturm laufen würden und beim Europäischen Gerichtshof mit Klagen sicherlich Erfolg hätten.

Gefahr in Südostasien?

Von KAREN SÖHLER

Die Zeichen, die Lateinamerika und die internationale Finanzwelt vor der wachsenden Verschuldungskrise hätten warnen können, wurden von Gläubigern und Schuldnern übersehen. Konsequenz der Kurzsichtigkeit ist ein Schuldenberg von rund 350 Milliarden Dollar. In Konferenzen bemühen sich nun Banken, Regierungen und supranationale Institutionen um langfristige Umschuldungen.

Während Gläubiger und Schuldner nach einem Weg aus den Liquiditätsschwierigkeiten suchen, fragen sich Finanzexperten, ob eine vergleichbare Krise in einer anderen Region auftreten könnte. Der Blick fällt auf das mit über 120 Milliarden Dollar im Ausland verschuldete Südostasien. Vor allem aufgrund der überdurchschnittlichen Wachstumsraten in den letzten zehn Jahren veranlaßt dieser Raum Unternehmen zu Investitionen und Banken zu größeren Kreditvergaben. Doch ob sich aus diesem Umstand ableiten läßt, daß Südostasien – Philippinen, Indonesien, Singapur, Malaysia, Thailand, Hong Kong, Taiwan und Korea – eine Verschuldungskrise droht, läßt sich nur beurteilen anhand der Faktoren, die die lateinamerikanische Krise ausgelöst haben.

Verantwortlich für die heutigen finanziellen Probleme des Subkontinents ist eine Kombination aus äußeren wirtschaftlichen Einflüssen und der lateinamerikanischen Mentalität. Einerseits verfügten die internationalen Banken aufgrund der Überschwemmung mit Petro-Dollar über eine ungewöhnliche Liquidität und vergaben entsprechend großzügig Kredite. Der Dollarkurs rutschte bis Ende der siebziger Jahre unter die Zwei-Mark-Grenze, die Kapitalmarkt-Zinsen bewegten sich auf niedrigem Niveau. Der Erdölimport verbrauchte im Vergleich zu heute wenig Devisen, während verhältnismäßig hohe Rohstoffpreise gute Deviseneinnahmen sicherstellten.

Andererseits machten die Lateinamerikaner die günstige Konstellation und die hohen Wachstumsraten der vergangenen Jahre zur Grundlage ihrer Ausgabenpolitik. Entwicklungsstrategien und -tempo erforderten viel Kapital, das die internationalen privaten Banken – Nachfrager suchend – gern zur Verfügung stellten.

Könnte ein Zusammentreffen dieser Umstände sich in Südostasien wiederholen? Im Hinblick auf die äußeren Umstände muß die Frage sicherlich bejaht werden. Daß die Situation heute die Ausgangslage der siebziger Jahre spiegelverkehrt darstellt, abgesehen von der allgemeinen wirtschaftlichen Erholung, spielt keine Rolle. Erstens müssen Rechnungen auf der heutigen Grundlage längst nicht realistischer sein. Zweitens wäre durchaus denkbar, daß die Banken in mehreren Jahren über eine mit den siebziger Jahren vergleichbare Liquidität verfügen. Und dann würden sie die Länderrisiken möglicherweise erneut zu wohlwollend prüfen.

Anders ist es mit den internen Ursachen der lateinamerikanischen Verschuldungskrise. Sie scheinen mit dem Subkontinent verwurzelt zu sein. Ein wesentlicher Unterschied resultiert daraus, daß die südostasiatischen Staaten kleiner und überschaubarer sind. Daher ist die Gefahr geringer, daß sie ihre Ressourcen überbewerten. Natürlich zählen Kautschuk, Zinn, Holz, Kupfer, Palmenöl, Kopra und Kokusnuß in dieser Region zu den bedeutenden Devisenquellen. Zusätzlich jedoch bemühen sich die Länder seit Jahren um exportorientierte Industrien. Auslandsinvestitionen werden unter diesem Gesichtspunkt gesucht und überprüft.

Das Verhältnis der Exporte zum Bruttoinlandsprodukt beweist die Strategie: Während die Ausfuhren in Südostasien mindestens 30 Prozent der nationalen Wertschöpfung ausmachen, in Singapur sogar über 200 Prozent, liegt diese Quote bei den Lateinamerikanern unter 20 Prozent – in Argentinien und Brasilien unter zehn.

Darüber hinaus bürge, meint ein Sprecher der European Asian Bank, Hamburg, die fernöstliche Mentalität für mehr Sicherheit. Die Länder seien stark in ihren Traditionen verhaftet und ahmten daher nicht westliches Konsumverhalten – wie die Lateinamerikaner – nach. Entwicklungsstrategien seien langfristig angelegt.

Solche Gesichtspunkte sprechen gewiß für eine kontinuierliche Entwicklung. Dennoch ist die vorsichtigere, abwägendere Strategie der südostasiatischen Staaten keine Garantie dafür, daß sich die Banken ebenso verhalten.

AUF EIN WORT



„MBB ist ein Unternehmen der Spitzentechnologie. Technologie ist für uns allerdings nicht die einzige Unternehmensaufgabe. Aufgabe des Unternehmens ist es auch, eine hinreichende Rendite zu erwirtschaften."

Dr. Hanns Arnt Vogels, Vorsitzender der Geschäftsführung der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, Ottobrunn FOTO: FRANK MÄCHLER/DPA

IWF-Auflagen zurückgewiesen

AP, **Buenos Aires**

Argentinien hat nach einer Meldung der Tageszeitung „Clarin" in einer Absichtserklärung an den Internationalen Währungsfonds (IWF) die Rückzahlung seiner Auslandsschuld von einer Lockerung der Einfuhrbeschränkungen der Industriestaaten abhängig gemacht und wesentliche Auflagen des IWF zurückgewiesen. Die Abgabe der Absichtserklärung über die verfolgten wirtschaftspolitischen Ziele ist eine Vorbedingung für Verhandlungen über die Umschuldung der argentinischen Auslandsschulden von 43,6 Milliarden Dollar.

Die Zeitung berichtete, eine Gruppe von Unterhändlern des IWF habe sowohl den politischen Inhalt der Erklärung als auch die verkündeten ökonomischen Ziele abgelehnt.

EUROMARKT

Schlesinger: Kontrolle soll neue Expansion bremsen

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Für eine geldpolitische Kontrolle des Euromarktes sprach sich Bundesbankvizepräsident Helmut Schlesinger aus. Vor dem Centre International d'Etudes Monétaires et Bancaires in Zürich sagte Schlesinger gestern, man sollte die monetäre Expansion am Euromarkt nicht sich selbst überlassen, weil der Wettbewerb der Banken zu einer Überexpansion tendiere.

Ihn würde es nicht weiter überraschen, wenn sich die Banken bei ersten Anzeichen einer Besserung der Lage *hochverschuldeter Länder* – wenn auch vielleicht nicht in Lateinamerika – wieder die Türklinke in die Hand drückten. Unter Hinweis auf Klagen internationaler Banken über einen „Anlagenotstand" und auf Berichte, daß einigermaßen solvente oder wieder solvent gewordene Entwicklungs- und Schwellenländer mit Kreditangeboten bedrängt werden, meinte der Bundesbankler, wenn sich die Staaten nicht zu gemeinsamen Kontrollmechanismen bereitfänden, sei zu befürchten, daß „jedes Lehrgeld, das jetzt bezahlt wird, umsonst gewesen ist".

Schlesinger warnte vor der Gefahr, daß wieder eine internationale Kreditausweitung größten Umfangs betrieben wird, bei der die meisten Risiken auf Schuldner abgeladen werden, die zu schwach seien, Liquiditäts-, Zinsänderungs- und Wechselri*siken zu tragen. Nur das Solvenzrisiko* bleibe beim Kreditgeber. Mögliche Versuche, dieses Risiko letzten Endes auf die inländischen Bankkunden oder zumindest indirekt auf den Steuerzahler abzuwälzen, gehörten nicht zur „Geschäftsgrundlage" und widersprächen Bekundungen marktwirtschaftlicher Prinzipientreue.

MUSIK-BRANCHE

Ariola und RCA Records streben eine Fusion an

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Die Bertelsmann-Tochter Ariola und die zum US-Mediengiganten RCA gehörende RCA Records streben eine Fusion an. Ziel des Zusammenschlusses ist es nach Angaben beider Unternehmen, das weltweite Tonträger-, Musikverlags- und Musikvideogeschäft gemeinsam zu betreiben. Monti Lüftner, im Bertelsmann-Vorstand *zuständig* für den Musikbereich, geht davon aus, daß die „Real-Fusion" bis Ende dieses Jahres vollzogen wird. Derzeit existierten lediglich Absichtserklärungen. Die endgültige Zustimmung der Vorstands- und Aufsichtsgremien stehe ebenso noch aus wie die kartellrechtlichen Genehmigungsverfahren.

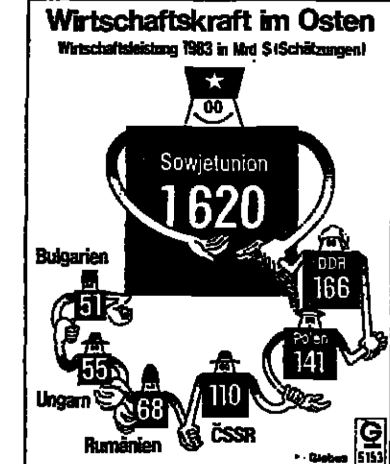
Bertelsmann verspricht sich von dem Zusammengehen mit RCA eine stabilere wirtschaftliche Basis für das Musikgeschäft. Die Weiterentwicklung hin zum Audiovisuellen erfordere eine zunehmende Internationalisierung, um weiterhin wettbewerbsfähig operieren zu können. Einzelheiten der angestrebten Fusion wollte Lüftner noch nicht mitteilen. Es bestehe aber Einverständnis darüber, daß die bisherigen Firmenstrukturen und Entscheidungsbefugnisse im kreativen Bereich beibehalten werden. Gemeinsam genutzt werden sollen dagegen die Servicebereiche, also Herstellung, Auslieferung und Administration.

Das fusionierte Unternehmen würde einen Umsatz von rund 1,4 Milliarden Mark repräsentieren. Davon entfiele auf Ariola etwa 400 Millionen Mark. RCA und Bertelsmann be*treiben in den USA bereits gemein*sam die Schallplattenfirma Arista. Sie soll in die Neukonstruktion mit einbezogen werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Kartellamt untersagt Berliner Glasfaser-Projekt

Berlin (dpa/VWD) – Das Bundeskartellamt hat den fünf führenden deutschen Kabelherstellern eine geplante Zusammenarbeit in der Glasfaser-Produktion in Berlin untersagt. Für die Untersagung des Gemeinschaftsprojekts der Firmen AEG, Philips, Siemens, Kabelmetall und SEL, in Berlin gemeinsam die Produktion von Glasfasern aufzunehmen, nennt das Bundeskartellamt im wesentlichen vier Gründe. Die Zusammenarbeit der fünf Unternehmen im Glasfaser-Sektor bedeute eine Verstärkung der marktbeherrschenden Stellung des bestehenden Kabel-Oligopols, das bei herkömmlichen Kabeln schon über einen Marktanteil von 90 Prozent verfüge. Zum zweiten sei in der Zusammenarbeit eine Fortsetzung des alten Fernmeldekabel-Kartells mit anderen Mitteln zu sehen. Außerdem stelle die Zusammenarbeit der fünf Großen eine Barriere für andere potentielle *Wettbewerber dar; der Technologie-*Wettbewerb werde bei der Glasfaser-Herstellung durch die Zusammenarbeit der Fünf behindert.



Die beherrschende Wirtschaftskraft unter den Comecon-Staaten ist die Sowjetunion mit einem Bruttosozialprodukt, das dreimal so groß ist wie das aller übrigen Comecon-Staaten zusammen. Auf dem zweiten Rang nach der Sowjetunion (1620 Mrd. Dollar) folgt die „DDR" mit 166 Mrd. Mrd. Dollar.

QUELLE: GLOBUS

Einspruch einlegen

Bonn (HH) – Steuerzahler, die in den nächsten Tagen und Wochen ihren Einkommensteuerbescheid für 1983 erhalten, sollten gegen die darin festgesetzte Investitionshilfeabgabe Einspruch einlegen, rät der Bund der Steuerzahler. Wer dies unterlasse, habe keinen Anspruch auf vorzeitige Rückerstattung, wenn das Bundesverfassungsgericht die Abgabe als verfassungswidrig verwerfen sollte. Er müsse dann „mindestens bis 1990" auf die Rückzahlung der Abgabe warten. Die Finanzämter seien angewiesen, die auf die Verfassungswidrigkeit der Abgabe gestützten Einsprüche bis zum Spruch der Karlsruher Richter zurückzustellen, hat der Bund der Steuerzahler erfahren.

US-Wachstum vier Prozent

New York (VWD) – Mindestens vier Prozent wird nach Meinung der Wirtschaftsforscher des Conference Board 1984 das reale Wachstum in den USA betragen. Einige hielten sogar eine reale Steigerung des Bruttoinlandprodukts von *mehr* als *fünf* Prozent für möglich. Unsicherheit bestehe jedoch über die Wachstumsmöglichkeiten 1985 und den folgenden Jahren. Mit großer Besorgnis werde nach wie vor die Zinsentwicklung beobachtet. Ein weiterer Anstieg könne das Wachstum gefährden.

Nixdorf bei 490 Mark

Düsseldorf (Py.) – Nach einem Umsatz von 52 000 Stück, für die Aufträge aus dem In- *und* Ausland *kamen*, wurde der erste amtliche Kurs der gestern eingeführten Nixdorf-Aktie auf 490 DM je 50-DM-Aktie festgesetzt. Wie die Rheinisch-Westfälische *Börse zu Düsseldorf als „Heimatbörse"* der neuen Aktie mitteilte, sind 180 Mill. DM Vorzugsaktien der Nixdorf-Computer AG, Paderborn, zum Handel und amtlicher Notierung zugelassen *worden. Davon waren dem priva*ten Publikum in den letzten Tagen rund 72 Mill. DM zum Preis von 380 DM je Aktie zum Kauf angeboten und deutlich überzeichnet worden. Die Ak*tien sind für 1984 voll dividenden*berechtigt. Für 1982 waren 8 DM je 50-DM-Aktie ausgeschüttet worden, für 1983 sind es 9 DM.

FIRST CHICAGO

An Continental kein Interesse

dpa/VWD. Chicago

Die First Chicago Corp. hat sich als möglicher Interessent für die in *schweren Finanzschwierigkeiten* befindliche und ebenfalls in Chicago ansässige Continental Illinois Corp. zurückgezogen. In New Yorker Börsenkreisen wird in diesem Zusammen*hang auf den starken Kursverlust für* die Aktien der First Chicago verwiesen. Die Papiere waren seit der Übernahme-Ankündigung des großen Rivalen stark gefallen. In Bankenkreisen wird spekuliert, daß die First Chicago wieder Interesse zeigen könnte, falls die staatliche Bankenversicherung FDIC verspricht, dem Käufer der Continental finanzielle Zugeständnisse zu machen. Der bisher einzige andere potentielle Käufer ist die New Yorker Chemical Bank.

SCHWEDEN / Stahlindustrie profitierte von Kronen-Abwertung im Herbst 1982 und Produktivitätsverbesserungen

Hersteller erzielten beste Rendite seit neun Jahren

R. GATERMANN, Stockholm

Während die Stahlbranche in den meisten westlichen Industrieländern weiterhin tief in der Krise steckt, verbuchte die schwedische Stahlindustrie 1983 als das „aus wirtschaftlicher Sicht beste aller neun Krisenjahre". *Die Ursachen für diese international* keineswegs normale Entwicklung sind die drastische Abwertung der Schweden-Krone im Herbst 1982 um 16 Prozent und die spürbare Pro*duktivitätssteigerung* der Unternehmen aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen.

Die Krise ist allerdings auch für die Schweden noch nicht überwunden, *die Stahlhersteller leiden weiterhin* unter einer völlig unzureichenden Rentablität, die sich so lange nicht wesentlich verbessern werde, wie das derzeitige Ungleichgewicht zwischen *Angebot und Nachfrage weiter bestehe*, heißt es im Jahresbericht des Jernkontoret, dem Zusammenschluß der schwedischen Eisen- und Stahlproduzenten.

In den 70er Jahren gehörten die schwedischen Eisen- und Stahlhütten neben Werften und Gruben zu den größten Subventionsempfängern des Staates. Insgesamt waren es von 1975 bis zum Haushaltsjahr 1981/82 ungefähr 1,45 Mrd. DM oder 17,8 Prozent der Lohngruppe. Dieser Betrag kam jedoch fast ausschließlich den Massenstahlherstellern zugute, während im Spezialstahlsektor die Lage nicht ganz so kritisch war. Inzwischen ist die Sanierung in dem einen Bereich abgeschlossen und in dem anderen (Edelstahl) eingeleitet. Produktionsstätten wurden zusammengelegt und durch Neuinvestitionen, Qualitätssteigerungen und Produktivitätsverbesserungen erzielt.

1982 trat die Wende ein, es wurde die beste Rendite seit 1974 erwirtschaftet, 1983 – die endgültigen Zif*fern liegen noch nicht vor – dürfte* eine weitere Verbesserung bringen. Aber, so betont das Jernkontoret, der Aufschwung begann auf einem niedrigen Niveau. Im Durchschnitt von *1973/74 bis 1982 lag die Rendite* auf das totale Kapital bezogen bei minus 0,5 Prozent jährlich, während 13 bis 15 Prozent innerhalb eines Konjunkturzyklus als die unterste akzeptable *Grenze angesehen werden. Selbst im* letzten „richtigen Hochkonjunkturjahr" 1974, als die Regierung glaubte, mit einer Gewinnabschöpfung eingreifen zu müssen, erreichte die Stahlbranche lediglich eine Rendite von zwölf Prozent. 1982 wies man plus 0,7 Prozent aus. Unter der Voraussetzung, daß weltweit Angebot und Nachfrage in Balance gebracht werden, was auch eine Normalisierung der Preissituation zur Folge hätte, glaubt die schwedische Stahlindustrie für den internationalen Wettbewerb gut gerüstet zu sein.

Schweden produzierte im letzten Jahr 4,21 Mill. Tonnen Rohstahl, 7,9 Prozent mehr als 1982, aber 30 Prozent weniger als 1974. Der Export stieg im vergangenen Jahr auf die Rekordhöhe von 2,15 Millionen, für Massenstahl wurden fast plus 17 Prozent und für Spezialstahl plus neun Prozent verbucht, bei Röhren, die nicht den beiden Gruppen zuteilbar sind, waren es minus sechs Prozent. Selbst in die EG, die unter starken Produktionseinschränkungen leidet und normalerweise schon rund 60 Prozent des schwedischen Stahlexports abnimmt, steigerten die Nordeuropäer ihre Lieferungen gegenüber dem Vorjahr um 15 Prozent. Dafür sorgte in erster Linie der Massenstahl (plus 22 Prozent).

Im übrigen erzielte Schweden in Osteuropa mit plus 55 Prozent die größte regionale Steigerung, alleine die Sowjetunion nahm doppelt soviel wie im Vorjahr ab. Nach Nordamerika wurden 16 Prozent mehr als 1982 geliefert.

Auch auf dem Binnenmarkt bauten die schwedischen Hütten ihre Position aus. Die Gesamtnachfrage stieg um drei Prozent auf 2,98 Mill. Tonnen, zur Bedarfsdeckung trugen die schwedischen Produzenten mit 1,3 Mill. (plus 14,3 Prozent) und das Ausland mit 1,68 Mill. (minus 4,3 Prozent) bei. Der Einfuhrrückgang ging in erster Linie auf das Konto des Massenstahls (minus sechs Prozent), was wiederum hauptsächlich die EG (minus acht Prozent) und hier vor allem die Bundesrepublik Deutschland betraf. Beim Spezialstahl konnten die Ausländer ihre hohe Quote von 1982 halten, die Schweden stockten jedoch ihre Lieferungen um neun Prozent auf.

Angesichts der guten Auftragsentwicklung in der metallverarbeitenden Industrie Schwedens und einigen an*deren Ländern rechnet das Jernkon*toret auch 1984 mit einer günstigen Produktionsauslastung. Sorge bereiten ihm jedoch die unzulänglichen Preise.

ITALIEN / Staatskonzern Eni gibt Saipem-Aktien ab

Börsenzulassung in Mailand

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die Anlagebautochter des staatlichen italienischen Energiekonzerns Eni, Saipem SPA in Mailand, wird im September dieses Jahres zur Börsen*notiz an der Mailänder Börse zugelassen*. Anschließend ist die Börseneinführung an der New York Stock Exchange geplant. Das kündigte Eni-Präsident Franco Reviglio an. Saipem *ist die erste Eni-Tochter, die an* die Börse kommt. Weitere Tochtergesellschaften des Energiekonzerns sollen in den nächsten Monaten folgen.

Als ersten Schritt zur Börsennotiz emittiert Saipem Anfang Juli 30 Millionen Aktien zum Preis von 4150 Li*re (etwa 6,70 DM) je Aktie, womit* 124,5 Mrd. Lire in die Kassen der Gesellschaft fließen werden. Gegenwärtig ist das Unternehmen 100prozentig im Besitz des Eni-Konzerns. Nach der *Kapitalaufstockung* beträgt der Anteil noch 80 Prozent. Ein weiterer Abbau der Eni-Quote ohne Verzicht auf die Majorität ist im Rahmen der Börseneinführung in New York vorgesehen. Der Gang auf den US-Kapitalmarkt wird von dem Eni-Management als notwendig angesehen, um den wachsenden Finanzierungsbedarf der Tochter zu decken.

Saipem gehört weltweit zu den drei größten Anlage- und Rohrverlegungsgesellschaften im Energiebereich. *Sie ist die einzige, die in allen* Sparten tätig ist: im Anlagebau, in der Verlegung von Pipelines und in der Erdgas- und Erdölbohrung. Im Anlagebau auf dem Festland steht sie weltweit an der Spitze vor der deutschen Mannesmann, die halb so große Kapazitäten aufweist. Im Bau von Meeresplattformen und Pipelines ist Saipem drittgrößter nach der US-Firma Mc Dermott und der holländischen Nacap, während sie in der *Bohrtätigkeit den zweiten (Festland)* bzw. den 25. Platz (Off-shore) bekleidet.

Das Unternehmen hat seit seiner Gründung *im Jahre 1970* jedes Jahr mit Gewinn abgeschlossen: In den letzten fünf Jahren als einziges der Branche mit steigenden Erlösen trotz schwieriger internationaler Konjunktur. Im Jahre 1983 erzielte Saipem *mit einem um 30,7 Prozent auf* 1424 Mrd. Lire gestiegenen Umsatz (davon über zwei Drittel im Ausland) einen Gewinn von 36 Mrd. Lire. Davon wurden 60 Prozent ausgeschüttet.

OECD-STUDIE / Industrialisierung der Landwirtschaft

Wachsende Überschüsse

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Innerhalb von nur zwei Jahrzehnten hat sich die Landwirtschaft in den meisten westlichen Industriestaaten „radikal" verändert. Nach Angaben der OECD wurden immer mehr arbeitsintensive Kleinbetriebe von kapitalintensiven großen Produktionseinheiten verdrängt. Gleichzeitig erfolgte eine fortschreitende Industrialisierung der Agrarproduktion. Aus der Landwirtschaft wurde die agroalimentäre Wirtschaft.

*Eine wichtige Folge dieser Revolu*tion ist nach Angaben der OECD die zunehmende Importabhängigkeit dieses Sektors von Investitionsgütern, Grundstoffen (Mineralölprodukte, *Düngemittel*) und *Halbfabrikaten* (Lebensmittelindustrie). Gleichzeitig zwingt der Agrarexport zu neuen Methoden. Für die Erschließung der Auslandsmärkte ist ein fast industrielles Marketing erforderlich.

Dies um so mehr, als die meisten *OECD-Länder inzwischen mehr Le*bensmittel produzieren als sie für ihren heimischen Markt benötigen. Diese Produktionsüberschüsse führen nach Ansicht der OECD-Experten zu Unsicherheitsfaktoren auf den internationalen Märkten für Grundprodukte. Das bringt Spannungen im Agraraußenhandel mit sich und belastet die Staatsbudgets (Subventionen).

Aber auch die Beschäftigungsstruktur in der Landwirtschaft hat sich verändert. Immer mehr Landwirte üben inzwischen einen Zweitberuf aus, wodurch sich die wirtschaftliche und soziale Struktur der Agrarregionen wesentlich verändert, *heißt es in dem Bericht. Auch nimmt* der Anteil der Lebensmittelindustrie am gesamten agroalimentären Umsatz zu. Für die Landbevölkerung bedeutet das vor allem eine Verminderung ihres Einkommensrückstands gegenüber der eigentlichen Industriebevölkerung.

FIAT AUTOMOBIL AG / Pkw-Marktanteil behauptet

Flotte Fahrt der Transporter

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Fiat Automobil AG, Heilbronn, deutsche Vertriebsgesellschaft des italienischen Fiat-Konzerns und zugleich größter Pkw-Importeur in der Bundesrepublik, sieht dem Geschäftsjahr 1984 mit Optimismus entgegen. Begründet wird dies mit einer *erwarteten weiteren Steigerung des* Automobilmarktes und den „enormen Anstrengungen unseres Stammhauses" im Hinblick auf die Erneuerung und Überarbeitung der Modellpalette.

In 1983 lag der Fiat-Marktanteil bei den Neuzulassungen von Pkw und Kombi in der Bundesrepublik bei 4,2 (1982: 4,3) Prozent. Die Fiat Automobil AG hatte ihre Verkäufe im vergangenen Jahr um 12,6 Prozent auf insgesamt 197 443 Einheiten (Fiat-Pkw -Transporter sowie Lancia) gesteigert. Dabei konnte Fiat freilich im Pkw-Sektor (plus 9,9 Prozent) das Marktwachstum (plus 12,5 Prozent) nicht ganz mitmachen. Als Begründung wird im Geschäftsbericht die Verschiebung der Marktgewichte zu den höheren Klassen angeführt. Beim Transporter-Absatz (7800 Stück) übertraf Fiat (plus 44 Prozent) sein Vorjahresresultat dagegen wesentlich.

Der Außenumsatz des Teilkonzerns der Fiat Automobil AG stieg im Berichtsjahr um 19,6 Prozent auf 1,28 Mrd. DM. Der Rohertrag verringerte sich indessen um 2 Prozent, was die *Verwaltung mit dem Hinweis verbin*det, daß die Preissteigerungen bei den Einstandskosten nur teilweise weitergegeben werden konnten. Der Jahresüberschuß der Fiat Automobil AG reduzierte sich deutlich auf 6,6 (20,1) Mill. DM. Aus dem Bilanzgewinn von 7,0 (17,3) Mill. DM werden 6,9 (17,0) Mill. DM an die Muttergesellschaft ausgeschüttet. Das Aktienkapital der Vertriebstochter, die gut 1000 Mitarbeiter beschäftigt, beträgt 95 Mill. DM.

SCHWEIZ / Rechtshilfe bei Steuerdelikten

Vom Nationalrat abgelehnt

IRENE ZÜCKER, Genf

Die Schweiz wird sich auch in Zukunft nicht verpflichten, nach Europarat-Vereinbarungen anderen europäischen Ländern bei Steuerbetrug automatisch Rechtshilfe zu leisten. Nach einer heftigen Debatte nahm der Nationalrat in Bern das Zu*satzprotokoll Nr. 99 zum europäi*schen Übereinkommen über Rechtshilfe in Strafsachen nur mit dem Vorbehalt an, daß bei Steuerdelikten für die Schweiz keine Pflicht zur Rechtshilfe besteht.

Diese Entscheidung ist kaum überraschend, da es die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat gegen den Willen der Regierung ablehnte, auch bei fiskalischen Delikten sogenannte kleine Rechtshilfe zu gewähren. Dazu gehört die Herausgabe von Beweismitteln, Zeugeneinvernahme, nicht aber die Auslieferung von Beschuldigten.

Die Regierung hatte den beiden Kammern des Parlaments vorgeschlagen, das Protokoll Nr. 99 mit dem Vorbehalt zu ratifizieren, daß Rechtshilfe nur bei Fiskalbetrug, das heißt bei besonders schwerwiegenden Steuerdelikten zu gewähren sei. Justizminister Friedrich erklärte vor der Großen Kammer, daß man damit nur einen kleinen Schritt weiterginge als das seit 1983 angewendete Bundessgesetz über internationale Rechtshilfe in Strafsachen. Darin ist verankert, daß die Eidgenossenschaft bei Fiskaldelikten Rechtshilfe gewähren kann, jedoch nicht muß. Weiter hatte die Regierung dafür plädiert, Verpflichtungen des Zusatzprotokolls *nur so weit zu übernehmen, als* die fiskalisch strafbare Handlung einen Abgabebetrug nach schweizerischer Gesetzgebung darstelle.

Die bürgerliche Mehrheit will offenbar im Hinblick auf andere Verhandlungen – über Doppelbesteuerungsabkommen – nicht freiwillig und vorzeitig eine Trumpfkarte aus der Hand geben.

TH. GOLDSCHMIDT / Dividende voll verdient

Struktur hat sich gewandelt

HANS BAUMANN, Essen

Von der Mischmetallproduktion hat man sich Anfang 1984 getrennt. Im Geschäftsjahr 1983 schon ging eine Beteiligung an der Fugendichtstoffproduktion an Bayer, und die Sparte Kunststoffe wurde nach Schweden verkauft. Damit hat die Th. Goldschmidt AG Chemische Fabriken, Essen, ihren Umstrukturierungsprozeß zum Spezialisten praktisch vollendet, was nicht heißt, daß *hier und dort nicht weitere Korrekturen* vorgenommen werden könnten.

Daß die Verwaltung daran denkt, beweist die hohe Liquidität von fast 68 (51) Mill. DM, die nur kurzfristig angelegt wurde, um jederzeit verfügbar zu sein. Auch die offenen Rücklagen *von jetzt über 48 (45) Mill.* bei 58 Mill. DM Grundkapital sind ein solides Polster. Daß der Brutto-Cashflow auf 8,8 (5,6) Prozent des Umsatzes von 516 (474) Mill. DM stieg (plus 9 Prozent), zeugt von hoher Finanzierungskraft bei den Investitionen von 42 (29) Mill. DM. *Gruppenumsatz:* plus 4 Prozent auf 757 Mill. DM.

Insgesamt wurde wieder an die guten Ergebnisse von 1964 bis 1966 angeknüpft – auch ohne Verkauf der Kunststoffsparte, die rund 10 Mill. DM in die Kasse gebracht haben dürfte, wurde die *Dividende von 6 (4) DM* je 50 DM nom. voll verdient. So kann der Vorsitzende des Vorstandes, Gerd Rossmy, leicht von einem „sehr befriedigenden" Jahresüberschuß von 9,9 (5,6) Mill. DM sprechen und darauf verweisen, daß ein Spezialist aus Erfahrung nur dann erfolgreich bleibt, wenn er die Forschung stärkt.

Da Umstrukturierung nicht nur im *Verkauf von Betriebsabteilungen* bestehen kann, kam jetzt eine „sinnvolle Erweiterungsmöglichkeit", wie Rossmy sie nennt, hinzu. Man erwarb zum 21. Mai 1984 Lürmann, Schütte & Co. in Bremen, zu der die Hansa *Chemie GmbH gehört, die Textilhilfs*mittel herstellt. Damit verschaffte sich Goldschmidt Zugang zur Lösung von Problemen des Textilmarktes. Hinzu gekommen ist auch eine Teppichrücken-Beschichtung. 65 Mitarbeiter werden in diesen neuen Bereichen beschäftigt. Das Umsatzvolumen beträgt 20 Mill. DM.

Nicht konsolidiert wie der neue Bereich ist die Spezialität der additiven Mittel für die Lack- und Farbherstellung. Hier ist man weltweit tätig, obwohl man sich vor Jahren schon vom heiß umkämpften Markt der Farben zurückgezogen hat. Bei den additiven, die Farben und Lacke „intelligenter" machen, ist man jedoch zu *Hause. Hier muß man jedoch hautnah* mit dem Kunden zusammenarbeiten, um dessen Probleme lösen zu können. Daher wird diese Sparte in einer eigenen Gesellschaft geführt.

Natürlich hat der Goldschmidt-Vorstand auch Sorgen. Da stecken noch die anorganischen Produkte (Werk Mannheim) in den roten Zahlen. Man sucht nach sinnvoller Kooperation (Lohn- oder Fertigungslizenz). Hier wird sich der Gesundungsprozeß wohl noch über Jahre hinziehen. Und 1984? Bis Ende Mai stieg der *Umsatz um 1,5 Prozent* (rechnet man die Bereiche Mischmetalle und Kunststoffe heraus, so waren es gar plus 18 Prozent). Davon stammten zwei Drittel aus den Mengenumsätzen und ein Drittel aus den Preisen.

Das Kapital von Goldschmidt wird zu rund einem Drittel von der Vermögensverwaltung Erben Dr. Karl Gold*schmidt GmbH, Essen, gehalten. Der* Rest ist frei im Markt. Goldschmidt hat sich seit 1974 von nahezu 40 Prozent seiner Mitarbeiter (heute 1889) getrennt.

HAKO-WERKE / Inlandsgeschäft litt unter Zurückhaltung der Kommunen

Erhebliche Fortschritte im Ausland

JAN BRECH, Hamburg

Starkes Wachstum im Ausland und Stagnation auf dem inländischen Markt kennzeichneten die Geschäftsentwicklung der Hako-Werke GmbH & Co, Bad Oldesloe, im Jahr 1983. Nach Angaben des Geschäftsführenden Mitgesellschafters Tyll Necker stieg der Umsatz insgesamt um 9,8 Prozent auf rund 149 Mill. DM, wobei gut die Hälfte aus dem ausländischen Geschäft stammte. Im Vorjahr hatte der Auslandsanteil erst 46 Prozent betragen.

Erhebliche Fortschritte erzielten die Hako-Werke, die zu den führenden europäischen Herstellern von Maschinen für die Gebäudereinigung und *Grundstückspflege gehören,* vor allem in den USA, Japan, England und Frankreich. Auch einige neuerschlossene Märkte im südostasiatischen Raum hätten zu dem guten Auslandsgeschäft beigetragen, erklärt Necker.

In den USA weitete die 1980 erworbene und 1983 in Hako Minuteman umbenannte Tochtergesellschaft den Umsatz um 20 Prozent auf 8,5 Mill. Dollar aus. Diese Gesellschaft vertreibt nicht nur Hako-Produkte, sondern fertigt auch eigene Maschinen. *Sie wachse, so Necker,* zunehmend in das von Hako angestrebte Konzept einer „multi local" produzierenden Gruppe hinein. Für dieses Jahr erwartet Necker einen Umsatzsprung auf 10 Mill. Dollar.

In Japan ist die Kooperation mit der einheimischen Firma Amano nach Angaben von Necker gut vorangekommen. Hako-Reinigungsmaschinen hätten inzwischen einen Marktanteil von 25 Prozent erreicht. Im Rahmen eines Lizenzabkommens *mit dem japanischen Partner soll jetzt* schrittweise die Produktion von Hako-Kehrsaugmaschinen in Japan aufgenommen werden.

Das Inlandsgeschäft litt demgegenüber unter der anhaltenden Investitionszurückhaltung der Kommunen. Zudem habe der sehr trockene und grasarme Sommer sowie fast schneelose Winter den Absatz von Großgarten- und Schneeräumungsgeräten belastet, erklärt Necker. Positiv entwickelten sich die Umsätze bei Kehrsaugmaschinen und Naßreinigungsautomaten für Industrie- und Dienstleistungsbereiche.

Insgesamt ist nach Angaben von Necker der Inlandsumsatz leicht zurückgegangen. Das ausgewiesene Plus von 8 Prozent beruht auf der erstmaligen Einbeziehung der Firma Organisations Partner GmbH, an der Hako die Beteiligung auf eine Mehrheit aufgestockt hat. Dieses Beratungs- und Software-Unternehmen setzt rund 8 Mill. DM um.

Gemessen am wirtschaftlichen Umfeld bezeichnet Necker die Ertragslage als voll zufriedenstellend. Das gilt besonders für die Gruppe, die *von dem guten Abschneiden der* meisten Auslandstöchter profitierte. Das Ergebnis des Stammwerkes, so Necker, liege zwar über der Durchschnittsrendite der Maschinenbau-Branche, sei aber hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Als solide *charakterisiert Necker die* Eigenkapitalausstattung der Hako-Werke. Das Eigenkapital mache beim Stammwerk rund 38 Prozent der Bilanzsumme aus, bei der Gruppe mehr als 50 Prozent. Hier dürfte die Bilanzsumme die 100-Mill.-DM-Marke überschreiten.

Die Entwicklung in den ersten Monaten dieses Jahres sei sowohl im In- *als auch im Ausland* sehr gut gewesen, betont Necker. Allerdings habe der Mai für das Stammwerk wegen des Streiks einen Auftragseinbruch gebracht. Über das ganze Jahr erwartet Necker aber eine spürbare Steigerung des Umsatzes nicht nur bei der Gruppe, sondern auch im Inlandsgeschäft.

MARKT- UND KÜHLHALLEN / 1983 erfolgreich

Mit Linde in den Süden

JAN BRECH, Hamburg

Die Eingliederung der vornehmlich im süddeutschen Raum befindlichen Kühlhäuser der Linde AG in die Markt- und Kühlhallen AG (MuK), Hamburg, wird vom Vorstand als eine Art Vorwärtsstrategie bezeichnet. Durch die geplante Fusion, die vom Kartellamt bereits *genehmigt worden* ist, weitet sich die Kühlhaus-Kette der MuK auf 21 Einheiten mit einer Gesamtkapazität von 1,195 Mill. qm aus. *Dieses Netz* deckt die Bundesrepublik in der Fläche ab und erweitert das Angebot vor allem für die Großkunden, mit denen die MuK fast 50 Prozent ihres Umsatzes abwickelt. Mit der Eingliederung der Linde-Kühlhäuser bleibe die Unterneh*menskonzeption erhalten, die Kapazi*täten mit Vorrang am Bedarf der Kundschaft aus der Privatwirtschaft auszurichten. Die MuK, schon heute das größte deutsche Kühlhaus-Unternehmen, dürfte nach der Fusion einen Marktanteil von 40 Prozent erreichen.

Die Eingliederung soll die Hauptversammlung am 2. Juli beschließen. Die Linde AG hat zu diesem Zweck ihre sieben Kühlhäuser in die neue *Gesellschaft Kühlhaus Linde GmbH* & Co. KG, München, zusammengefaßt. Deren Gesellschaftsanteile werden auf die MuK übertragen. Im Gegenzug erhält die Linde AG Aktien der MuK, die durch eine Kapitalerhöhung um 6,8 Mill. DM zum Kurs von 175 Prozent *neu geschaffen werden.* Am MuK-Kapital von dann 29,8 Mill. DM werden die Linde AG zu rund 30 (bislang 15) Prozent, das Bankhaus *Merck, Fink & Co.* zu *35 (45)* Prozent und die Victoria Versicherungen zu knapp 10 Prozent beteiligt sein. Der Rest ist Streubesitz.

Die Entwicklung der MuK im Berichtsjahr 1983 wird als erfreulich bezeichnet. Nach den schweren Jahren *1981* und *1982* weist das Unternehmen für 1983 knapp 58 (i. V. 54) Mill. DM Umsatz und 4,7 (0,9) Mill. DM Jahresüberschuß aus. Daraus sollen 10 DM Dividende und 2 Prozent Bonus gezahlt werden. Durch die Linde-Kühlhäuser, deren Ertragslage *als gut bezeichnet wird, kommen* 1984 rund 30 Mill. DM Umsatz hinzu. Die Zahl der Beschäftigten steigt um 200 auf gut 600 Mitarbeiter.

WÜSTENROT LEBENSVERSICHERUNG

Hoher Überschuß erzielt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Wüstenrot Lebensversicherungs-AG, Ludwigsburg, drittgrößtes *deutsches Unternehmen auf dem Fel*de der Bauspargruppen-Risikoversicherung, verfolgt weiterhin den Aufbau eines kapitalbildenden Geschäfts. In dieser Sparte der Großlebens-Einzelkapitalversicherungen erzielte das Institut, das sich zu den wachstumskräftigsten der Branche zählt, in 1983 im Neugeschäft mit 13 400 Verträgen über 493 Mill. DM Versicherungssumme Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr von 4,8 bzw. 21,1 Prozent.

Zugleich verbesserte sich der Anteil dieses Zweigs am gesamten Neugeschäft der Wüstenrot Leben, das summenmäßig auf 2,73 Mrd. DM (*plus 19 Prozent*) anstieg und im „Schlepptau" der Bausparkasse Wüstenrot sehr stark von der Risikoversicherung für deren Bauspardarlehensnehmer geprägt ist, auf 22,4 (22,1) Prozent.

Zum Jahresende verwaltete Wüstenrot Leben 1,04 Mill. Versicherungen über eine Summe von 16,45 Mrd. DM. Im Verlauf der ersten fünf Monate des Jahres 1984, in denen sich mehr und mehr auch Auswirkungen des Arbeitskampfes in der Metallindustrie bemerkbar machten, lägen nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Hans Laux die Neuabschlüsse von Einzellebensversicherungen in etwa auf Vorjahreshöhe, bei den Risikoversicherungen *sei ein Plus von 7 Pro*zent zu verzeichnen.

Im Berichtsjahr 1983 waren die Beitragseinnahmen um 9 Prozent auf 253 Mill. DM, die Kapitalerträge um 25 Prozent auf 77 Mill. DM angewachsen. *Die Stornoquote verschlechterte* sich leicht auf insgesamt 1,6 (1,4) Prozent, bei den Einzelversicherungen allein auf 5,5 (5,2) Prozent. Verbessert haben sich Abschlußkostensatz und Verwaltungskostensatz. Es wurde ein Überschuß von 113 (90) Mill. DM erwirtschaftet. *Aus 1,86 (1,51) Mill.* DM Bilanzgewinn werden unverändert 15 Prozent Dividende auf das eingezahlte Aktienkapital (5,6 Mill. von 9,6 Mill. DM) ausgeschüttet.

REUTERS / 12,5-prozentige Beteiligung für Abu Dhabi

„Eine langfristige Anlage"

WILHELM FURLER, London

Abu Dhabi, das größte und reichste der Vereinigten Arabischen Emirate, hat eine 12,5-prozentige Beteiligung an der internationalen Nachrichtenagentur Reuters übernommen. Das wurde jetzt in London bekannt. Wie berichtet hat die Nachrichtenagentur, *die sich auf modernste Informations*dienste für Wirtschaft und Finanzen spezialisiert hat, im Tender-Verfahren 38 Prozent seiner sogenannten „B"-Aktien mit einfachem Stimmrecht an den Börsen in London und New York abgegeben. 113 Millionen *„B"-Aktien von Reuters wurden zum* Preis von 196 Pence je Aktie verkauft.

Die Abu Dhabi Investment Autho*rity, die als Regierungsbehörde* die Öleinnahmen des Emirats anlegt, hat davon 36,53 Millionen „B"-Aktien übernommen. Das sind fast ein Drittel der in London und New York angebotenen „B"-Aktien. Das Emirat hat dafür mindestens 71,6 Millionen Pfund oder knapp 270 Millionen Mark bezahlt. Damit ist Abu Dhabi mit Abstand größter außenstehender Aktionär von Reuters.

62 Prozent der „B"-Aktien von Reuters mit einfachem Stimmrecht und alle „A"-Aktien *mit vierfachem* Stimmrecht bleiben im Besitz der bisherigen Alleineigentümer, der britischen regionalen und überregionalen Tageszeitungen mit je 41 Prozent, der australischen und neuseeländischen Presse mit zusammen 16 Prozent und der Reuters-Direktoren mit zwei Prozent.

In einem Schreiben an Reuters hat *die Abu Dhabi Investment Authority* erklärt, sie betrachte ihr Reuters-Paket als eine langfristige Anlage. Der Kurs der Aktie ist inzwischen auf 230 Pence gestiegen.

Ölstaaten wollen Verträge einhalten

dpa, Manama

Die Ölminister der im Golf-Kooperationsrat zusammengeschlossenen Staaten wollen sich jetzt ständig untereinander darüber informieren, wieweit sie trotz des Golfkonflikts die mit internationalen Ölkonzernen oder fremden Regierungen bestehenden Öllierferverträge erfüllen können. Mit dieser Maßnahme versuchen die sechs von der Eskalation des Golfkonflikts betroffenen Staaten zu den Bemühungen beizutragen, trotz der zunehmenden Behinderung der Golf-Tankerschiffahrt die Auswirkungen auf die Weltölmarktlage und das Ölpreisgefüge *so gering wie möglich* zu halten.

Auf der Taif-Konferenz bestand *Übereinstimmung, daß trotz der Kon*fliktlage im Golf von den sechs Öllländern keine Nachlässe auf die von der Opec festgelegte Preisstruktur gegeben werden sollen.

NAMEN

Rechtsanwalt Dr. **Wolfgang Budde**, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, wurde zum Präsidenten der Wirtschaftsprüferkammer berufen.

Helmut Förster, Leiter des Vorstandsressorts Finanzen und Material der Vereinigten Papierwerke Schik*kedanz & Co., Nürnberg, scheidet am* 30. Juni aus dem Unternehmen aus. Das Ressort wird ab 1. Juli von **Günther Kröppel**, Geschäftsführer bei Schöpflin, übernommen.

Werner Schürmann, Direktionspräsident der Schweizerischen Reederei und Neptun AG, wurde zum Präsidenten der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Rheinschiffahrt e.V. gewählt. Er ist Nachfolger von Dr. **Karl Heinz Kühl**.

Direktor ***Gotthelf Dietrich***, *Spre*cher des Vorstandes der Magdeburger Versicherungsgruppe, Hannover, vollendete am 11. Juni das 60. Lebensjahr.

Erste Nixdorf-Notiz bei 490 DM

Starke Nachfrage brachte Erstzeichnern erhebliche Gewinne

DW.- Die Einführung der Nixdorf-Computer-Vorzugsaktien in den amtlichen Börsenhandel war am Dienstag das herausragende Ereignis an den Aktienmärkten. War die Aktie, zum Preis von 380 DM für das 50-DM-Stück ausgegeben, außerbörslich am Freitag zuletzt mit 490 und am Dienstagvormittag nur mit 475 DM bezahlt worden, so lag der Einführungskurs als Einheitskurs bei 490 DM. Viele Anleger, die bei der Auslosung der neuen Aktien nicht oder nicht voll zum Zuge gekommen waren, hatten versucht, am Dienstag noch einzusteigen.

Im übrigen verkehrten die Aktienmärkte an der Dienstagbörse bei kleinem Geschäft lustlos. Anregungen für Käufe gab es nicht. Die Belastungsfaktoren (Tarifauseinandersetzungen, Krieg am Persischen Golf und hohe Dollarzinsen) blieben unverändert. Der schwache Dow-Jones-Index vom Pfingstmontag wirkte eher hemmend auf die Kaufneigung. Bankaktien verkehrten knapp behauptet. Stromversorgungswerte tendierten leicht uneinheitlich. Maschinenbauaktien lagen eben gehalten. Warenhäuser konnten teils leichte Gewinne verzeichnen.

Düsseldorf: Hochtief erhöhten um 14 DM, Kochs Adler um 5 DM und Isenbeck ebenfalls um 5 DM. Alexander stockten um 4 DM auf. Westag verbesserten sich um 2 DM. Nachgegeben haben Stinnes um 10 DM, Aigner um 7 DM und Concordia um 11 DM. Stahl Bochum verloren 5 DM und Sternbräu 3 DM. VDN gaben um 4,50 DM auf 120,50 DM nach. Bei den Versicherungen erhöhten Allianz Leben um 30 DM und Victoria um 89 DM.

Frankfurt: Binding erhöhten um 5 DM auf 225 DM und Chemieverwaltung um 8 DM auf 296 DM. Flachglas verbesserten sich um 5 DM auf 250 DM. Grünzweig und Hartmann gaben um 4,50 DM auf 129,50 DM nach.

Hamburg: Beiersdorf konnten sich um 5 DM auf 358 DM verbessern. Reichelt wurden um 2,50 DM zurückgenommen, Phoenix Gummi gaben um 1,50 DM nach und Triton wurden 1 DM niedriger notiert. Vereins- und Westbank gingen mit 299 DM (unverändert) und die Hypothekenbank Hamburg mit 430,50 DM (plus 0,50 DM) aus dem Markt. Flensburger Schiffbau wurden bei 110,20 DM gehandelt.

München: Etienne Aigner verloren 2 DM, Agrob St. 18 DM und Agrob Vz. 20 DM. Dywidag stockten um 3 DM und Erlus AG um 10 DM auf. Gehe AG verbesserten sich um 2 DM und Grünzweig ebenfalls um 2 DM. Patrizier stiegen um 6 DM und Kolbermoor um 25 DM auf 775 DM. Zahnräder Renk schlossen um 2 DM fester.

Berlin: Berthold mußten ein Minus in Höhe von 7 DM hinnehmen und Kempinski in Höhe von 5 DM. DUB-Schultheiss wurden um 2 DM zurückgenommen. Herlitz St., Herlitz Vorz. und Schering bröckelten um 1 DM. Engelhardt wurden um 5 DM niedriger taxiert. Orenstein festigten sich um 4 DM und DeTeWe um 2 DM.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 147,9 (148,3)
WELT-Umsatzindex: 1755 (2025)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

Wien

Brüssel

Kopenhagen

Hongkong

Singapur

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 12. 6. 84: 420 Optionen = 22 150 (22 100) Aktien, davon 74 Verkaufsoptionen: = 4050 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 7-100/3, 10-100/6, 10-110/3,8, BASF 7-160/9, 7-170/2,5, 7-180/0,80, 10-180/13, 10-170/6,9, 10-180/3,5, 1-190/4, Bayer 7-160/12,3, 7-170/5,4, 7-180/1-6, 10-170/11,5, 10-180/6, 10-190/2,5-2,3, 1-170/15,6, 1-180/9,2, 1-190/5,2, 1-200/3,2, Bekula 10-95/3,6, 1-95/7,4, BMW 10-410/10,3, Commerzbank 7-160/3,9, 10170/5,4, 1-170/10,4, 1-180/4,5, 1-190/3,25, Conti 10-130/6,3, Daimler 7-600/6, 10-610/7,5, Dt. Babcock St. 10-150/16, 10-170/4, 1-160/10,3, Deutsche Bank 7-348/12,6, 7-350/10, 1-410/6, Dresdner Bank 7-184/0,70, 10-160/7,9, 10-180/2, 1-160/18, 1-180/5,2, Hoechst 10-180/5,4, 1-200/7,8, Hoesch 7-110/8, 7-130/2,5, 10-120/6, 1-120/9,2, Kloeckner 7-60/4, 7-65/1,7, 10-60/6,5, 10-65/3,5, 1-65/5,5, Lufthansa St. 7-150/1,9, 10-150/5, Mannesmann 10-150/5,3, 10-160/2,9, 1-160/5, RWE St. 10-170/2, Siemens 7-400/5, 10-400/13,5, 10-410/6,7, 1-400/21,2, Thyssen 10-85/5,4, 10-90/3,85, 10-95/2,1, 1-90/5,6, 1-95/4,9, Veba 7-170/2, 10-170/6,4, 10-180O/2,8, 1-170/10, 1-180/6, VEW 1-130/5, VW 7-180/7,7- 7-200/2,4, 7-210/1,2, 10-190/16, 10-200/9, 10-210/4,5, 1-190/19,4, 1-210/12, 1-230/5, Alcan 1-80/10, 1-90/4,6, Chrysler 10-65/6,1, 10-70/4,4, 1-70/6,4, 1-80/3, General Motors 1-180/13, IBM 1-310/21,8, Philips 7-38,9/3, 1-45/2,4, **Verkaufsoptionen:** AEG 7-100/3,3, 10-90/1,5, 1-85/1,2, 1-90/2,5, 1-95/4,5, BMW 1-360/6,6, Daimler 10-560/12,3, Deutsche Bank 10-340/5,5, 10-360/15, 1-350/13,6, Degussa 10-360/3,5, Dresdner Bank 7-164/7, 7-170/14, 10-150/4, 10-160/8,6, 10-170/14,5, Hoechst 1-170/5,8, Kaufhof 10-230/8, 1-230/10, Kloeckner 10-60/3, 10-65/4,9, Mannesmann 10-140/2,5, 1-140/2,9, RWE St. 1-160/2,9, Kali + Salz 10-300/8,5, Siemens 10-380/6,1, 10-390/10, 1-370/5,5, 1-390/13, Thyssen 10-85/2,5, VEW 1-120/3,5, VW 7-190/2, 10-200/12,6, 1-180/4,5, 1-190/8, Chrysler 7-75/10, 10-60/2, Elf 1-85/6, Philips 1-40/3,3, Sperry 7-100/2,5, 1-100/7,5, Xerox 1-100/7,5. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 12. Juni folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 12. 6.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11⅛–11¼	5⅝–5¾	3¼–3⅜
3 Monate	11⅝–11¾	5¾–6	3⅞–4⅛
6 Monate	12¼–12½	6 –6⅛	4⅛–4⅜
12 Monate	13¼–13½	6⅜–6⅝	4⅜–4⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Devisen und Sorten

Devisen

Ausgehend von schwachen Bondmärkten in den USA und Tagesgeldzinssätzen am amerikanischen Markt, die die Marke von 11 Prozent überschritten, setzte sich am 12. 6. die Kurserhöhung des US-Dollar fort. Bei relativ geringen Umsätzen stieg der Kurs am europäischen Markt von 2,7050 bis 2,7200 an und verharrte gegen Geschäftsschluß bei 2,7170. Die Bundesbank verkaufte zur Notiz von 2,7187 14,1 Mill. Dollar. Eine deutliche Erholung verbuchte auch der Japanische Yen, der um fast ¾ Prozent auf 1,1715 anzog. Die übrigen Veränderungen hielten sich in engen Grenzen mit Ausnahme des Canadischen Dollar und der Schwedischen Krone, die mit einem Kursgewinn von 5,8 Promille auf 33,465 eine Sonderbewegung hatte. US-Dollar in: Amsterdam 3,0650; Brüssel 55,4950; Paris 8,3625; Mailand 1687,00; Wien 19,0980; Zürich 2,2885; Ir. Pfund/DM 3,057; Pfund/Dollar 1,3849; Pfund/DM 3,765.

Ostmarkkurs am 12. 6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 17,50; Verkauf 20,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Befestigung der Dollar-Depots am Euromarkt über die Pfingstfeiertage führte am 12. Juni zu einer deutlichen Erweiterung der Dollar-Termin-Abschläge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,44/1,34	3,96/3,86	8,20/8,00
Pfund/Dollar	0,27/0,28	0,83/0,85	1,85/1,88
Pfund/DM	1,90/0,50	3,90/2,50	7,10/5,70
FF/DM	27/11	65/49	127/111

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 12. 6.: Tagesgeld 5,50–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 6,05–6,15 Prozent.

Privatdiskontsätze am 12. 6.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 12. 6.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50)–7,50 (6,47)–8,00 (6,94)–8,25 (7,24)–8,50 (7,45)–9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50)–7,50 (6,50)–8,00 (6,99)–8,25 (7,31)–8,50 (7,54)–9,00 (7,79)–9,00 (7,96). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 5,90. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,40, Rendite 7,90.

EUROPÄISCHER CHEMIEVERBAND

Besorgt über Opec-Produkte

JOACHIM WEBER, London

Mit weitaus größerer Sorge als ihre deutschen Kollegen blicken etliche Spitzenmanager europäischer Chemieunternehmen nach Nahost: „Da kommt viel mehr an petrochemischen Produkten auf Europa zu, als wir es ursprünglich angenommen hatten", prophezeite Sir John Harvey Jones (ICI, Großbritannien), neuer Präsident des europäischen Chemieverbands Cefic, jetzt auf dessen Jahresversammlung in London.

Der Grund für die Fehleinschätzung: Als die Golfstaaten begannen, mit europäischen Know-how eigene Petrochemie-Anlagen „auf den Ölbohrlöchern" zu errichten, um sich einen größeren Anteil an der Wertschöpfung ihres Rohstoffs zu sichern, da hatten sie als wesentliche Märkte auch Indien und den Pazifik-Raum im Visier. Die damals angesetzten Wachstumsraten wurden dort aber nicht realisiert, die Prognosen der Absatzmengen damit hinfällig.

Die Produktionskapazitäten im arabischen Teil der Opec liegen aber schon fest und gehen nach und nach ihrer Fertigstellung entgegen. Daß neben Europa noch andere Ausweichmärkte zur Verfügung stehen, sehen die Cefic-Spitzen noch nicht. Bei den USA könne man nur hoffen, daß sie nicht zu protektionistischen Maßnahmen griffen: „Die sind in der Lage, auch nicht abgestimmte politische Waffen einzusetzen." So bleibe in erster Linie die Hoffnung auf einen Konsens zwischen Europäern und Arabern: „Es sieht so aus, als könnten sich gewisse Mechanismen zur Lösung der Probleme entwickeln."

Die deutsche Chemie, mit Anteilen von jeweils 26 Prozent an 490 Milliarden Mark Umsatz wie an 2,1 Millionen Beschäftigten größte nationale Gruppe innerhalb der westeuropäischen Gesamtbranche, sieht diese Probleme ohnehin „nicht ganz so dramatisch". Wolfgang Munde, Hauptgeschäftsführer des deutschen Chemieverbands: „Wir können nicht verhindern, daß diese Mengen nach Europa kommen. Da hilft eben nur die Umstrukturierung."

Hintergrund solcher Gelassenheit dürfte es sein, daß die deutsche Großchemie – auf die sich die Herstellung von Massenkunststoffen in der Bundesrepublik zu einem wesentlichen Teil konzentriert – mit ihren Umstrukturierungs-Hausaufgaben schon recht weit vorangekommen ist. Einigkeit herrscht aber mit den europäischen Nachbarn darüber, daß protektionistische Maßnahmen unerwünscht bleiben.

Nicht ohne Grund: 46 Prozent ihrer Umsätze erzielen die Europa-Chemiker außerhalb des eigenen Reviers, und damit sind sie auf den freien Handel stärker angewiesen als die meisten anderen Branchen. Die Stärkung der Marktwirtschaft steht denn auch als wichtiger Punkt auf dem Programm des neuen Cefic-Präsidenten.

HAMBURG-MANNHEIMER VERSICHERUNGEN / Hoher technischer Gewinn

Neugeschäft überdurchschnittlich gut

HARALD POSNY, Hamburg

An der allgemein günstigen Entwicklung der deutschen Lebensversicherungen hat die Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG, Hamburg, 1983 überdurchschnittlich teilgenommen. Die Nr. 3 der Sparte (nach Bestand) führt das nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden Günter Kalbaum auf neue 1 Mrd. DM Versicherungssumme durch Anpassungsverträge aufgrund zweimaligen Anstiegs des für die dynamischen Verträge maßgeblichen Höchstbeitrags in der gesetzlichen Rentenversicherung, auf einen um fast 1500 Mitarbeiter innerhalb von zwei Jahren aufgestockten Außendienst sowie auf die von der Gesellschaft forcierte Pflege der Zielgruppe junger Leute zurück.

Hier betrug 1983 wie im Jahr zuvor der Anteil der bis 24jährigen am Neugeschäft rund ein Drittel, was einerseits ein gutes Polster für künftigere magere, d. h. geburtenschwache Jahrgänge bedeutet, auf der anderen Seite aber auch Gefahren in sich birgt. Denn bei Verschlechterung der finanziellen Verhältnisse ist die Lebensversicherung trotz aller vorhandenen Möglichkeiten zur Erhaltung des Versicherungsschutzes bei jungen Leuten stets gefährdet.

Das zeigt sich bei der HM-Leben nicht zuletzt im überdurchschnittlich hohen Storno. Hier leidet die HM auch unter den dem hohen Bestand kleinerer Einkommensbezieher. Auch der starke Anstieg um fast 30 Prozent bei den nach 12 Jahren in großer Zahl fälligen vermögenswirksamen Lebensversicherungen nach dem 624-DM-Gesetz unterstreicht das.

Zu einem neuerlich um 19 Prozent auf 941 Mill. DM gestiegenen Rohüberschuß haben wie etwa im Vorjahr die Kapitalerträge (70 Prozent) sowie die günstige Risiko- (25) und Kostenentwicklung (5 Prozent) beigetragen. Dabei wurde bei den Vermögenserträgen im Bereich der Aktien wegen der günstigen Gelegenheit für 45 Mill. DM als a. o. Ertrag „Kasse gemacht". Trotz erhöhten Personalaufwands und erheblich ausgeweiteten Neugeschäfts wurden sämtliche Kostenquoten verringert. Aus dem Jahresüberschuß von 20,1 (18,8) Mill. DM werden 16 (15) Mill. DM den Rücklagen zugeführt und an die Aktionäre erneut 18 Prozent Dividende gezahlt. Bis Ende April wuchs das Neugeschäft um 9 Prozent, wobei die vorzeitigen Abgänge ein geringeres Wachstum aufweisen.

Die Hamburg-Mannheimer Sachversicherungs-AG, die letztes Jahr die Unfallversicherung von der HM-Leben übernahm, zeigte 1983 ein gutes Ergebnis, das nicht nur auf dem stolzen Ertrag aus Kapitalanlagen beruht. Trotz 8,6 (3,6) Mill. DM Drohverlustrücklage im notleidenden Hausrat- und Wohngebäudegeschäft sowie 2,5 (0,8) Mill. DM Zuführung zur Schwankungsrückstellung wurde auch ein technischer Überschuß von 11,5 Mill. DM nach 3,5 Mill. DM Verlust im Vorjahr ausgewiesen. Dafür waren nicht nur die positive Entwicklung der Unfallversicherung, sondern auch die erfolgreich betriebenen Sanierungs- und Selektionsmaßnahmen sowie das überdurchschnittliche Beitragswachstum von 7,9 Prozent auf 534 Mill. DM (brutto) verantwortlich. Stärker noch war mit 10 Prozent das Plus der Nettobeiträge (367 Mill. DM). Der Jahresüberschuß (13,6 nach 6,9 Mill. DM) ermöglicht eine Rücklagendotierung von 9 (4) Mill. DM und eine auf 12 (8) Prozent erhöhte Dividende.

HM-Leben	1983	± %
Versicherungsbestand (Mill. DM)	60 277	+ 8,1
Eingel. Neugeschäft	9 374	+ 20,6
Beitragseinnahmen	2 171	+ 10,6
Aufw. f. Vers. Fälle	624	+ 37,2
Kapitalanlagen[1]	14 054	+ 13,0
Kaptialerträge[2]	1 022	+ 13,7
Aufw. f. Beitr. Rücker.	921	+ 19,7
Rückst. f. Beitr. Rück.	2 403	+ 22,1

	1983	1982	1981
Stornoquote[3]	6,8	6,4	5,6
Verw. Kostenqu.[4]	5,0	5,2	5,7
Abschl. Kostenqu.[5]	44,1	44,5	42,7
Überschußquote[6]	43,3	40,2	39,0

[1]) ohne Depotford.; [2]) Durchschnittsrendite: 7,7 (7,6) Prozent; [3]) Rückk., Umwandlg. i. beitr.freie Vers. u. sonst. Vorz. Abgang in % d. Anfangsbestands; [4]) sonst. Aufw. d. Vers.Betr. in % d. Beiträge; [5]) in Promille d. eingel. Neugesch.; [6]) Bruttoüberschuß in % d. Beiträge.

SPANIEN / OECD für rigorose Einkommenspolitik

Inflationsrate noch zu hoch

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die neue spanische Regierung ist mit ihrer restriktiven Wirtschaftspolitik auf dem richtigen Wege. Seit Anfang 1983 wurden an der Inflations- und Außenhandelsfront „ermutigende" Ergebnisse erzielt. Aber Madrid hatte zuvor gegenüber den tiefgreifenden Veränderungen der Weltwirtschaft zu lange Zeit eine rein defensive Strategie verfolgt. Heute ist der Punkt erreicht, von dem an die strukturellen Anpassungen nicht mehr hinausgeschoben werden können, heißt es im Bericht der OECD.

Empfohlen wird vor allem eine rigorose Einkommenspolitik. Im Unterschied zu den meisten anderen OECD-Staaten seien die spanischen Löhne in den letzten Jahren real weiter stark gestiegen. Temporäre Kaufkraftopfer sind nach Auffassung der OECD-Experten aber unbedingt nötig, um mittelfristig zu einem dauerhaften Wirtschaftswachstum zu kommen und das große Arbeitslosenproblem zu lösen. Mit einer Arbeitslosenquote von zuletzt 17 Prozent liegt Spanien erheblich über dem OECD-Durchschnitt.

Bis Ende dieses Jahres dürfte sich diese Quote noch auf 19¾ Prozent erhöhen. Bei dieser OECD-Prognose ist ein Wirtschaftswachstum von 2,0 (1983: 2,2) Prozent unterstellt. Für 1985 erwartet die OECD bei 2,5 Prozent Expansion eine Stabilisierung der Arbeitslosigkeit, obwohl durch die industrielle Restrukturierung zwischen 1984 und 1986 in Spanien 63 500 Arbeitsplätze aufgegeben werden sollen. Die davon betroffenen Industrien (Stahl, Schiffbau, Textil usw.) würden zusammen zehn Prozent und die gesamte Industrie drei Prozent ihrer Belegschaft verlieren.

Die von 14,4 Prozent 1982 auf 12,1 Prozent 1983 reduzierte Inflationsrate Spaniens halten die OECD-Experten für viel zu hoch, um eine weitere Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsposition zu verhindern. In diesem Jahr will Madrid den Preisanstieg auf zehn Prozent und 1985 auf 7,6 Prozent zurückbringen. Bis dahin soll das Leistungsbilanzdefizit, das 1983 noch 2,5 Milliarden Dollar erreicht hatte, verschwinden.

Stark kritisiert wird in dem OECD-Bericht das rapide gestiegene Budgetdefizit Spaniens. Einschließlich des Fehlbetrags der Sozialversicherung erreichte sein Anteil am Bruttosozialprodukt letztes Jahr sechs Prozent, nach drei Prozent 1981 und zwei Prozent 1980. Um es auf ein erträgliches Maß zu begrenzen, empfiehlt die OECD die rigorose Bekämpfung der Defizitwirtschaft bei den staatlichen Unternehmen, die Erhöhung der Einkommenssteuern und deren bessere Erfassung sowie die umgehende Anwendung der Mehrwertsteuer. Das Steueraufkommen erreicht in Spanien mit 28 Prozent des Sozialprodukts einen niedrigeren Anteil als in anderen OECD-Ländern.

Warenpreise – Termine

Etwas fester schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Bruchteilig schwächer ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Während Kakao höher bewertet wurde, mußte Kaffee Abschläge hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	12. 6.	11. 6.
Juli	354,75	355,25
Sept.	360,25	361,25
Dez.	375,75	376,00

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	12. 6.	11. 6.
St. Lawrence 1 CW	245,50	244,50
Amber Durum	239,90	240,30

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	145,40	144,40
Okt.	151,00	151,00
Dez.	155,30	155,00

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	138,40	139,60
Okt.	128,30	128,00
Dez.	127,40	128,00

Hafer Chicago (c/bush)	12. 6.	11. 6.
Juli	182,25	181,75
Sept.	178,75	178,50
Dez.	181,50	180,75

Mais Chicago (c/bush)		
Juli	345,75	348,50
Sept.	319,50	320,75
Dez.	299,25	298,75

Gerste Winnipeg (can. $/t)	12. 6.	11. 6.
Juli	139,00	139,90
Okt.	129,30	130,00
Dez.	129,50	129,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	12. 6.	11. 6.
Terminkontr. Juli	146,55	146,50
Sept.	144,80	146,10
Dez.	144,75	146,00

Kakao New York ($/t)	12. 6.	11. 6.
Terminkontr. Juli	2402	2385
Sept.	2450	2405
Dez.	2360	2315
Umsatz	3846	6179

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	5,52	5,72
Sept.	5,79	6,00
Okt.	6,06	6,22
Jan.	6,60	6,78
März	7,22	7,37
Umsatz	12 865	1 480

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	12. 6.	11. 6.
	5,61	5,57

Kaffee London (£/t) Robusta-	12. 6.	11. 6.
Kontrakt Juli	2254–2255	2263–2265
Sept.	2251–2254	2280–2282
Nov.	2257–2259	2286–2289
Umsatz	1693	2441

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1972–1973	1964–1965
Sept.	1915–1916	1906–1907
Dez.	1780–1781	1778–1780
Umsatz	4144	2441

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Aug.	156,80–156,00	175,60–176,40
Okt.	163,60–163,80	178,40–179,00
Dez.	171,40–171,60	187,40–188,00
Umsatz	1596	311

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	12. 6.	11. 6.
schw. Sarawak spez.	347,50	345,00
weißer Sarawak	635,00	635,00
weißer Muntok	642,50	642,50

Orangensaft New York (c/lb)	12. 6.	11. 6.
Juli	173,00	175,80
Sept.	170,25	173,70
Nov.	169,00	171,25
Jan.	169,75	171,85
März	169,75	171,25
Umsatz	–	1400

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	12. 6.	11. 6.
Südstaaten fob Werk	58,00	58,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	32,00	38,25

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Juli	33,95	33,55
Aug.	33,30	32,83
Sept.	31,95	31,50
Okt.	29,80	29,45
Dez.	28,50	28,35
Jan.	28,35	28,05
März	28,00	27,75

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	41,50	41,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	29,50	29,50
Choice white hog 4% fr. F.	25,75	25,75

Talg New York (c/lb)		
top white	23,00	23,00
fancy	22,75	22,75
bleichfähig	21,00	21,00
yellow max. 10% fr. F.	18,75	18,75

Schweine Chicago (c/lb)		
Juni	52,20	51,50
Juli	57,05	56,75
Aug.	58,67	59,00

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	68,65	68,27
Aug.	67,85	67,40
Febr.	78,95	79,47

Häute Chicago (c/lb)	12. 6.	11. 6.
Ochsen einh. schwere River Northern	70,00	70,00
Kühe einh. schwere River Northern	82,00	83,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Juli	784,50	787,00
Aug.	781,00	783,00
Sept.	739,00	745,00
Nov.	705,00	713,80
Jan.	717,50	725,50
März	730,50	738,00
Mai	740,50	748,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Juli	182,50	184,80
Aug.	185,70	187,30
Sept.	188,00	188,00
Okt.	177,50	180,50
Dez.	179,80	183,00
Jan.	182,00	185,00
März	185,00	188,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	12. 6.	11. 6.
Juli	350,50	340,50
Okt.	360,00	350,00
Dez.	357,90	347,90

Kokosöl New York (c/lb)	12. 6.	11. 6.
Westküste fob Werk	82,50	84,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	12. 6.	8. 6.
jegl. Herk. cif	1175,00	1180,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	600,00	605,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	625,00	630,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	282,00	268,50

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1400,00	1500,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	289,00	289,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	12. 6.	11. 6.
Juli	80,05	79,95
Aug.	77,70	77,50
Okt.	76,40	76,10
Dez.	74,52	74,40
März	75,80	75,77
Mai	76,35	76,40

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS –1:	48,00	48,00

Wolle Lond. (Neuseel. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	12. 6.	11. 6.
Aug.	446–455	444–456
Okt.	443–446	444–446
Dez.	444–445	444–445
Umsatz	50	39

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	12. 6.	11. 6.
Juli	51,50	geschl.
Okt.	51,00	geschl.
Dez.	50,60	geschl.
März	52,70	geschl.
Umsatz	–	geschl.
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	12. 6.	11. 6.
Juli	583,00–584,00	583,00–584,00
Okt.	569,00–571,00	569,00
Dez.	574,00–575,15	575,00–576,00
Umsatz	17	23

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	12. 6.	11. 6.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg)	12. 6.	11. 6.
AAA, ab Lager Juni	13 326	13 372
Juli	13 377	13 416

Kautschuk London (p/kg)	12. 6.	11. 6.
Nr. 1 RSS loco	65,00–67,00	64,50–66,50
Juli	65,00–66,00	64,50–66,00
Aug.	65,50–66,50	65,50–66,50
Sept.	66,80– –	66,80–67,80
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	12. 6.	11. 6.
Juni	unerhältl.	212,50–213,50
Juli	unerhältl.	217,50–218,50
Nr. 2 RSS Juni	unerhältl.	209,00–210,00
Nr. 3 RSS Juni	unerhältl.	205,50–206,50
Nr. 4 RSS Juni	unerhältl.	198,50–199,50
Tendenz:		

Jute London (£/lgt)	12. 6.	11. 6.
BWC	523,00	515,00
BWD	513,00	505,00
BTC	523,00	515,00
BTD	513,00	505,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 Ft. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	12. 6.	8. 6.
Blei: Basis London laufend. Monat	127,49–127,68	127,39–127,77
drittfolg. Monat	127,68–127,87	128,52–128,71
Zink: Basis London laufend. Monat	263,20–264,04	288,33–288,71
drittfolg. Monat	242,54–242,73	254,03–254,78
Produz.-Preis	296,77	294,10
Reinzinn 99,9%	3743–3780	3727–3764

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	12. 6.	8. 6.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	375,32–377,20	383,30–385,19
Blei in Kabeln	135,25–136,25	135,25–136,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	12. 6.	8. 6.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	377–379	381–387
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	425	429–430
MS 63	407–411	412–417

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	12. 6.	11. 6.
	29,27	29,21

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	12. 6.	8. 6.
Leg. 225	413–415	413–415
Leg. 226	415–417	415–417
Leg. 231	445–447	445–447
Leg. 233	455–457	455–457

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	12. 6.	8. 6.
Platin (DM je g)	35,358	36,058
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkpr.	33 250	34 200
Rücknahmepr.	32 500	33 350
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkpr.	33 190	34 010
Rücknahmepr.	32 670	33 480
verarbeitet	34 840	35 700
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 570	33 740
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkpr.	770,60	803,10
Rücknahmepr.	755,10	786,90
verarbeitet	804,60	836,70

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	12. 6.	11. 6.
10.30	375,25	387,10
15.00	375,00	386,00
Zürich mittags	374,60–375,10	387,25–387,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	101 150	103 550
Silber (p/Feinunze) London Kasse	626,00	652,90
3 Monate	640,35	667,40
6 Monate	655,55	682,90
12 Monate	689,95	717,90
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	273,50	277,35
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	108,55	108,70

New Yorker Preise	12. 6.	11. 6.
Gold H & H Ankauf	375,00	382,50
Silber H & H Ankauf	856,00	880,00
Platin fr. Händlerpr.	394,00–395,00	394,00–395,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	150,00–151,00	154,50–155,50
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze) Juni	869,50	863,00
Juli	872,00	868,00
Sept.	882,30	876,80
Dez.	889,00	885,00
Jan.	917,00	914,00
März	929,50	924,00
Mai	949,50	944,50
Umsatz	35 000	30 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	12. 6.	11. 6.
Juni	60,90	61,00
Juli	61,20	61,40
Sept.	62,60	62,75
Dez.	64,70	64,75
Jan.	65,45	65,60
März	67,00	67,60
Mai	68,25	68,40
Umsatz	13 000	17 000

Londoner Metallbörse

	12. 6.	11. 6.
Aluminium (£/t) Kasse	904,00–905,00	908,00–909,00
3 Monate	919,50–920,00	923,00–924,00
Blei (£/t) Kasse	341,50–342,50	346,00–347,00
3 Monate	341,50–342,00	347,50–348,50
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	982,5–983,0	982,5–983,0
3 Monate	986,0–987,0	1024,0–1024,5
abends Kasse	974,0–975,0	998,5–999,5
3 Monate	995,0–995,5	1020,0–1020,5
(Kupfer-Standard) Kasse	977,0–979,0	1003,0–1004,0
3 Monate	992,0– 994,0	1018,0–1019,0
Zink (£/t) Kasse	694,00–698,00	708,00–710,00
3 Monate	643,50–644,00	658,00–658,50
Zinn (£/t) Kasse	9145–9150	9130–9140
3 Monate	9076–9077	9070–9075
Quecksilber $/Fl.)	300–315	300–315
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	85–87	85–88

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

STELLENGESUCHE

Bundesanleihen

		11. 6.	8. 6.
F 6 Bund 78 III	9/84	100	100
8¼ dgl. 76	9/84	100,45	100,45
6 dgl. 78 IV	12/84	99,9	99,95bG
5¾ dgl. 79	1/85	99,85bG	99,9
8½ dgl. 73 I	3/85	101,3	101,3G
7 dgl. 79	4/85	100,3	100,3
7½ dgl. 79 II	6/85	100,65	100,55
7¾ dgl. 79 I	7/85	101,1	101,1
8 dgl. 76 IV	10/85	101,4	101,4
5½ dgl. 78 II	3/86	98,05	98,1
5¾ dgl. 78	6/86	98,15	98,15
7¾ dgl. 76 I	12/86	100	100
6½ dgl. 79	1/87	98,3	98,4
7½ dgl. 76 II	1/87	99,85	99,85
6¼ dgl. 77	4/87	98,8	98,8G
6½ dgl. 77	7/87	97,5	97,5
6 dgl. 77	10/87	95,5	95,6
6 dgl. 78 I	1/88	94,9	94,9
6½ dgl. 78 I	9/88	96,1	96,1G
6½ dgl. 78 II	12/88	96	96G
6¾ dgl. 79	1/89	96,9	97,1G
7¼ dgl. 79 I	4/89	97,95	98,05G
10 dgl. 81	4/89	107,55	107,55
7½ dgl. 79 I	6/89	98,56	98,5
8 dgl. 79 I	7/89	100,35	100,95
8 dgl. 79 II	8/89	100,3	100,3
7½ dgl. 79 II	9/89	98,1	98,25bG
7¾ dgl. 79 II	11/89	99,25	99,45
7¾ dgl. 80 I	1/90	99,2	99,4G
10 dgl. 80	4/90	108,8	108,9
5¾ dgl. 78	5/90	92,1	92,1
8¼ dgl. 80 I	7/90	100,75	100,8G
8¾ dgl. 80 II	11/90	100,75	100,85
7¾ dgl. 82	11/90	98,35	98,6
9 dgl. 81	2/91	103,65	103,8
10¼ dgl. 81	7/91	110,4	110,4
10¾ dgl. 81	9/91	113	113
10 dgl. 81 II	12/91	109,25	109,35
8¼ dgl. 76	9/84	100,4G	100,45
6 dgl. 78 III	11/84	100bG	100bG

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

Festverzinsliche bröckelten ab

Angesichts der starren amerikanischen Haltung auf dem Weltwirtschaftsgipfel im Hinblick auf den Abbau der US-Haushaltsdefizite und der damit geringen Aussicht auf baldige weltweite Zinssenkungstendenz hielten sich die Käufer an den deutschen Rentenmärkten an der Dienstagbörse zurück. Die Kurse bröckelten auf der ganzen Breite des Marktes ab. Öffentliche Anleihen, Bundesobligationen und DM-Auslandsanleihen verloren bis 0,2 Prozentpunkte. Auch Pfandbriefe lagen knapp behauptet. Das Geschäft war klein.

	11. 6.	8. 6.
M 5½ Bayer. Hypo. Pf 14	92,75G	92,75G
5 dgl. Pf 20	82G	82G
6¾ dgl. Pf. 2	95,75G	95,75G
7 dgl. Pf 3	95,5G	95,5G
7 dgl. Pf 27	94,75bG	94,75bG
6½ dgl. KS 14	97,75G	97,75G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	122G	122G

	11. 6.	8. 6.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	90,1	90,1
6 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	94,85G	94,85G
6 dgl. Pf 73	101G	101G
4 dgl. KO 5	102G	102G

	12. 6	8. 6
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	78bG	76G
7 dgl. Pf 100	100,1G	100,1bG
D 8 WestLB Pf 350	101,1G	101,1G
6¾ dgl. Pf 403	97,85G	97,85G
9½ dgl. Pf 1007	105,35G	105,35G
8 dgl. Pf 1015	99G	99G

Wandelanleihen

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

Ausländische Aktien in DM

FUSSBALL / Die Europameisterschaft begann mit mühevollem 1:0-Sieg Frankreichs über Dänemark

HEUTE

● **Belgien – Jugoslawien.** Das zweite Spiel der Gruppe 1 findet heute im Stadion von Lens statt. Beginn: 20.30 Uhr.

● **Im Fernsehen:** Originalübertragung im Ersten Programm (ARD) ab 20.15 Uhr. Reporter ist Heribert Faßbender.

● **Mannschaften, Belgien:** 1 Pfaff (30 Jahre/41 Länderspiele) – 4 Clijsters (27/4) – 14 de Greef (26/2) oder 2 Grun (22/0), 3 Lambricht (29/2), 5 de Wolf (26/8) – 16 Scifo (18/1), 6 Vercauteren (27/35), 11 Ceulemans (27/43), 10 Coeck (28/44) oder 7 Vandereycken (30/36) – 9 Vandenbergh (25/29), 8 Claesen (21/5). – **Jugoslawien:** 1 Simovic (30/8) – 5 Zajec (28/25) – 13 *Hadzibegic (28/8), 2 Stojkovic (28/28)*, 4 Katanec (21/4) – 7 Sestic (28/13), 8 Gudelj (24/14), 10 Bazdarevic (24/6), 19 Halilovic (21/9) – 9 Susic (29/30), 11 Zlatko Vujovic (26/26). – **Schiedsrichter:** Erik Fredriksson (Schweden). – Die Ziffern vor den Namen sind die für das gesamte Turnier feststehenden Rückennummern der Spieler.

● **Die Situation:** Belgiens Mannschaft ist durch den Bestechungsskandal – Standard Lüttich hatte sich 1982 einen Sieg über den FC Waterschei und damit die Meisterschaft gekauft – arg gebeutelt. Es fehlt praktisch die gesamte Hintermannschaft (außer Torwart Pfaff), die aus Spielern zusammengesetzt war, die in den Skandal verstrickt und gesperrt sind.

Ein Scherz und eine weitere bittere Nachricht vom Tage vor dem Spiel kennzeichnen die belgische Situation:

In der belgischen Mannschaft macht eine Scherzfrage die Runde. Was haben Napoleon, Richard Nixon und Nationaltrainer Guy Thys gemeinsam? – Water! Napoleon hatte sein Waterloo, Nixon Watergate und Thys Waterschei …

Die Nachricht: Der Schatzmeister des belgischen Fußball-Verbandes, Josef Soeur, hat sich vergebens darauf gefreut, die Spiele der Europameisterschaft in den französischen Stadien zu sehen. Gestern mußte er in Lüttich in Untersuchungshaft. Er steht unter dem Verdacht 200 000 Mark, die er als Gemeindevertreter in Lüttich zu verwalten hatte, in die Kasse seines finanzschwachen Zweitliga-Klubs Seraing Lüttich gestopft zu haben.

Bei den Jugoslawen fehlen heute zwei Stammspieler. Vorstopper Ljubomir Radanovic, dem die Mannschaft durch ein Tor in letzter Minute gegen Rumänien (3:2) die Qualifikation verdankt, ist nach einem Platzverweis in einem unbedeutenden Junioren-Länderspiel für das erste Treffen gesperrt. Milsad Baljic muß nach zwei gelben Karten in den Qualifikations-Spielen pausieren.

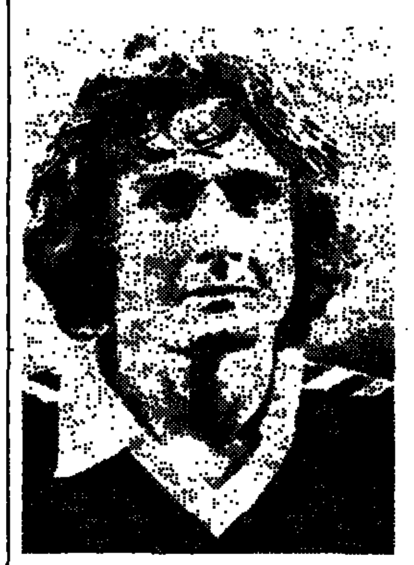
Für Jugoslawiens Trainer Todor Veselinovic beginnt bereits heute der Kampf gegen seine Kündigung. Der Verband verlangt von ihm den *Einzug ins Halbfinale. Der 53 Jahre* alte Trainer ist bei der Verbandsführung und bei den Fans in seiner Heimat unbeliebt, weil er Defensive, Kampf und Disziplin fordert und dabei Technik, Brillanz und Angriff vernachlässigt. Außerdem ist man nicht immer einverstanden mit seiner Maßnahme, ältere, im Ausland spielende Profis in die Nationalmannschaft zu berufen (Beispiel: Susic von St. Germain Paris).

Hektik, Platzverweis Tor von Platini und Allan Simonsen verletzt

DW. **Paris**

Die Endrunde der Fußball-Europameisterschaft hat begonnen – und schon mit einer Überraschung. Frankreich, das Land des Veranstalters, *besitzt vielleicht doch nicht die* Mannschaft, für die es ein leichtes wäre, allen Vorschußlorbeer einzulösen. Das Team des großen Michel Plantini, den sie bei Juventus Turin und selbstverständlich in seiner Heimat schon zum Genie erklärt haben, hatte Mühe, den krassen Außenseiter Dänemark einen 1:0-Sieg zu erreichen. Platini erzielte es, erst in der 79. Minute und mit Hilfe des Verteidigers Sören Rusk, der den Ball unhaltbar abfälschte. Im Stadion von Paris wehte ein einziges Spruchband: „Rummenigge, wir lieben Dich." Zweifellos, diese Leistung der Franzosen kann Jupp Derwalls Mannschaft nur noch mehr Mut machen. Trauriges Ende des Spiels: Ein Platzverweis für den Franzosen Ameros, der Jesper Olsen mit einem absichtlichen Kopfstoß K.o. schlug.

Was war es, was die französischen Zuschauer in der ersten Halbzeit des



Schwer verletzt in der 43. Minute: Allan Simonsen. FOTO: MÜLLER

Eröffnungsspiel von ihrer Mannschaft sahen? „Champagner-Fußball", wie sie es und die Experten erwartet hatten? Ein Spiel, das Trainer Michel Hidalgo vorher so oft beschworen hatte, zum Beispiel mit den Worten: „Wir werden unsere körperliche Unterlegenheit mit Spielwitz und Begeisterung wettmachen." Und war da nicht auch noch Michel Platini, der den Schuß Genialität beisteuern sollte? Typisch war eine Szene in der 35. Minute: Sören Lerby von Bayern München schlug einen Freistoß auf den Kopf von Klaus Berggreen – und Torwart Bats hatte Mühe, dessen Kopfball über die Querlatte zu lenken. Berggreen aber war der Sonderbewacher für Platini …

Das kleine Dänemark mit seinen in Westeuropa verstreuten Profis – nur Allan Simonsen und Torwart Qvist spielen in der Heimat – bot dem hohen Favoriten Paroli. Diese Dänen, von denen der deutsche Trainer Sepp Piontek nur liebevoll als „meine kleine Europa-Auswahl" spricht, war schon einmal vom großen England unterschätzt worden. Am 21. September 1983 schrieb Mike Langly, einer der führenden britischen Fußball-Journalisten: „Macht die kleinen Dänen doch nicht größer als sie sind. Sie kommen nach Wembley, holen sich ihre Niederlage ab und werden dann wieder das tun, was sie am besten können: Bier brauen, Schinkenbrote essen, und englischen Fußball im Fernsehen bewundern." Am Abend des Tages, an dem dieser Artikel erschien, war England nach einer 0:1-Niederlage nach einem Elfmeter-Tor von Simonsen in der Qualifikation schon steckengeblieben.

Wie schnell so etwas gehen kann, mußten auch die Franzosen lange Zeit spüren. Die Dänen legten ihr hochgelobtes Mittelfeld mit konsequenter Deckung lahm. Da bewegte sich Platini kaum, trieben Giresse und Tigana den Ball meist in Einzelaktionen in die Sturmspitze, in denen dann aber keine Angreifer standen.

Es war nicht immer schön, was die Dänen spielten, schon gar nicht das, was Piontek vorher versprochen hatte: „Wir sind agressiv wie die Belgier, individualistisch wie die Italiener, feurig wie die Spanier, gründlich wie die Deutschen und erfinderisch wie die Holländer." Vielleicht stimmte hier nur der Vergleich mit Belgiern und Deutschen, aber sie hatten Erfolg mit der konsequenten Arbeit am Gegenspieler. Die Zuschauer spürten es – nur die etwa 15 000 Dänen im Stadion schwenkten ihre Fahnen.

Das große Pech der Dänen: In der 43. Minute verletzte sich Allan Simonsen bei einem Zusammenprall Le Roux schwer. In der Pause zur zweiten Halbzeit hieß es, er habe sich das Schienbein gebrochen. Ein schwerer Verlust für die dänische Mannschaft, der kleine ehemalige Mönchengladbacher, der unter Trainer Hennes Weisweiler zum Weltklassespieler wurde, gilt als der Kopf der Mannschaft. Er ist der Mann, der mehr noch als Lerby Ruhe und Ordnung ins Spiel bringen kann.

Genau das sind Eigenschaften, die dem Spiel der Franzosen fehlten. Sind sie auch ein Opfer dieses vertrackten Eröffnungsspiels eines internationalen Turniers geworden, in dem sich die Nervosität und Spannung der langen Vorbereitungszeit noch nicht lösen konnte? Die Mannschaft, die von allen Experten als neuer Titelträger getippt wurde, rutschte jedenfalls von einer hektischen Phase in die nächste. Es gab kaum Kombinationen, es dauerte viel zu lange, ehe sie Abwehr und Mittelfeld überbrückten. Hier waren die Dänen schneller, geschickter und zielstrebiger. Bayern Münchens Trainer Udo Lattek: „Es sah so aus, als hätten die Franzosen vergessen, daß man auch laufen muß, um Erfolg zu haben. Platini gab sich in einigen Szenen selbst auf."

Frankreich: Bats (27 Jahre/7 Länderspiele) – Bossis (28/55) – Battiston (27/31), Le Roux (24/9), Amoros (23/21) – Fernandez (24/31), Tigana (28/28), Giresse (31/28), Platini (28/48) – Lacombe (31/34), Bellone (22/14). – **Dänemark:** Qvist (34/25) – Morten Olsen (34/62) – Busk (31/29), Nielsen (27/16) – Bertelsen (32/44), Arnesen (27/31), Simonsen (31/47), Lerby (26/37) – Laudrup (19/13), Berggreen (26/15), Larsen-Elkjaer (26/38). – **Schiedsrichter:** Volker Roth (Deutschland). – **Zuschauer:** 48 370 (ausverkauft). – **Tor:** Platini (79.). – **Auswechselspieler:** Lauridsen (25/13) für Simonsen (46.), Domergue (26/1) für Le Roux (61.).



Herzliche Begrüßung: Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundestrainer Jupp Derwall. FOTO: AP

Kohl: „Wir müssen alles vergessen und wieder zusammenstehen …"

ULRICH DOST, **Paris**

Plötzlich tauchte er auf. Wie eine dicke Hummel schwebte der weiße Hubschrauber über den Baumkronen. Und genau in diesem Moment reckten die deutschen Spieler bei einer Gymnastik-Übung im Training beide Arme in die Luft und schwenkten sie hin und her. Eine Form der Begrüßung? Symbol der Hoffnung, daß nun etwas Gutes von oben kommen möge?

Mit dem weißen Hubschrauber des französischen Staatspräsidenten kam Bundeskanzler Helmut Kohl ins Quartier der deutschen Nationalmannschaft in St. Germain-en-Laye. Gestern um 10.55 Uhr schaltete sich der Mann, der die Richtlinien der deutschen Politik bestimmt, in die Fußball-Europameisterschaft ein. Geistig moralische Wende bei den deutschen Nationalspielern, deren Auftritt bei der Weltmeisterschaft in Spanien bei einigen ausländischen Beobachtern wieder das Bild vom „häßlichen Deutschen" in Erinnerung gebracht hatte? Kohl: „Bei uns wird immer gegen etwas demonstriert. Ich bin hier, um für die Nationalmannschaft zu demonstrieren."

Plötzlich war sogar Beifall zu hören. Die Spieler waren es, die in die Hände klatschten. Kohl lief direkt auf seinen pfälzischen Landsmann Hans-Peter Briegel (Kaiserslautern) zu und gab ihm die Hand. Was folgte, waren Grupperbilder mit Kohl. Der Bundeskanzler: „Den Briegel kenne ich gut, selbstverständlich auch Rummenigge". Briegel: „Ich kenne ihn persönlich nicht, wir waren einmal bei ihm eingeladen, als er noch in Mainz war."

Nun ja, was sollte es, der Bundeskanzler brauchte noch etwas Nachhilfeunterricht. „Was ist denn der Falkenmayer", fragte er den mitangereisten FDP-Fraktionsvorsitzenden Mischnik, von dem bekannt ist, daß er sich gerne als Fußballexperte sieht. Mischnik, ganz Kenner: „Der Falkenmayer? Das ist der kleine Lockenkopf ohne Leibchen. Ach ja, unser Ralfchen, er ist der Häuptling der Rasselbande." Mischnik sitzt oft in Frankfurt auf der Tribüne und schaut sich die Spiele von Falkenmayers Klub Eintracht Frankfurt an („Der Ralf ist bestimmt nicht sauer wenn er hier nicht spielt.") Von daher die Kenntnis und die Sympathien.

Aber ist nun der Bundeskanzler ein Fußballfan geworden oder war sein Auftritt nur Werbung für die Europawahlen am 17. Juni? Kohl hatte sich gut vorbereitet, er wußte, daß diese Fragen kommen würden. „Sie werden schreiben," sagte er zu den Journalisten, „daß es Wahlkampftermin sei, aber *dadurch* wird es *auch nicht* richtiger." Da wußte er noch gar nicht, was am nächsten Tag in den Zeitungen stehen würde, aber er ahnte es wohl …

Es sei seine ureigenste Idee gewesen, mal kurz nach Paris zur Nationalmannschaft zu fliegen. Vor einer Woche sprach er „im Plenum den Mischnik an". Nun wurde der Bundeskanzler nicht müde, seine frischgewonnene Sympathie für den Bundestrainer und die Nationalmannschaft zu unterstreichen. Vor kurzem habe er den Sportteil einer Zeitung gelesen. Wieder einmal waren die Journalisten mit Derwall nicht gerade freundlich umgesprungen, da habe er den Bundestrainer spontan angerufen und ihm Unterstützung für Frankreich zugesagt. Helmut Kohl: „Es wird vieles geschrieben, was nicht konstruktiv ist. Ich weiß wie das ist, wenn man immer im Mittelpunkt des Angriffs steht. Fußball ist doch eine schöne Sache, wir müssen alles vergessen, was in Spanien war und wieder zusammenstehen."

Schließlich sei ihm der Fußball gar nicht so fremd. Früher sei auch er dem Ball nachgejagt, beim SV Friesenheim und für Phoenix Ludwigshafen, als Mittelläufer („Im Kopfball war ich gut"). Bei den Spielern und selbstverständlich beim Bundestrainer kam der Abstecher von Bundeskanzler Helmut Kohl gut an. Torwart Harald Schumacher: „Ich fand das gut, daß er kam. Italiens Staatspräsident Pertini ist auch ein Fußballverrückter. Eins steht fest: Kohls Vorgänger Helmut Schmidt hat sich nie bei uns im Trainingslager sehen lassen." Jupp Derwall fand den Auftritt in seinem rheinischen Dialekt „einfach jut". Derwall: „Mir gefällt es nicht, daß in diesen Besuch so viel hineininterpretiert wird. Unsere Spieler sind jetzt zusätzlich motiviert, das zählt für uns. Solidarität tut uns sehr gut. Schließlich spielen wir für Deutschland, und Helmut Kohl ist unser Bundeskanzler."

Später haben sie dann noch gemeinsam zu Mittag gegessen. Melone *mit Schinken*, Filet mit Gemüsebeilagen und Salat, als Dessert Käse oder Erdbeeren mit Eis. Und um drei Uhr saß Kohl wieder an seinem Schreibtisch in Bonn. Kohl: „Wenn Deutschland im Finale steht, komme ich am 27. 6. wieder nach Paris." Einen Termin mit dem neuen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker hat er für diesen Tag deshalb nur locker abgesprochen: „Das Endspiel hat Vorrang, das habe er ihm gesagt, dafür hat er auch Verständnis."

War es nun ein Wahlkampftermin für den 17. Juni? An diesem Tag spielt die deutsche Mannschaft gegen Rumänien und der Kölner Pierre Littbarski sagt: „Ich habe mich nicht per Brief an der Europawahl beteiligt. Das ist mir viel zu kompliziert …"

Streit um Spielkunst und Härte

sid, **Lyon**

„Derzeit hat die Defensive ein unangemessenes Übergewicht. Wir müssen mehr Risiko auf uns nehmen und die Spieler zum Angriffsfußball erziehen." Das fordert der französische Trainer Michel Hidalgo, und um dieses Ziel zu erreichen, sei er notfalls bereit, im eigenen Lande mit fliegenden Fahnen unterzugehen. Denn schließlich erwarte er von der Fußball-Europameisterschaft in Frankreich das, auf was sich auch die Fans freuen: auf „ein Spektakel, das die Zuschauer endlich wieder in die Stadien treibt."

Die Europameisterschaft vor vier Jahren war Anlaß für diese neue Ausgangslage. „Europa hat mich schwer enttäuscht", resümmierte damals Argentiniens Trainer Cesar Luis Menotti. Und der ehemalige englische Nationalspieler Bobby Charlton sagte: „Das Turnier in Italien konnte wahrhaftig keinen Fan begeistern. Da gab es kaum Ideen und Varianten. Es wurde nur auf Sicherheit gespielt."

Den Beweis dafür lieferte in erster Linie die deutsche Mannschaft. Zwar konnte sie ihren zweiten Europameister-Titel feiern, von spielerischem Glanz war jedoch keine Rede. Und danach sank das Niveau von Spiel zu Spiel. Bei der Weltmeisterschaft in Spanien sank die Spielkultur dann auf die Talsohle.

Bundestrainer Jupp Derwall will das nun ändern: „Wir spielen auf Angriff." Sein deutscher Kollege Sepp Piontek, Trainer der Dänen, will ebenfalls „alles versuchen, um attraktiven Fußball zu bieten."

Ob sich das auch in die Tat umsetzen läßt, Derwalls spanischer Trainer Kollege Miguel Munoz befürchtet, beim Turnier in Frankreich werde „eher konservativer Fußball gespielt". Der rumänische Coach Mircea Lucescu *wiederum hält das Aufeinandertreffen* verschiedener europäischer Spielarten zwar für „sehr interessant", fürchtet aber: „Die EM in Frankreich wird härter als die WM in Spanien." Während Piontek begrüßt, daß Teams wie Frankreich, Portugal oder Spanien „den Individualismus fördern", fürchtet Lucescu: „Es wird Schlachten um den Einzug ins Halbfinale geben. Um die Schönheit des Fußballs wird sich niemand kümmern." Der mit 38 Jahren jüngste Trainer bei der EM unterstellt seinen Kollegen, „die von hehren Zielen reden": „Niemand wird so naiv sein, die schönen Worte vom Offensiv-Fußball in die Tat umzusetzen. Der moderne Fußball ist vor allem Kampf und erst in zweiter Linie Spiel."

Auf gute Resultate wird es nicht nur Lucescu ankommen. So bedauert Belgiens Trainer Guy Thys, seine Abseitsfalle mit der neuformierten Abwehr nicht im gewohnten Stil durchführen zu können, obwohl gerade die Abseitsfalle als destruktives Mittel gilt. Und es wird sich auch zeigen, daß Mannschaften aus Rumänien, Portugal oder Spanien, allesamt Gegner der deutschen Mannschaft, den Belgiern dieses abgesehen haben. Vom Offensiv-Fußball sind sie allesamt weit entfernt.

NACHRICHTEN

Apollonios geschont?

Köln (kgö) – Apollonios aus dem Gestüt Schlenderhan, Mitfavorit im deutschen Galopp-Derby, wird am Sonntag *nicht wie vorgesehen im* Bremer Bayeff-Rennen antreten. Er soll direkt am 1. Juli im Derby in Hamburg laufen. Zuletzt siegte er am 20. Mai im Hertie-Preis. Angeblich soll er geschont werden.

Weiter Wurf von Tiainen

Tampere (sid) – Der finnische Hammerwerfer Juha Tiainen stellte bei einem Sportfest in Tampere mit 81,52 Meter die Jahres-Weltbestleistung von Olympiasieger Juri Sedych (UdSSR) ein.

Formel 2: Danner Vierter

Pau (sid) – Der Neuseeländer Mike Thackwell kam in Pau auf einem Ralt-Honda beim sechsten Lauf zur Formel-2-Europameisterschaft zu seinem fünften Saisonsieg. Der Münchner Christian Danner belegte auf March-BMW den vierten Rang.

Beyer dicht am Weltrekord

Rehlingen (sid) – Kugelstoßer Udo Beyer aus der „DDR" verfehlte bei einem Leichtathlketik-Sportfest in Rehlingen mit 22,04 Metern seinen eigenen Weltrekord nur um 18 Zentimeter.

Barbara Hund führt

Bad Aibling (dpa) – Titelverteidigerin Barbara Hund (Leverkusen) liegt bei der deutsachen Schachmeisterschaft der Damen in Bad Aibling nach ihrem Sieg in der fünften Runde über die Hamburgerin Regina Grünberg mit 4,5 Punkten allein an der Spitze. In der nächsten Partie trifft sie auf ihre schärfste Konkurrentin *Anja Dahlgrün (Hamburg), die mit* vier Punkten auf Platz zwei rangiert.

Turin holt Brasilianer

Turin (sid) – Der brasilianische Fußballstar Junior wechselt für eine Ablösesumme von fünf Millionen Mark von Flamengo Rio de Janeiro zum AC Turin. Der 30 Jahre alte Verteidiger unterschrieb bei dem italienischen Erstligaklub einen Dreijahresvertrag, der ihm etwa drei Millionen Mark einbringt.

ZAHLEN

SPRINGREITEN

Großer Preis von Wiesbaden nach einem Stechen: 1. Senderos (Mexiko) Massacre 4/45,14 Sek., 2. de Ballanda (Frankreich) Loripierre Malesan 4/46,90. 3. Hirsch Marathon 4/152,46. 4. Frühmann (beide Österreich) Bandit 4/153,31. 5. Luther (Pinneberg) Lucky 4/154,52. 6. Snoek (Münster) Palma Nova 4/154,95.

MOTORSPORT

Formel-2-Europameisterschaft in Pau, sechster von elf Läufen: 1. Thackwell (Neuseeland) Ralt-Honda 1:29:39,73 Std. (134,826 km/Std.), 2. Streiff (Frankreich) AGS-BMW 1:30:20,59. 3. Moreno (Brasilien) Ralt-Honda 1:30:23,45. 4. Danner (Deutschland) March-BMW 1:30:41,70. – EM-Stand: 1. Thackwell 51 Punkte. 2. Moreno 25. 3. Danner 18.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette 6 aus 45: 5, 18, 29, 31, 35, 41, Zusatzspiel: 14. (Ohne Gewähr).

MOTORRAD / Toni Mang wieder auf dem Weg zum Weltmeister-Titel

Die neue Freundin und der alte Mechaniker sorgen wieder für Ruhe

KLAUS BLUME, **Bonn**

„Ich möchte doch so gern noch einmal Weltmeister werden." Das hat Toni Mang im letzten Winter gesagt, als es damals darum ging, die 250er Yamaha konkurrenzfähig umzurüsten. Jetzt siegt der 34jährige Bayer aus Inning am Ammersee wieder: In Le Castellet gewann der viermalige Weltmeister den sechsten Lauf zur diesjährigen Motorrad-Weltmeisterschaft, den Großen Preis von Frankreich. Es war sein dreißigster Grand-Prix-Sieg nach langer Durststrecke, und die Ausgangslage zur Saison-Halbzeit ist günstig: Hinter dem Franzosen Christian Sarron liegt Mang mit 14 Punkten Abstand an zweiter Stelle der Weltmeisterschafts-Wertung.

Vor einem Jahr sah es ganz anders aus. Da plagten Mang Kniebeschwerden nach einem Ski-Unfall, da hatte er die Trennung von seiner Verlobten Waltraud Pupeter, der Tochter des Inninger Bürgermeisters, nicht verwunden, da gab es Ärger um die 500er Suzuki und Spannungen mit seinem Schulfreund und Mechaniker Sepp Schlögl. Damals sagte Schlögl im Gespräch mit der WELT: „Ich glaube, einen halben Tag lang läuft er in München von Arzt zu Arzt. Was er in den anderen Stunden tut, weiß ich nicht, er ist ständig unterwegs. Bei mir in der Werkstatt läßt er sich nicht mehr blicken. Ich bediene die Telefone und kann im Grunde über das Unternehmen 'Toni Mang – Motorrad-Weltmeister' schon deshalb keine Auskunft geben, weil er einfach nicht mehr vorhanden ist."

Das alles hat sich grundlegend geändert. Das lädierte Knie ist wieder heil, das Motorrad „eine Pfundskiste" (Schlögl) und privat hat sich Mang auch wieder gefangen. Im letzten Herbst hat er bei einem Rennen in Südafrika seine neue Freundin Colette kennengelernt, die ihn nun zu den Rennen begleitet und die mittlerweile auch bei ihm in Inning in der Toni-Mang-Straße Nummer 1 wohnt. Daß die Südafrikanerin zu ihm hält, mache bei ihm gleich vier PS mehr aus, sagen Freunde.

Aber alles der Reihe nach: Mang bekam eine sogenannte Produktionsmaschine von Yamaha. 105 Kilogramm wog das Motorrad, inzwischen sind es nur noch 91 Kilogramm. Mang hat Spezialtanks aus dem superleichtem Werkstoff Kevlar fertigen lassen. Gewicht: ein Kilogramm. Preis pro Stück: 4000 Mark. Die Radachsen wurden aus Titan gefertigt, Schrauben zum Teil aus jenem leichtem Aluminium, das beim Flugzeugbau verwendet wird. Auch die Zylinder ließ Mang eigens für sich gießen, und das Fahrgestell wurde ähnlich, wie einst bei seiner berühmten Kawasaki, entworfen und produziert. Der Motor leistet mittlerweile an die 70 PS, was eine Spitzengeschwindigkeit von rund 270 Stundenkilometer zuläßt.

Jene gemeinsame intensive Arbeit brachten auch Schlögl und Mang wieder näher, und als am Pfingstwochenende in Le Castellet beim Training Zylinderkopf und Kurbelwelle ihren Geist aufgaben, bastelten die beiden mit bayerischer Bierruhe weiter, indes Colette das Bier dazu servierte. Im Rennen spielte Mang dann seine Routine aus, das, was die Konkurrenz kalkulierten Kampfgeist nennt. Ein Beispiel dafür: Als sich Mang während des Rennens einmal verbremst hatte und zurückfiel, brauchte er nur drei furiose Runden, um die Angelegenheit wieder zu bereinigen. Sarron sagte: „Da merkst du, wie abgebrüht der jetzt ist."

Sicher, denn fünf Jahre Grand-Prix-Erfahrung mehr als die Konkurrenz – das macht in dieser Branche schon einiges aus. Und Mang – eingedenk seiner Pleite in der 500er Klasse in der letzten Saison („Da bist du unheimlich aufs Material angewiesen") – weiß freilich, wie er sich und das Motorrad in der Viertelliter-Klasse in den Griff bekommen kann. Er weiß freilich auch, daß in letzter Zeit die Konkrrenz größer und auch heftiger geworden ist, vor allem die aus Deutschland. Denn auf dem fünften Platz der Weltmeisterschafts-Wertung liegen derzeit gemeinsam der Münchner Martin Wimmer (Yamaha) und der Lampertheimer Manfred Herweh (Real). Das könnte zum Schluß der Saison noch ein ganz heißes Finale werden, wenngleich Mang hofft, die anderen beiden Deutschen würden ihn im Falle eines Falles im Kampf gegen die ausländische Konkurrenz unterstützen.

STAND ● PUNKT

Juantorena, Castro und ein Rennen in Fürth

Er habe sich in seiner langen Karriere schon durch viele Probleme gebissen, „und nun bin ich hier in Fürth". Resignation eines großen Läufers. Die verzeifelte Feststellung von Alberto Juantorena aus Kuba: Das internationale Sportfest in Fürth als Ende aller *Olympiaträume*. In Los Angeles wollte er seinen Abschied zelebrieren – nach 15 Jahren Hochleistungssport, nach zwei Olympiasiegen 1976 in Montreal über 400 und 800 Meter. Daran hatte er keine Zweifel.

Denn immer, wenn er sich nach der sommerlichen Tingelei im Herbst verabschiedeten, sagte er: „Ich komme ganz bestimmt wieder. Auf Fidel Castro ist Verlaß." Von wegen. Castro hat Kubas Olympia-Boykott beschlossen und Alberto kann daheim in seinem Vierzimmer-Haus bei Havana nun seinem ganz alltäglichen Olympia-Frust frönen. Voriges Jahr in Helsinki sagte er noch: „Die Zeit zerrinnt mir unter den Füßen." Anschließend haben sie ihn im 800-m-Zwischenlauf dermaßen beharkt, daß er den rechten Knöchel brach.

In Fürth hat er Schuhe und Strümpfe ausgezogen, die Narben gezeigt und dabei die Gebetsmühlen aus Havana heruntergeleiert, er, der Freund Castros. Doch dann ist ihm der Kragen geplatzt: „Es ist doch wichtig, den richtigen Zeitpunkt zum Aufhören zu finden, oder nicht?" Er sollte es seinem Freund Castro sagen. Immer und immer wieder.

K.Bl.

SCHWIMMEN

27 Starter für Olympia-Team vorgeschlagen

sid/dpa, **München**

Nach Abschluß der Deutschen Meisterschaften hat der Deutsche Schwimm-Verband (DSV) dem Nationalen Olympischen Komitee (NOK) für Deutschland insgesamt 27 Schwimmer für das Olympia-Aufgebot vorgeschlagen. Nach einer nächtlichen Aussprache zwischen DSV-Schwimmwart Jürgen Kozel, den drei Bundestrainern Horst Planert, Manfred Thiesmann und Niels Bouws, sowie Aktivensprecher Peter Lang wurden letztlich auch die Kandidaten berücksichtigt, die bei den Titelkämpfen in München *nicht* überzeugen konnten.

Für das Olympia-Team wurden vorgeschlagen, Damen: Christiane Pielke (Hannover), Susanne Schuster (Bietigheim), Ina Beyermann, Birgit Kowalczik, Sabine Zbiek, Petra Zindler (alle Köln), Karin Seick (Winsen), Iris Zscherpe (Berlin), Angelika Knipping (Heidelberg), Svenja Schlicht (Nienhagen), Sandra Dahlmann (Gladbeck), Ute Hasse, Birgit Schulz (beide Bonn).

Herren: Michael Groß (Offenbach), Thomas Fahrner (Lyon), Alexander Schowtka, Stefan *Pfeiffer (beide* Hamburg), Dirk Korthals (Gladbeck), Rainer Henkel (Köln), Andreas Schmidt, Ralf Diegel (beide Bonn), Peter Lang (Darmstadt), Gerald Mörken (Dortmund), Frank Kleinert, Nikolaj Klapkarek (beide Bochum/Wattenscheid), Andreas Behrend (Nekkarsulm), Stefan Peter (Heidelberg).

Der Biß der Ökodogge

P. Jo. – „Nil nisi bene" pflegt die SPD über die Grünen zu sagen. Denn nachdem sie sich in Hessen als Mehrheitsbeschaffer bewährt haben, denkt man im Brandt-Zirkel schon an die politische Zukunft, die für die Sozialdemokraten so grün nicht aussieht. Zugleich hofft man auf diese Weise Nachwuchswähler zu gewinnen, denen gern ein emotionales Verhältnis zur Politik und damit eine Vorliebe für die „Alles-oder-nix"-Alternativen unterstellt wird. Aber ist dem wirklich so?

Der Friedrich-Verlag, der allerhand pädagogische Zeitschriften – progressive natürlich – herausgibt, räumt in seinem Jahresheft für 1984 „Schüler – Herausforderung für Lehrer" vier Seiten einem „Wörterverzeichnis zum heutigen Jugendjargon" ein. Und dabei fällt auf, daß „der Öko" da mit Ausdrücken bedacht wird, die allemal einen ironischen, wenn nicht gar negativen Klang haben.

Die „Latzhose", die die Lieblingsuniform der Alternativen zur Person erhebt, ist noch die freundlichste Variante. Von der „Alternativ-Schlampe", die die demonstrative Vernachlässigung ihres Äußeren für eine feministische Tat hält, läßt sich das schon nicht mehr sagen. Beim „Müslimensch" *wie beim* „Ökofreak" klingen Herablassung an. Und wenn das „Greenhorn" aus der Westernsprache übernommen wird, so wird die alte Bedeutung flugs einer neuen Gruppe zugesprochen. Die „Ökodogge" erweist sich als eine aktuelle Variante des zeitlosen Schimpfwortes „Hund". Und jene Spezies, die Wiesen und Wälder zertrampelt, um für den Umweltschutz zu demonstrieren, und die vor Gewalt nicht zurückschreckt, um dem, was sie „Frieden" nennt, näher zu kommen, rangiert unter „Bio-Chaot".

Nur ein „Tiefflieger" oder „U-Boot-Fahrer", also einer, bei dem's nicht „tickt", kann glauben, so spreche das grüne Wahlvolk, der Wähler des Koalitionspartners von morgen.





Die Zeitgenossen mit der Unbefangenheit eines Amateurs aufgenommen: „Beim Großen Preis des A. C. F. in Dieppe" (1912) und „Auf der Avenue des Acacias" (1911) von Jacques-Henri Lartigue FOTOS: LARTIGUE

Die optimistischen Lektionen des Jacques-Henri Lartigue

Nulla dies sine linea", das Wort, das dem Apelles zugeschrieben und seitdem von vielen Künstlern beherzigt wird, müßte man für Jacques-Henri Lartigue in „Nulla dies sine photographia" variieren. Seit er zu seinem zehnten Geburtstag eine Kamera geschenkt bekam, hat er *immer photographiert: was er sah,* was ihm gefiel, was er komisch fand. Und das tut er auch heute, an seinem 90. Geburtstag, noch.

Lartigue hat man den Amateurphotographen par excellence genannt. Bis zu seinem siebzigsten Lebensjahr kannten allenfalls Freunde seine Aufnahmen. *Ihm, der sich als Maler fühlte* und in dem Beruf, auf den er nicht angewiesen war, auch nicht ohne Erfolge blieb, war das Photographieren eine reizvolle Nebenbeschäftigung, die er allerdings oft mit großem Ernst ausübte. Das verraten nicht zuletzt seine Tagebücher, in denen er mit einfachen Zeichnungen festhielt, was er an dem jeweiligen Tag aufgenommen hatte.

Erst 1963 wurden von ihm Bilder bekannt. „Life" druckte einige Aufnahmen ab. Noch im selben Jahr organisierte das New Yorker Museum of Modern Art eine Ausstellung. Und nun war Lartigue plötzlich in aller Munde. Denn seine Bilder zeichnet *etwas aus, was den professionellen* Reportern fehlt. Sie strahlen Privatheit und Intimität ohne Indiskretion aus. Da er ein völlig ungezwungenes Verhältnis zu seiner Umwelt hat, gelingen ihm Aufnahmen, die aus dem Einverständnis zwischen dem Photographen und den Photographierten leben. Es ist der Alltag der weitverzweigten Familie, die er im Bild festhält. Den Bruder beim Spiel, beim Basteln von Drachen und Flugzeugen, mit denen er sich tatsächlich in die Luft erhebt. Die Eltern, Onkel und Tanten erscheinen, aber nicht in der steifen Photographierpose der Zeit, sondern ungezwungen in lebendigen Momenten. Bald kommt die „Gesellschaft" *dazu.* Die Modedamen beim Rennen von Auteuil 1910 oder in Biarritz, die Herren beim Autorennen Paris–Tours 1912 oder im Buffalo Vélodrôme 1908. Später sind es Maurice Chevalier, Picasso, Cocteau, der junge Senator von Massachusetts, John F. Kennedy, und viele andere Prominente, die sich ohne aufgesetzte Selbstinszenierung in diesem „Phototagebuch unseres Jahrhunderts" (wie es Avedon nannte) finden.

Für Lartigue ist es – ungeachtet der politischen Wirklichkeit – ein freundliches Jahrhundert. Ein zerschossenes Auto an der Place Vendôme 1942, Pariser beim Barrikadenbau 1944, dann die Befreiung, er registriert es, *aber mehr* auch nicht. Denn Lartigue verfügt über ein heiteres Selbstbewußtsein, das dem Leben stets die guten Seiten abzugewinnen vermag. Eine charakteristische Aufnahme von 1970 zeigt ihn als einen lächelnden, schlanken, agilen älteren Herrn, der für einen jungen japanischen Kollegen mitten in Paris posiert. Das Photographieren – und das Photographiertwerden – ist ihm ein Vergnügen, wie es das Leben auch ist. Das spürt man, wenn man seine Bilder betrachtet. Und weil diese Weltsicht *in unserer Zeit, die auf ihren Pessimismus so stolz ist,* noch immer als Rarität zählt, müssen wir Jacques-Henri Lartigue für seine optimistischen Lektionen dankbar sein.

PETER DITTMAR

Das poetische Narrenschiff '84 – Siebzig europäische Schriftsteller gaben sich vier Tage lang ein Rendezvous auf dem Rhein

Mit den EG-Eiern hat die Loreley nichts im Sinn

Es gibt kaum etwas Lustigeres als 70 Poeten auf einem Haufen. Was soll man sich auch sagen, wenn man zu schreiben gewöhnt ist. Und keiner dabei, der den Spaß verdirbt. Irgendwie mußte sich das auch die rheinland-pfälzische Kulturstiftung Bahnhof Rolandseck gedacht haben, als sie 70 Literaten aus vier Ländern zu einer Schiffsreise auf dem Rhein einlud. Zwölf Feuilleton-Redakteure mußten auch mit. Das ZDF *immer dabei. Lie ver ging's nicht.*

Es ging von Basel nach Rotterdam. Fünf Tage lang. Das tut keiner freiwillig. Auch wenn die Weiße Flotte beeindruckend das Gegenteil beweist. Es gibt nichts Langweiligeres als den Oberrhein, mit Ausnahme des Niederrheins, der ist noch langweiliger. Aber man weiß ja, Schriftsteller in *Massen sind irgendwie ein lustiges* Ereignis. Das entschädigt. Also.

Es konnte losgehen. Aber es ging nicht los. Irgendein Programmacher hatte sich vorgenommen, am Freitagnachmittag den 70 Bücherschreibern zu zeigen, was für eine tolle Kunststadt Basel ist. Ab ins Kunstmuseum zu Strawinsky und ab in den Merian-Park zu *Skulpturen aus* aller Welt. Komplimente für die Mühe. Dankbar und höflich vergaß man, danach zu fragen, was das alles mit dem Rhein zu tun habe. Genausogut hätte man ins Naturhistorische Museum gehen können. Die zeigen gerade Vogeleier.

Dann ging es also endlich los. Eigens dafür vorgesehener Programmpunkt: „Die Schriftsteller gehen an Bord". Keine Böllerschüsse, keine Kirchenglocken. Einfach so. Dennoch war das Schiff kein gewöhnliches Schiff. In großen Lettern stand geschrieben: „Narrenschiff". Das machte unsere Schriftsteller weder verlegen noch stutzig. Es war so ausgemacht. Denn das Schiff sollte unter dem Motto eines Buches segeln, das, von dem Straßburger Rechtsgelehrten Sebastian Brant verfaßt, 1494 in Basel erschienen war. Ein Buch, das in 112 Kapiteln die Narretei aufspießt, der Menschen damals und dauerhaft fähig waren. Vor dem Schlafengehen wurden dann, allerdings reichlich bemüht, ein paar Brantsche Kostproben vorgetragen.

„Ihre wievielte Rheinfahrt ist das?" fragte ich Witold Wirpsza beim Frühstück. „Meine erste. Ich bin noch nie auf einem Fluß gefahren." Dann ist die Schiffsreise also ein Erlebnis? „Ich komme mir vor wie in einer großen *Straßenbahn", antwortete der* alte Herr mit Gleichmut. Sachlich und konzentriert schiebt er sich das Brötchen in die Backen. Rheinromantik? „Wo ist denn hier Romantik?" Ein angestrengter Blick nach links auf das französische Atomkraftwerk Fessenheim. Ein gelangweilter Blick nach rechts auf Auwälder und Kiesgebirge.

Ein Dichter sitzt auf dem Oberdeck. Er räuspert sich. Nein, er hat wirklich geseufzt. Seine Schreibkladde wartet auf die Eingebung. Es war vereinbart, daß man sich etwas einfallen läßt zum Thema Rhein. Dichtung auf Bestellung. Und daß man dies alsbald kundtut und in den auf dem Schiff veröffentlichten Rundbriefen sogleich veröffentlicht. Workshop in Progress. Wir sind international: 10 Schweizer und 30 Deutsche. Wir sind polyglott: 15 Franzosen und ebenso viele Holländer. Wir sind ein bißchen babylonesk: Die Verwirrung reicht vom pastos rumänischen Auswandererdeutsch übers schweizerische Guttural bis hin zum kratzenden Delta-Niederdeutsch. Man rückt zusammen.

Wir nähern uns Straßburg über die Industrie-Südschleife. Kräne, zersplitterte Fabrikfenster, Schlote. Ach, für ein Sesenheimer Behagen müßte *man in eine andere Haut schlüpfen* können. Kann man aber nicht. Das wurde in Straßburg auf unvorhergesehene, störende, ja, schmerzliche Weise deutlich. Der Besuch galt dem Europarat. Der Programmpunkt lautete: „Schriftsteller fordern Europa". Gewünscht war ein Gespräch zwischen den Literaten und den Euro*paparlamentariern. Austausch zwi*schen Geist und Politik. Nichts davon. Statt dessen ein Eklat.

Die Schriftsteller forderten zwar: Harry Mulisch z. B. ein von den Blökken unabhängiges Europa, Walter Helmut Fritz Verständnis für den Träumer, der darüber nachsinnt, was möglich wäre, oder Ludwig Harig die Abschaffung der EG-Eier, weil sie nach nichts schmecken, um den Weg frei zu haben für eine so vernünftige Sache wie Europa.

Aber die poetischen Speerspitzen trafen nicht. Kein Abgeordneter hörte zu, aber auch kein einziger. Statt ihrer hatten die Schriftsteller Platz genommen an den Pulten mit den Stimmab*gabeknöpfen. Man durfte, was sonst* nur Schulklassen dürfen: einmal Parlament spielen. Die Vortragenden nahmen auf den Präsidiumssesseln Platz, Erich Fried wurde zum Vorsitzenden ernannt. Und alle spielten sie mit – bis, ja, bis der holländische Autor Hans Antonius Faverey an der Reihe war: Er werde nur lesen, wenn mindestens zehn Parlamentarier im Saale wären. „Sind zehn da?" Stille. Unruhe. Faverey packte sein Schreibzeug, verließ das Podium. Das Spiel war aus. Das Motto der Rheinreise war hinterrücks zum Ernst geworden. Es prasselten Vorwürfe auf die Programmgestalter hernieder, die gewußt (und verschwiegen) hatten, daß die Abgeordneten im Wahlkampf waren, und auf den Mitveranstalter ZDF (und Hauptträger der 400 000 Mark Kosten), dem es mehr um „schöne" Bilder ging als um Literatur.

Aber am nächsten Tag lachte die Sonne. Schließlich war Pfingsten. *Der Groll vom Vortag war verraucht.* Die Kaiserdome von Speyer und Worms ziehen vorbei. In Mainz legen wir an. Der Kabarettist Hanns Dieter Hüsch ist da. Er grüßt die Lasker-Schüler, die Suprematisten und die Müllabfuhr und zieht auch sonst vom Leder. Im Gutenberg-Museum wird gesetzt, gedruckt und signiert. In der *Altstadt wird gelesen. Themen:* Seepferdchen, Schweinehaltung, Krieg und Seifenblasen. Es ist ein warmer Abend. Wir haben Ausgang bis zum Wecken.

Am Pfingstmontag wird's dann ernst. Germania mahnt mit erhobener Hand vom Niederwald herunter. Wir fahren ins Loch. Ab Bingen wird es eng. *Es beginnt der Strom,* der „Frankreich begeistert und Deutschland so besinnlich macht". Meinte Victor Hugo 1839. Horst Krüger schüttelt den Kopf: „Ich weiß nicht. Für mich sind Schiff und Strom ein mythologisches Urphänomen. Begeisterung? Ein Erlebnis, ja." Hans Bender sekundiert: „Es ist schön am Rhein, aber ich kann den Rhein nur literarisch erleben." Oder man erlebt ihn elektronisch mit unserem dritten Augen, das ungeniert und wachsam alles aufzeichnet. Selbst vom Ufer aus hat uns ein ZDF-Team immer im Blick.

Der Bordgong ertönt. Es wird Wein kredenzt. Dreisprachig kommt die Loreley über uns. Dann das Lied. Dann der Fels. Das blonde Weib, wie immer, hält sich bedeckt.

Im historischen, aber funktionstüchtigen Bahnhof Rolandseck herrscht Volksfeststimmung. Freibier und Weinschorle sind wichtigster Programmpunkt. Zwischendurch der Auftritt des argentinischen Grupo Accion Instrumental: eine Art orphischer Sphärenfuturismus oder elektrische Hanswurstiaden von Endzeitmarionetten oder eine Messe der verkanteten Gefühle. Wer will sich da schon festlegen. Nach diesem Zeitmaschinenspuk wieder Prosa und Verse *unserer Schriftsteller für Zeit* (und Ewigkeit).

Heinrich Böll hat einmal zwischen dem Weintrinkerrhein und dem (von Köln bis Rotterdam reichenden) Schnapstrinkerrhein, für den er plädiert, unterschieden. Ich schließe mich ihm an, nur mit umgekehrtem Schluß. Ich mag keinen Schnaps. Also geht mich auch der Schnapstrinkerrhein nichts an. In Rolandseck verließ ich das Schiff.

WOLFGANG MINATY

Der Film „Dead Zone"

Puppen und Teddybären in Flammen

Hätte Johnny die Lust nicht verschmäht, wäre ihm viel Leid erspart geblieben. Denn statt die Nacht bei seiner Freundin zu verbringen, machte sich der hagere Englischlehrer *müde auf den Heimweg.* Dann passiert es. Ein Lastwagenfahrer nickt am Steuer ein, sein Gefährt schlittert quer über die Straße und rammt Johnnys Auto. Als Johny aus dem Koma erwacht, sind nicht Stunden vergangen, sondern Jahre.

Behutsam päppelt der Arzt (Herbert Lom *in einer nuancierten Nebenrolle) den Patienten wieder auf.* Doch etwas stimmt nicht. Als ihm eines Tages die Krankenschwester den Puls fühlt, rasen schreckliche Bilder durch Johnnys Kopf. Ein Kind kauert verängstigt im brennenden Zimmer. Und während Johnny Puppen und Teddybären verschmoren sieht, beschwört er die Schwester, nach Hause zu laufen. Im letzten Moment kann sie ihre Tochter aus den Flammen retten. Bestseller-Autor Stephen King, der schon immer gern mit dem Übersinnlichen flirtete, hat seinem Helden in „Dead Zone" also das zweite Gesicht gegeben. Zudem begreift der asketische Hellseher bald, daß er die Zukunft sogar beeinflussen kann.

Es war zu befürchten, daß David Cronenberg nach seinem schrillen Horrorfilm „Scanners" auch diesen Stoff mit ekligen Maskenbildner-Tricks vergröbern würde. Doch der kanadische Regisseur geht mit fast frostiger Virtuosität an Kings Romanvorlage heran. In Johnnys Visionen verzahnt er alptraumhaft Gegenwart *und Zukunft und erzählt mit spröder* Melancholie vom Martyrium seines Helden. Der wiederum wird von Christopher Walken beängstigend intensiv verkörpert: Ein bleiches Opfer seiner unheimlichen Begabung. Überhaupt sind fast alle Figuren von Verlusten und Einsamkeit gezeichnet, so daß Cronenbergs Film mit seinen blassen Farben wie eine Winterreise durch das Reich der erfrorenen Gefühle wirkt. Bis, wie auch in Kings Roman, der Bruch kommt.

Nun schlägt die große, schlimme Stunde von Martin Sheen, der als Politiker Greg Stillson durch die zuvor so leise Geschichte poltert. Dieser wüst grimassierende Finsterling plant mit teuflischer Tücke die Apokalypse. Als Johnny den Politiker in schlimmer Zukunft gar als Präsidenten mit dem roten Knopf spielen sieht, muß er handeln. Ein spannendes Duell, gewiß. *Aber hier* verkommt die präzise Studie zur platten Polit-Parabel. Selbst dieses lärmende Finale kann jedoch kaum vergessen machen, daß über weite Strecken die düstere Atmosphäre des Romans kongenial eingefangen wurde. Viel mehr ist auch Stanley Kubricks King-Verfilmung „Shining" nicht gelungen.

HARTMUT WILMES

J. Dews Mönchengladbacher „Ring": „Siegfried"

Wohnküchen-Rocker

Am Niederrhein, am Doppeltheater von Krefeld und Mönchengladbach, ist eine Inszenierung von Wagners „Ring" unterwegs, die im weiteren Umkreis der Städte als Geheimtip gehandelt wird und bereits eine richtige Fan-Gemeinde um sich versammelt hat. Der Regisseur dieses „Rings" ist John Dew, und natürlich geht es wieder um eine Regie, die alle herkömmlichen Sehgewohnheiten total verstört. Jetzt kam in Mönchengladbach der „Siegfried" heraus.

Dew ist ja auch einer von denjenigen Regisseuren, die weniger das Werk selbst in Szene setzen als vielmehr Parerga und Paralipomena dazu. Das kann zwar sehr erhellend sein, Details in einer Schärfe herausstechen, wie das bei einer erzählenden Regie gar nicht möglich ist. Aber das große Ganze gerät darüber aus dem Blickfeld, und besonders fatal wird diese Methode dann, wenn sie die tatsächliche Zusammenhänge oder Charaktere verzerrt statt zu verdeutlichen, also die „Wahrheit" des Stücks verstellt.

Genau das passiert Dew in diesem „Siegfried". Der Titelheld gammelt als Asozialer, als arbeitsscheues Bürschchen im Rock-Pop-Look, in Mimes Wohnküche herum. Schmeißt sich aufs Bett, blättert in einem Comicheft, greift auch mal zur weißen E-Gitarre, wenn er sein *Fahrtenlied* „Aus dem Wald fort" anstimmt. Er benimmt sich über die Maßen flegelhaft und dummdreist, was ja auch irgendwo bei Wagner seine Richtigkeit hat. Nur daß dies bei Wagner eben die Frucht mangelnder Erziehung ist, eine Art gesundes Barbarentum, das der Läuterung bedarf, während Dews Siegfried das Produkt einer mißlungenen Sozialisation ist, womit die gesamte Figur und das gesamte Stück ihren Sinn einbüßen.

Nicht anders geht es mit Mime, der hier als eine Art böse Köchin aus dem Märchenfundus erscheint. Zweifellos ist Mime das auch, soweit es um seine menschlichen Aspekte geht. Aber die kreatürliche Dämonie des Zwergs bleibt dabei auf der Strecke. Mit einem Wort: Was Dew liefert, ist im Grunde nur ein schlechter Chéreau-Abklatsch. Er versucht dasselbe Rezept der szenischen Aufschlüsselung, aber er trifft nicht so gut. Und was noch schwerer wiegt, fesselndes Theater, Schau-Spiel, bringt er gar nicht zuwege. Dews Bilder (Ausstattung: Gottfried Pilz) mögen noch interessieren können, ihre Umsetzung in Theater bleibt ganz flach.

So ist es auch eine kuriose Idee, den Wanderer Wotan im Habit von Joseph Beuys auftreten zu lassen. Für die Figur bringt das nichts. Fafner als Generalspuppe mit rotem Stern, seine Höhlenburg als Grenzbefestigung am Eisernen Vorhang – nun gut, nur wenn man zum Goldhorter Fafner ein Bild aus der heutigen Erfahrungswelt *finden will, dann wäre das ja allen*falls der Couponschneider im Tessin, der wie Fafner „liegt und besitzt".



Brünnhildenfelsen im Chéreau-Nebel: Szene aus John Dews „Siegfried" in Mönchengladbach FOTO: ROLF GIESEN

Musikalisch fallen ein guter Dirigent (Reinhard Schwarz) mit einem weit *weniger guten* Orchester auf, zwei sehr eindrucksvolle Sänger für die Nibelungen-Brüder, nämlich Alfred Stark als Mime und Oskar Hillebrandt als Alberich, ein beachtlicher Wotan *(Monte Jaffe),* ein bemitleidenswert überforderter Siegfried (Stan Unruh) und die Sopranistin Lia Frey-Rabine, von der man nicht sagen können wird, sie hätte sich ihre Stimme mit der Brünnhilde kaputtgesungen. Die ist nämlich schon jetzt hörbar angeschlissen.

REINHARD BEUTH

Kooperation der Plattenkonzerne RCA und Ariola

Bunte Bilder zur Musik

Pfingstmontag wurde in London ein Geschäft perfekt, das die Medienlandschaft nachhaltig verändern wird. Der Schallplattenkonzern Ariola-Group, 100prozentige Bertelsmann-Tochter (Jahresumsatz weltweit 400 Mill. DM), wird mit der New Yorker RCA-Records (Jahresumsatz 1 Milliarde DM) international zusammenarbeiten. Dies ist das zweite Fall. Die Musikkonzerne Polygram (Jahresumsatz 2,7 Mrd. DM) und Warner (Jahresumsatz 2,6 Mrd. DM) haben ebenfalls die Absicht, ihre akustischen und audiovisuellen Interessen zusammenzulegen – allerdings versagten ihnen in der Bundesrepublik wie in Amerika zunächst die Kartellbehörden die Genehmigung.

Monti Lüftner, Bertelsmann-Vorstandsmitglied und Chef der Ariola-*Group, umschreibt den Vorgang* „als strategisch und zukunftsorientierten Schritt nach vorn, die das Musikgeschäft der Bertelsmann AG auf eine stabile wirtschaftliche Basis stellt." Dieses Zusammengehen von RCA und Ariola hat einen defensiven und einen aggressiven Aspekt. Mit der Fusion wollen sich beide Konzerne aus dem anhaltenden Tief des Tonträgerabsatzes retten, der weltweit bei etwa 10 Prozent minus liegt, bei einem gleichzeitigen Absinken der Rendite um 20 Prozent, weil die *Leerkassette der Platte keine Preiser*höhung erlaubt. Die angeschlagenen Tonträgerfirmen wie Ariola, RCA Records, Warner oder Polygram, in der Regel Töchter großer Medienkonzerne, versuchen sich deshalb vor der Rezession in die Fusion zu retten. Dieser Konzentrations- und Zentralisationsprozeß wird sich angesichts des Vormarschs der neuen Medien (Video) beschleunigen. Dem aggressiven Part des Plans wird größere Bedeutung zuteil werden. *Monti Lüftner:* „Darüber hinaus bedingt die Weiterentwicklung des Musikgeschäfts von Audio zum Audiovisuellen eine zunehmende Internationalisierung."

Damit wird ein Trend angesprochen, der die nächsten Jahre bestimmen wird. Die Tonträgertöchter werden in die Videomütter integriert. Denn mit Sicherheit werden musikalische Videofilme, wie sie heute schon von zwölf Firmen in großer Zahl angeboten werden, an Bedeu*tung gewinnen und die bloßen Ton*träger Platte und Musikkassette verdrängen, sobald stereotüchtige HiFi-Videorecorder in den Markt einziehen. Außerdem wird die Bildplatte mit Musikrepertoire, die bereits in Japan Marktanteile gewonnen hat, auch hierzulande Fuß fassen.

Die von RCA und Ariola in den USA vertriebene Arista-Records wird von beiden Firmen wie vereinbart weitergeführt. Der Zusammenschluß beider Medienkonzerne wird zunächst im Servicebereich, in der Lie*ferung und Herstellung sowie in der* Administration stattfinden. Das Joint Venture bedarf noch der Zustimmung der Vorstands- und Aufsichtsgremien.

REGINALD RUDORF

JOURNAL

Die Internationalen Theaterwochen in Nancy

DW. Nancy

Das Schiller-Theater Berlin wird *heute mit Heiner Müllers* "Leben Gundlings Friedrich von Preussen" in der Inszenierung von Klaus Emmerich das diesjährige Internationale Festival „Theater der Nationen" eröffnen. Als zweiter Beitrag aus der Bundesrepublik kommen die Münchner Kammerspiele mit Franz Xaver Kroetz' „Nicht Fisch, nicht Fleisch". Vom 13.– 27. Juni präsentieren sich in Nancy 28 Theatertruppen aus 25 Ländern und vier Kontinenten. Gemäß der Tradition ist das Gastland Frankreich nicht vertreten. In Nancy sind in diesem Jahr vor allem Truppen, die außerhalb ihres Landes wenig bekannt sind, beteiligt. So zeigt etwa das Perseverance-Theater aus Alaska *griechische Tragödien – gespielt,* gesungen und getanzt von Eskimos.

Schätze aus Korea jetzt in Hamburg

DW. Hamburg

Morgen Abend wird im Hamburger Museum für Kunst und Gewer*be die Ausstellung „Schätze aus* Korea" eröffnet. Sie war zuerst in London zu sehen und geht anschließend nach Köln. Mit rund 250 Beispielen, die größtenteils in Korea als „Nationalschätze" gelten, wird die 5000jährige Geschichte der Kunst des ostasiatischen Landes dargestellt

Vortragsreihe über deutsche Archäologie

DW. Bonn

Mit einem Bericht über „Ausgrabungen und Forschungen in Syrien" von Michael Meinecke wurde jetzt die erfolgreiche Vortragsreihe, die von der Theodor-Wiegand-Gesellschaft gemeinsam mit dem Deutschen Archäologischen Institut im Bonner Wissenschaftszentrum veranstaltet wurde, abgeschlossen. In den zwölf „Bonner Vorträgen", die ein rege Publikumsinteresse zu verzeichnen hatten, waren die Projekte des Deutschen Archäologischen Instituts im Ausland, aber auch von anderen Ländern durchgeführte Ausgrabungen vorgestellt worden.

Ende der Großausstellungen

SAD, London

Das „Victoria und Albert Museum" in London wird künftig keine Wechselausstellungen mehr zeigen, da die große Galerie künftig eine Sammlung japanischer Kunst aufnehmen soll, die eine der besten ihrer Art in Europa zu werden verspricht. Nach Mitteilung des Museums finden Gespräche mit großen japanischen Firmen über die Finanzierung dieses Projekts statt, dessen Kosten auf umgerechnet rund eine Million Mark geschätzt werden. Das Victoria und Albert Museum besitzt etwa 40 000 wertvolle japanische Kunstgegenstände.

Designförderung neu organisiert

DW. Darmstadt

Um die Designförderung künftig wirkungsvoller zu gestalten, haben der Rat für Formgebung in Darmstadt und das Internationale Design-Zentrum in Berlin eine engere Zusammenarbeit vereinbart. Damit soll eine stärkere Ausrichtung auf die Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft und ein effektiverer Einsatz der Fördermittel erreicht werden. Geplant sind Wettbewerbe und zielgruppenspezifische Ausstellungen, die besonders den Mittelstand für ein industrielles Design gewinnen sollen.

Vom Werden des Landes Hessen

wm. Marburg

Eine Dauerausstellung mit Dokumenten, Bildern und Texten vom Werden des Landes Hessen vom *zwölften bis sechzehnten Jahrhun*dert wurde im Waldecker Saal des Landgrafenschlosses zu Marburg eröffnet. Die Schau wurde aus Dokumenten des Hessischen Staatsarchivs in Marburg von dem Historiker Walter Heinemeyer zusammengestellt. Zu ihren Besonderheiten gehören u.a. ein Modell des Landgrafenschlosses im Mittelalter und eine Kollektion von Staatssiegeln.

Janos Ferencsik tot

dpa, Budapest

Der ungarische Dirigent Janos Ferencsik ist im Alter von siebenundsiebzig Jahren in Budapest gestorben. Ferencsik leitete von 1957 bis 1974 die Budapester Staatsoper. 1930/31 war er musikalischer Assistent bei den Bayreuther Festspielen. Nach dem Krieg baute er die ungarische National-Philharmonie auf, die er zu einem führenden Orchester machte. Als Generaldirektor unternahm er mit ihr zahlreiche Auslandstourneen. Er gastierte auch mit den Wiener und Berliner Philharmonikern. An der Wiener Staatsoper dirigierte Ferencsik zuletzt 1980 die „Fledermaus".

Eine sinnlose Tat empört die Franzosen

Justizpolitik der Regierung wieder im Kreuzfeuer der Kritik

HEINZ WEISSENBERGER, Paris

Das grauenhafte und sinnlose Verbrechen an zwei deutschen Touristen in Chatellerault in Westfrankreich (die WELT berichtete gestern in einem Teil der Auflage) wirft in der Öffentlichkeit erneut die Frage auf: *Wer läuft eigentlich in Frankreich alles frei herum?* Die jungen Deutschen wurden von einem Mann getötet, der schon zweimal in Heilanstalten gewesen war und mehrere Frauen vergewaltigt hatte.

Die Diskussion um das nachsichtige Verhalten der französischen Justiz und der großenteils ideologisch links eingefärbten Psychiater ist durch *mehrere scheußliche Sexualverbrechen* in den letzten Wochen und die geradezu unglaubliche „Hinrichtung" von zwei Häftlingen im Gefängnis von Ajaccio auf Korsika durch ein *Terroristenkommando in* Gang gekommen.

Die korsischen Nationalisten, die in das Gefängnis von Ajaccio eindrangen und kaltblütig zwei Häftlinge „hinrichteten", waren nach der Machtübernahme der sozialistisch-kommunistischen Koalition in Paris im Zug einer Großamnestie zusammen mit 9000 anderen Häftlingen freigelassen worden.

Der junge Kfz-Mechaniker Philippe Fremin (23), der jetzt in Chatellerault den kaufmännischen Angestellten Wolfgang Apelt (23) aus Nürnberg und Philipp Rolshausen (19) aus Saarbrücken mit einem Küchenmesser die Kehle durchschnitt, war nach zwei Aufenthalten in psychiatrischen Krankenhäusern als „geheilt und ungefährlich" *wieder auf freien Fuß* gesetzt worden.

Apelt und Rolshausen machten mit ihren Freundinnen eine Urlaubsreise. In Chatellerault hatte ihr Pkw eine *Panne.*

Die vier suchten die nächste Tankstelle auf, wo Fremin Dienst tat. Der besah sich den Schaden und erklärte den Deutschen, daß vor Dienstag nichts zu machen sei. Anschließend bot er den Deutschen an, in seiner Wohnung zu übernachten.

Die jungen Leute aßen zusammen, tranken ein wenig, tanzten und legten sich nach Mitternacht schlafen. Die drei Männer in einem Zimmer, die Mädchen in *einem anderen.* Wie Fremin später gestand, wachte er um vier Uhr morgens auf: „Mich überkam ein unwiderstehliches Verlangen, eines der Mädchen zu vergewaltigen. Aus der Küche holte ich mir ein Messer und schnitt einem der jungen Deutschen in seinem Schlafsack die *Kehle durch.*"

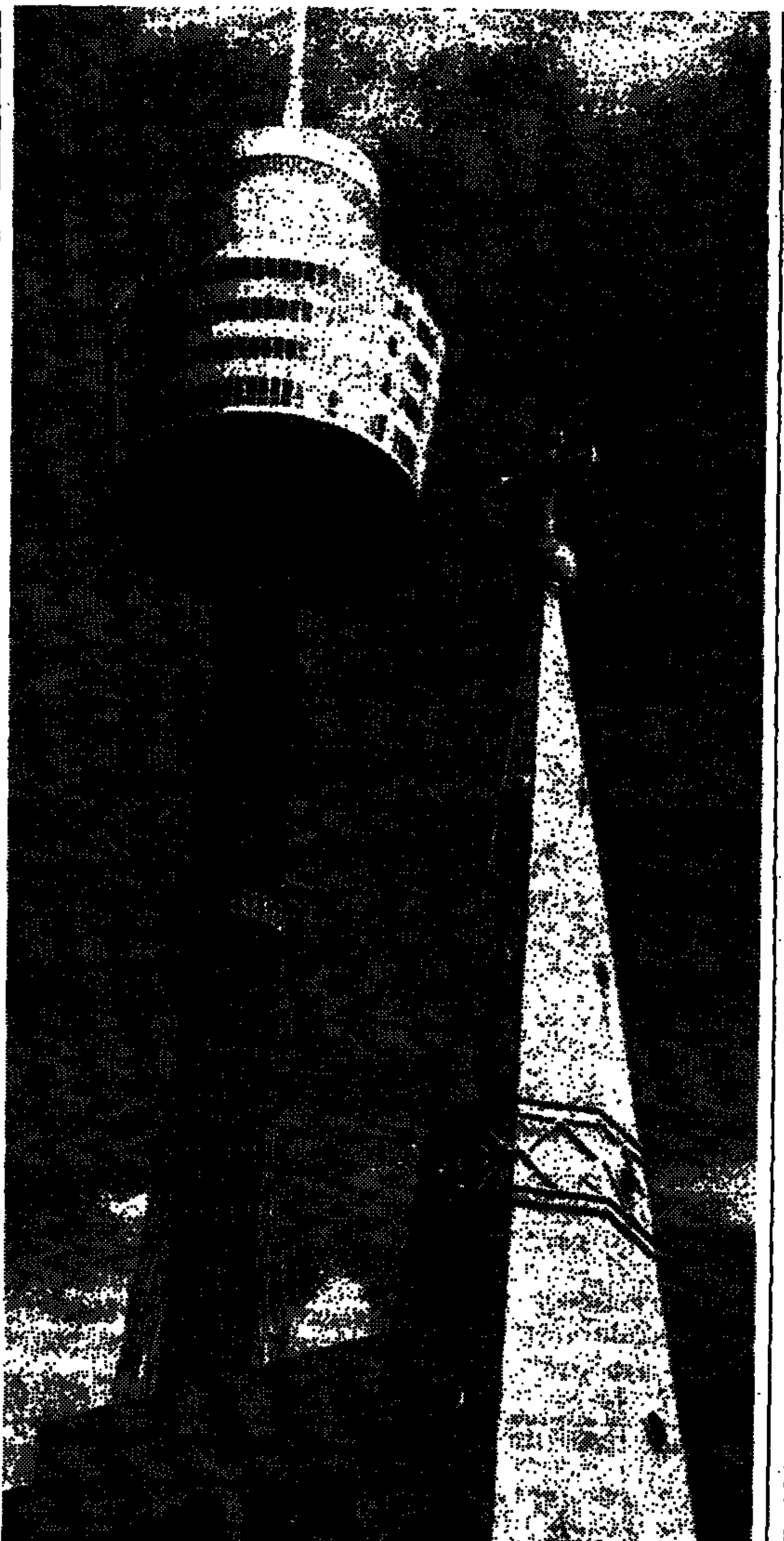
Der andere wachte auf und wollte fliehen. Fremin holte ihn vor der Tür ein, schnitt auch ihm die Kehle durch. Dann wollte er in das Schlafzimmer der *Mädchen.* Doch im letzten Moment ließ er von seinem Vorhaben ab und ging zum Krankenhaus von Chatellerault.

Der Nachtportier des Krankenhauses hielt ihn für betrunken und schickte ihn zur Feuerwehr. Dort glaubte man ihm auch nicht und schickte ihn zur Polizei. Die Polizisten hörten ihn an und schickte ihn *nach Hause: „Schlafe Deinen Rausch aus."* Fremin ging und irrte in den Straßen von Chatellerault herum.

Die Polizisten begaben sich dann aber doch noch zu Fremins Wohnung, wo sie die beiden Leichen entdeckten, derweil die beiden Mädchen im Zimmer nebenan noch fest schliefen. Sie hatten von dem Doppelmord nichts mitbekommen. Der mutmaßli*che Täter ließ sich* wenig später widerstandslos festnehmen.

Auf dem Kommissariat *gestand er:* „In Paris habe ich schon drei Frauen vergewaltigt. Als ich einen Transvestiten vergewaltigen wollte, verprügelte mich dieser und schnitt mir das Gesicht kaputt." Dabei zeigte er auf eine Narbe auf der linken Wange.

Falls Fremin überhaupt vor Gericht kommt, ist angesichts seiner Vergangenheit wahrscheinlich, daß er für *unzurechnungsfähig* erklärt wird. Wann er daraufhin wieder freikommt, dürfte nur eine Frage der Zeit sein. Frankreichs Öffentlichkeit erfuhr erst vor wenigen Tagen überrascht, daß der *kommunistische* Philosoph und „Guru" einer ganzen Generation von Studenten, Louis Althusser, der am 16. November 1980 seine Frau erdrosselt hatte und für *„unzurechnungsfähig"* erklärt worden war, in aller Stille schon wieder freigelassen wurde. Er soll, so heißt es, demnächst sogar seine Vorlesungen an der Sorbonne in Paris wieder *aufnehmen.* (SAD)



Spitzenleistung FOTO: W. KNITTEL

Neue „Cap Anamur" für Indochina?

Deutsch-französisches Hilfsprojekt scheint greifbar nahe

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Die Bootsflüchtlinge in Indochina brauchen ein neues Rettungsschiff. Rupert Neudeck, Vorsitzender des *„Deutschen Komitees Not-Ärzte"*, schlägt Alarm, und er steht nicht allein. Seine französischen Partner, die „Medecins du Monde", stoßen in das gleiche Horn: Wir brauchen eine neue „Cap Anamur", *und wir brauchen sie* dringend. Über 9000 Flüchtlinge rettete das Schiff dieses Namens zwischen 1979 und 1982 vor dem Ertrinken und vor den Piraten. Dann mußte es aus mangelndem politischen Willen und wegen leerer Kassen den Heimathafen anlaufen. Aber auch *heutzutage* fliehen Vietnamesen weiter über das Meer. Und nicht nur sie. Auch Kambodschaner. Einhundert wurden vor kurzem im Golf von Siam aufgegriffen.

Der Flüchtlingsstrom in Indochina reißt also nicht ab. Die Bedingungen der Flucht sind erschütternd. Dazu kommt noch, daß Thailand – im allgemeinen ihr erklärtes Ziel – mittlerweile sogenannte *„Abschreckungslager"* eingerichtet hat, um den Flüchtlingsstrom zu unterbinden.

Unter diesen Umständen nimmt es nicht Wunder, daß immer mehr Flüchtlinge ihr Abenteuer mit dem Leben bezahlen. Viele „boat-people" werden *unterwegs* einfach nicht mehr aufgenommen. Deutsche Schiffe seien daran freilich nicht beteiligt, erklärte dazu Staatssekretär Andreas Meyer-Landrut vom Bonner Auswärtigen Amt der WELT gegenüber. Die Zahl deutscher Schiffe in den fraglichen Gewässern betrage nur etwa 60 jährliche Passagen.

Ein Grund mehr für Neudeck, ein neues Rettungsschiff für Südostasien zu fordern. Erstmals seit die „Cap Anamur" im Juli 1982 mit den letzten 284 Geretteten an Bord Hamburg anlief, ist die Chance für ein neues Schiff mit gleicher Aufgabe wieder greifbar nahe. In einem Brief an den Leiter der „Medecins du Monde" läßt der französische Premierminister 200 Visa für Gerettete aus dem Chinesischen Meer zur Verfügung stellen, „falls andere europäische Länder *sich zu einem ähnlichen Zugeständnis* bereiterklärten". Eine Hilfsaktion im europäischen Rahmen könne nunmehr anlaufen, betont Neudeck. Von dieser Bedingung hätten vor allem Niedersachsen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen die weitere Aufnahme von Bootsflüchtlingen abhängig *gemacht:* Die am 5. März 1982 in Kraft getretenen „Verfahrensgrundsätze von Bund und Ländern für die Aufnahme von Ausländern aus humanitären Gründen" erlauben neue Aktivitäten zur Rettung ertrinkender Flüchtlinge nur im Rahmen einer „international abgestimmten Aktion".

Der Kampf gegen die Piraterie betrifft vor allem Thailand, von dessen Küsten die meisten Piraten auslaufen. Mit einem Anti-Piraterie-Programm des Hohen Flüchtlings-Kommissars der Vereinten Nationen soll die Thai-Marine in den Stand gesetzt werden, Schiffe gegen diese Geißel des Meeres zu unterhalten. Soeben sind die Geber-Länder aufgefordert worden, Thailand für dieses Jahr rund 6,4 Millionen Dollar zum Ankauf von Patrouillenbooten zur Verfügung zu stellen – ein Programm, von dem Neudeck freilich überhaupt nichts hält, obwohl auch die Bundesregierung 300 000 Dollar zuschießt. Neudeck: „Ich finde es lächerlich und heuchlerisch, wenn sich die Bundesregierung ausgerechnet an einem solchen Programm beteiligt, wohl wissend, *daß die Resultate gleich* Null sind."

Nach dem Text einer Untersuchung des „U.S. Committee for Refugees" von 1984 liegen die teuren Schiffe bei Dunkelheit im Hafen, statt den Golf von Thailand zu patroullieren. Bei rauher See werden sie überhaupt nicht eingesetzt. Neudeck: „Also alles sinnlose Aktionen." Das *„Committee"* fordert inzwischen die USA auf, in diesen Gewässern selbst für Ordnung zu sorgen.

Zumindest auf dem kleinen Sektor der deutsch-französischen Zusammenarbeit sehen die Organisatoren jetzt mit der Anschaffung eines neuen *Hilfsschiffes einen Lichtblick.* Ein Offizier der das ganze Problem kennt, sitzt in Bonn seit kurzem an zentraler Stelle: Der neue Marineattaché an der französischen Botschaft in Bonn ist *als ehemaliger Kommandant* eines Kriegsschiffes 1983 im Südchinesischen Meer tätig gewesen. Er kennt die Not aus eigener Anschauung.

Baby-Boom in Afrika beunruhigt UNO

AFP, Paris

Schwarz-Afrika hat weiterhin mit jährlich drei Prozent die weltweit stärkste Zuwachsrate der Bevölkerung. Damit wird sich die Zahl der Einwohner in den nächsten 15 Jahren von 470 auf 880 Millionen Menschen praktisch verdoppeln. Zu dieser alarmierenden Schlußfolgerung kommt ein gestern veröffentlichter Bericht des „Fonds der Vereinten Nationen für Bevölkerungsaktivitäten" über den „Zustand der Weltbevölkerung 1984". Der Bericht stellt fest, daß sich in den Entwicklungsländern der übrigen Kontinente dagegen das Bevölkerungswachstum abgeschwächt hat. Das lange Zeit unterbevölkerte Schwarz-Afrika konnte sich traditionell ohne Schwierigkeiten selbst ernähren. Im vergangenen Jahr jedoch mußte es fünf Millionen Tonnen Nahrungsmittel einführen. Die Armut ist nach Ansicht der UNO-Experten Hauptgrund für die Überbevölkerung. Die Fruchtbarkeitsziffer liegt in Schwarz-Afrika bei 6,5, während in Europa beispielsweise nur 1,98 Geburten auf eine Frau im gebärfähigen Alter kommen.

US-Blatt in neuer Hand

AFP, Washington

Der amerikanische Geschäftsmann Mortimer Zuckerman, Besitzer einer *der bedeutendsten Immobilienfirmen* der USA, hat für 168,5 Millionen Dollar das Nachrichtenmagazin „U.S. News and World Report" gekauft. An dem Erwerb war auch der Verlag *Gruner + Jahr* interessiert. Das Magazin ist das drittgrößte Nachrichtenmagazin der Vereinigten Staaten. Zuckerman hatte bereits 1981 die Zeitschrift „Atlantic Monthly" aufgekauft und die Auflage seither um 35 Prozent gesteigert.

Aus für Guevara-Texte?

AFP, London

Bolivien hat eine Verfügung gegen die Versteigerung der letzten Tagebücher und Aufzeichnungen des Revolutionsführers Che Guevara erwirkt. Wie aus dem *Londoner Auktionshaus* Sotheby's verlautete, will die bolivianische Regierung jetzt Beweise für den illegalen Export der Dokumente vorlegen.

Flughafen erweitert

dpa, *Los Angeles*

Sechseinhalb Wochen vor Eröffnung der Olympischen Spiele ist das neue Abfertigungsgebäude für internationale Flüge des Flughafens von Los Angeles in Betrieb genommen worden. Die Baukosten bliefen sich auf 123 Millionen Dollar. *In dem neuen* Terminal können an 17 Gangways pro Stunde 2600 Reisende abgefertigt werden, das entspricht einer vierfachen Steigerung der Kapazität.

LEUTE HEUTE

Kajak-Hoorniers

„Wie auf der Achterbahn" fühlten *sich die beiden jungen Männer in der* schweren See vor Kap Hoorn. Segelschiffsbesatzungen wären wohl bei dem Gedanken erschauert, dort anstelle ihrer Schiffe Kajaks steuern zu *müssen.* Der 31jährige **Arved Fuchs** aus dem holsteinischen Bad Bramstedt und **Roland Neuber** aus London *(29) sind jetzt* von einer solchen Reise unversehrt *zurückgekehrt:* Mit Muskelkraft *umrundeten sie* in winzigen Einmann-Kajaks die Südspitze Feuerlands. Ihre Fahrt galt jedoch nicht der Erinnerung an die seemännischen Glanzleistungen der alten Kap *Hoorniers, sondern vielmehr den* Indianern vom Stamm der Ushuaia. Sie waren einst in ähnlichen Booten von Insel zu Insel gereist und hatten dabei sogar ihre Feuerstätten unversehrt *durch die rauhe See transportiert.* Die beiden Europäer auf ihren Spuren verfügten allerdings über extrem seegängige Boote aus Gummi und Leinwand. Der Proviant bestand aus Tütensuppen, fettreicher Paste und Müsli. Außerdem führten sie ein Zelt mit sich. Auf Indianer stieß die kleine Expedition nicht, dafür jedoch auf chilenisches Militär. Die neuen *Herren des windumtosten Kaps* erwiesen sich als ungemein hilfreich. Sie versorgten die beiden Paddler mit Informationen zum Standort und standen für den Notfall bereit.

Stig Wennerström: der scheue Rentner von Stockholm

Aus Schwedens Meisterspion ist ein vergessener Bürger geworden / Vor 20 Jahren erregte sein Verrat die Welt

R. GATERMANN, *Stockholm*

Gestern auf den Tag genau vor 20 Jahren verkündete Richter Ingvar Aagren das Urteil: lebenslängliche Zwangsarbeit für den 58jährigen Stig Erik Constans Wennerström sowie eine Geldstrafe in Höhe von 490 000 Kronen, die nach damaligem Kurs etwa 360 000 Mark entsprachen. Damit fand die bis dahin sensationellste Spionageaffäre Schwedens ihren Abschluß. Aber der „Adler", so sein Deckname beim sowjetischen Geheimdienst KGB, verbrachte lediglich zehn Jahre und drei Monate in mehr oder weniger strengem Gewahrsam. Bereits 1974 wurde Wennerström *begnadigt.* Er lebt seitdem zurückgezogen in seiner Villa, bezieht Volkspension und verdient zusätzlich an Übersetzungen.

Am 20. Juni 1963 geriet Schweden in einen Schockzustand. Gegen 09.00 Uhr war der frühere Luftwaffenattaché an den Botschaften in Moskau und Washington, sowie einstiger Adjutant des Königs und jetziger militärischer Ratgeber von Außenminister Östen Unden, Stig Wennerström, auf dem Weg zu seinem Arbeitsplatz im Außenministerium wegen des Verdachts der schweren Spionage verhaftet worden. Was danach herauskam, löste nicht nur in Schweden, *sondern in der ganzen* westlichen Welt Entsetzen aus: Fast 15 Jahre *lang hatte er im Dienst* des KGB gestanden, wofür er zum Generalmajor der Roten Armee ernannt und mit einem hohen sowjetischen Orden ausgezeichnet worden war. Außerdem hatte der soignierte Offizier dafür rund 360 000 Mark kassiert.

Der schwedische Luftwaffenoberst hatte zunächst gegen die USA spioniert, dann gegen sein eigenes Land. Das letztere bereute er, die Agententätigkeit gegen die USA sah er dagegen als Friedenseinsatz. Der elegante Soldat war überzeugt davon, damit zum Gleichgewicht der *Großmacht*kräfte und somit zur Kriegsverhinderung beigetragen zu haben.





Zweimal Stig Wennerström: Gut zehn Jahre liegen zwischen den beiden Fotos. Links eine Aufnahme kurz vor seiner Verhaftung, rechts unmittelbar nach seiner Haftentlassung im Herbst '74. FOTOS: AP

Der Schaden freilich, den er allein seinem Land zufügte, wurde auf etliche 100 Millionen Schweden-Kronen geschätzt. Wennerström lieferte nicht *nur technische Pläne,* wie die elektronische Ausrüstung der „Draken"-Kampfflugzeuge, sondern auch strategische und militärpolitische Geheimnisse. Gut acht Jahre hegte die Sicherheitspolizei Verdacht gegen den Mann, der zum Spion wurde, weil er nicht zum General befördert worden war.

Über viele Jahre hinweg „avancierte" er fortan zum bestbewachten Gefangenen Schwedens. In dem Gefängnis Laangholmen wurde eigens für ihn ein Bunker gebaut. Selbst bei seinem täglichen „Ausflug", genau 39 Schritte, hatte er zwei Wächter bei *sich. Diese Isolation dauerte fünf* Jahre und 49 Tage. Dann bekam er den Auftrag, in einer Jugenderziehungsanstalt Sprachunterricht zu erteilen und es dauerte nicht lange, bis er in ein eigenes Haus einzog und kaum noch überwacht wurde.

Anfang der 70er Jahre reichte er vier Gnadengesuche ein, sämtliche ohne Erfolg. Immer noch betrachtete man Wennerström als ein zu großes Sicherheitsrisiko. 1974 kam dann doch die Begnadigung – gegen den Willen des Oberbefehlshabers. Ohne größeres Aufsehen zog sich der mittlerweile 68jährige zurück in seine Villa in der Stockholmer Vorstadt Djursholm. Hier hatte er seine Spionagezentrale gehabt und hier war er am 19. Juni 1963 von seiner Haushälterin Karin Rosen entlarvt worden. Sie verschaffte der Sicherheitspolizei das entscheidende Belastungsmaterial – mehrere Filmrollen.

Seit seiner Freilassung, lehnt es Wennerström ab, sich in der Öffentlichkeit zu äußern. Vielleicht, weil seine Bewährung noch nicht abgelau*fen war. Auf die Frage eines Freundes,* ob er keine Pension aus *Moskau* beziehe, antwortete er: „Es gibt keine vergessenere Person als einen entlarvten sowjetischen Agenten." So lebt er *jetzt von seiner Volkspension* in Höhe von 440 Mark, die auch dem größten Landesverräter zusteht, und seinen Übersetzungen. Für das Amt des Gefängniswesens lieferte er ein 135-seitiges *englisch-schwedisches* Fachlexikon.

Die zweifelhafte Ehre, Schwedens bisher größter Spion gewesen zu sein, kann er heute nicht mehr in Anspruch nehmen, sie fällt inzwischen dem Militär Stig Bergling zu.

Moskau: Orkan zieht Schneise der Verwüstung

FRIED H. NEUMANN, *Moskau*

Tod und Verwüstung brachten am Samstag verheerende Wirbelstürme in zehn zentralrussischen Gebieten. Über Einzelheiten schwiegen sich die Zeitungen aus, die gestern über das Unwetter nur kurz berichteten. Es habe „menschliche Opfer gegeben", hieß es lediglich.

Ein kurzer Fernsehbericht hatte den deutlichsten Eindruck vermittelt. Er zeigte eine völlig verwüstete ländliche Wohnsiedlung im Gebiet von Kostroma an der nördlichen Wolga. Dort wurden mehr als 400 Holzhäuser *vom Sturm zerfetzt* und selbst massive Gebäude stark beschädigt.

Das Unwetter war in *dem breiten* Streifen einer Kaltfront entstanden, die sich quer durch den ganzen europäischen Teil der Sowjetunion erstreckte. Durch den Zusammenprall mit sehr warmen Luftmassen *bildeten* sich heftige Turbulenzen, die auf einer rund 1 000 Kilometer langen Strecke zwischen Moskau und dem Ural wüteten. Windhosen mit einer nie erlebten Zerstörungskraft zogen eine Schneise der Verwüstung. In Jaroslawl, einer altrussischen Stadt mit *historischen Kirchenbauten,* raste der Sturm mit einer Geschwindigkeit von hundert Metern pro Sekunde. Die Hauptstadt selbst kam glimpflich davon.

ZU GUTER LETZT

„Wir haben Nachricht erhalten, daß Sie möglicherweise verschieden sind. Bitte kommen Sie mit einem Personalausweis vorbei", lautete der Ver*merk auf einem Formular des Sozialversicherungsamtes von Fort Lauderdale/Florida an die im Dezember verstorbene Mutter eines Anwalts.* Das *berichtete die Nachrichtenagentur* AP.

WETTER: Bewölkt und kühler

Wetterlage: Die Hochdruckzone über West- *und Südeuropa schwächt sich in* ihrem Nordteil ab. Auf den Norden und die Mitte des Bundesgebietes greifen im Tagesverlauf atlantische Tiefausläufer über.

Vorhersage für Mittwoch

Das ganze Bundesgebiet: Im Norden, im Vormittagsverlauf auch in der Mitte des Bundesgebiets stark bewölkt und vor allem in Norddeutschland gelegentlich Regen. Im Süden noch meist sonnig und trocken. Höchste Temperaturen zwischen 15 bis 18 Grad im Norden und 23 Grad *in Süddeutschland. Tiefstwerte* nachts 12 bis 9 Grad. Schwacher bis mäßiger, im Norden zeitweise auffrischender Südwestwind.

Weitere Aussichten

Stark bewölkt bis bedeckt, nur im Südwesten niederschlagsfrei, *sonst* zeitweise Regen oder Sprühregen, auch im Süden kühler.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	12°	Kairo	32°
Bonn	14°	Kopenhagen	14°
Dresden	13°	Las Palmas	20°
Essen	12°	London	14°
Frankfurt	19°	Madrid	22°
Hamburg	14°	Mailand	20°
List/Sylt	14°	Mallorca	26°
München	19°	Moskau	15°
Stuttgart	19°	Nizza	18°
Algier	21°	Oslo	13°
Amsterdam	13°	Paris	21°
Athen	24°	Prag	13°
Barcelona	30°	Rom	20°
Brüssel	14°	Stockholm	8°
Budapest	22°	Tel Aviv	30°
Bukarest	22°	Tunis	23°
Helsinki	11°	Wien	19°
Istanbul	38°	Zürich	20°

* Sonnenaufgang am Donnerstag: 5.05 Uhr, Untergang: 21.39 Uhr, Mondaufgang: 23.01 Uhr, Untergang 5.23 Uhr.

* in MESZ, zentraler Ort Kassel

Mexiko löst ein Flüchtlingsproblem

Die 46 000 guatemaltekischen Indianer sollen in Chiapas eine neue Heimat erhalten

WERNER THOMAS, Mexico City

Nach monatelangen Diskussionen ist endlich eine Entscheidung gefallen. Mexikos Regierung will die 46 000 guatemaltekischen Flüchtlinge von den südlichen Grenzgebieten ins Landesinnere umsiedeln. Sie hofft, daß ihr nun weitere *Schlagzeilen* über ein delikates Problem erspart bleiben.

Die Guatemalteken schaffen eine direkte Verbindung zum explosiven Mittelamerika-Konflikt, von dem die Mexikaner so weit wie möglich entfernt sein möchten. Seit mehr als zwei Jahren sind sie über die schlecht bewachte Grenze nach Norden geströmt, um vor der blutigen Anti-Guerrilla-Offensive der Streitkräfte zu fliehen. 1982 kamen die meisten.

Die Flüchtlinge, vorwiegend Indianer, in farbenprächtige Trachten gekleidet, ließen sich in einem 290 Kilometer breiten Grenzstreifen des Bundestaates Chiapas nieder. Eine unwegsame Dschungelregion, wo die Ortschaften nur per Flugzeug oder Schiff erreicht werden können. Als Unterkünfte dienen windschiefe Holz- und Blechbaracken. Obgleich die UN-Flüchtlingsbehörde bisher Lebensmittel und Medikamente im Wert von etwa zehn Millionen Dollar schickte, grassieren Infektionskrankheiten und viele Lager-Bewohner leiden an Unterernährung.

Die bessere Betreuung und Versorgung der Guatemalteken war jedoch nur ein Argument für die Umsied*lung. Die ständigen Probleme* mit dem südlichen Nachbarland spielten die wichtigere Rolle.

Guatemalas Regierung behauptet, daß die marxistischen Guerrilla-Organisationen die *Lager* als Stützpunkte benutzten. Viele Flüchtlinge seien zudem Angehörige oder Freun*de der Rebellen* und würden ihnen schon deshalb Unterschlupf gewähren. Wiederholt hat es Angriffe auf die Camps gegeben, zum letzten Mal im April, als sechs Menschen ums Leben kamen.

Immer wieder wurden Menschen verschleppt. Obgleich die mexikanische Regierung keine offensichtlichen Beschuldigungen gegen Guatemala erhoben hat, *äußerten* Vertreter des Außenministeriums den Verdacht, daß die guatemaltekische Armee solche Kommando-Aktionen organisiert. Guatemalas Regierung machte wiederum die *Guerrilleros* für diese Übergriffe verantwortlich.

Mit der Umsiedlung scheinen auch die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Innenministerium und dem Außenministerium über die Be*handlung* der Flüchtlinge beigelegt zu sein. Während das Außenministerium den Guatemalteken Asyl gewähren wollte, erklärte das Innenministerium, sie seien illegale Einwanderer und könnten demnach abgeschoben werden oder sollten nur eine vorübergehende Aufenthaltsgeneh*migung erhalten. Das Außenmini*sterium plädierte für, das Innenministerium gegen eine Evakuierung.

Die Flüchtlinge sind sich selbst nicht einig. Die einen wollen bleiben, die anderen gehen. Ein Mitarbeiter der UN-Flüchtlingsbehörde betonte dagegen: „Wir befürworten diesen Schritt. Die Umsiedlung wird jedoch nicht einfach sein und viel Geld kosten." Die Mexikaner hoffen, daß die Vereinten Nationen einen Teil der Kosten tragen.

Als Umsiedlungsgebiete kommen die nördlichen und nordöstlichen Teile des Bundesstaates Chiapas in Frage, die in der Nähe der Ölfelder liegen. Viele Guatemalteken träumen schon von einem Arbeitsplatz auf einem Bohrturm. (SAD)

Für Japaner gibt es nicht einen Kipferl mehr

KURT POLLAK, Wien

Die weltberühmte 200 Jahre alte k.u.k.-Hofzuckerbäckerei „Demel" auf dem Kohlmarkt in Wien hat den Japanern den Privatkrieg erklärt. Seit dem Wochenende prangt inmitten des mit feinsten Torten und Confisserien gefüllten Schaufensters dieses wienerischen Mehlspeisenparadieses eine Tafel mit der Aufschrift „Off Limit for Japanese". Mit dem Eintrittsverbot für die Touristen aus dem Lande der aufgehenden Sonne *protestiert der Chef der Renommier*konditorei gegen den Diebstahl des Markenzeichens „Demel" durch einen japanischen Konzern. Der Inhaber, Udo Proksch – einstmals Ehemann von Erika Pluhar – wollte mit einem japanischen Konzern gegen Lizenzgebühr und Umsatzbeteiligung eine Kette von „Demel-Houses" mit den gleichnamigen Spezialitäten eröffnen. Als das *Millionengeschäft* vor wenigen Tagen in Tokio unterzeichnet werden sollte, platzte in die Runde die Nachricht, die Firmenmarke „Demel" sei bereits im japanischen Handelsregister eingetragen.

Bereits vor zehn Jahren war der „Demel"-Chef diesem „Milchspeisenspion" der Japaner auf dem Leim ge*gangen.* Der hatte sich damals als Kochlehrling bei „Demel" in die süßen Geheimnisse einweihen lassen und diese dann unter dem Namen „Demel" für seine Auftraggeber in Japan vertrieben. Nicht einmal eine Intervention des österreichischen Vizekanzlers und Handelsministers Norbert Steger hatte seinerzeit Erfolg.

Der betrogene „Demel"-Chef erklärte den Japanern in einer in Japan ausgestrahlten Talkshow „den Krieg". Gegenüber der WELT präzisierte Proksch: „Ich steige als erster Geschäftsmann Europas öffentlich auf die Barrikaden. Ich habe an sich nichts gegen Japaner. Ich bewundere sogar ihre Leistungen. Aber die ganze Welt sollte sich dagegen wehren, daß uns die Japaner mit derartigen Methoden die Arbeitsplätze wegschnappen." Nur Japaner, die sich bereiterklären, sich in der Heimat laut gegen solche Zuckerbäckersünder zu entrüsten, dürfen ihre Devisen bei Demel doch noch an den Mann bringen.